

Bundesgesetzblatt

281

Teil II

1957	Ausgegeben zu Bonn am 3. Juni 1957	Nr. 10
------	------------------------------------	--------

Tag	Inhalt:	Seite
17. 5. 57	Gesetz zu dem Abkommen vom 26. April 1956 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika über Filmfragen	281
27. 5. 57	Gesetz zu dem Konsularvertrag vom 30. Juli 1956 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Vereinigten Königreich von Großbritannien und Nord-Irland	284
16. 5. 57	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Abkommens vom 16. Juli 1956 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über die Liquidation des früheren deutsch-schweizerischen Verrechnungsverkehrs	283
22. 3. 57	Bekanntmachung der Verfassung der Internationalen Arbeitsorganisation	317

Gesetz zu dem Abkommen vom 26. April 1956 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika über Filmfragen.

Vom 17. Mai 1957.

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Bonn am 26. April 1956 unterzeichneten Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika über Filmfragen wird zugestimmt. Das Abkommen wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

Dieses Gesetz gilt auch im Land Berlin, sofern das Land Berlin die Anwendung dieses Gesetzes feststellt.

Artikel 3

Dieses Gesetz gilt nicht im Saarland.

Artikel 4

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem das Abkommen gemäß seinem Artikel 6 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Die verfassungsmäßigen Rechte des Bundesrates sind gewahrt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Bonn, den 17. Mai 1957.

Der Bundespräsident
Theodor Heuss

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers
Blücher

Der Bundesminister des Auswärtigen
von Brentano

**Abkommen
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und den Vereinigten Staaten von Amerika
über Filmfragen**

**Agreement
between the Federal Republic of Germany
and the United States of America
regarding films**

Artikel 1

Die Vereinigten Staaten von Amerika stimmen der vollständigen Aufhebung der Anmerkung zu Tarif-Nr. 3708 in der Liste XXXIII des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens betreffend Spielzeitkontingente für die Vorführung von ausländischen Filmen in der Bundesrepublik Deutschland zu.

Artikel 2

Die Bundesrepublik Deutschland erklärt sich bereit, bis zum 31. Dezember 1957 die Einfuhr von ausländischen Filmen in das Gebiet der Bundesrepublik sowie deren Vorführung an keine weiteren oder erschwerenden Bedingungen oder Voraussetzungen zu knüpfen, sofern es sich nicht um Maßnahmen handelt, die auf in- und ausländische Filme in gleicher Weise angewendet werden. Die Geltungsdauer der in diesem Artikel übernommenen Verpflichtung wird automatisch um ein weiteres Jahr verlängert, sofern sie nicht von einer der beiden Vertragsparteien bis zum 30. September 1957 ausdrücklich gekündigt wird. Die Vertragsparteien sind sich darüber einig, daß diese Verpflichtung die Anwendung des Artikels XIX des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens nicht ausschließt.

Artikel 3

Falls nach Ablauf des in Artikel 2 erwähnten Zeitraums ein Spielzeitkontingent eingeführt wird und hierbei die deutsche Devisenlage Verbote oder Beschränkungen erforderlich macht, werden diese lediglich den Nichttransfer von Erträgen betreffen. Diese Verpflichtung kann jeweils bis zum 30. September mit Wirkung zum 31. Dezember des betreffenden Jahres gekündigt werden.

Artikel 4

Beide Vertragsparteien behalten sich ausdrücklich alle Rechte aus Artikel XXIII des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens vor.

Artikel 5

Dieses Abkommen gilt auch für das Land Berlin, welches für die Zwecke dieses Abkommens nur die Gebiete umfaßt, über welche der Senat von Berlin behördliche Befugnisse ausübt, vorausgesetzt, daß die Regierung der Bundesrepublik Deutschland der Regierung der Vereinig-

Article 1

The United States of America agrees to the entire elimination of the note to Tariff No. 3708 of Schedule XXXIII of the General Agreement on Tariffs and Trade with respect to a screen time quota for the exhibition of foreign films in the Federal Republic of Germany.

Article 2

The Federal Republic of Germany agrees not to impose any other or more burdensome conditions or requirements upon the importation of foreign films into or their exhibition in the territory of the Federal Republic until December 31, 1957, unless they are measures which apply in the same manner to domestic and foreign films. The period of the undertaking in this article will be automatically extended for a further period of one year unless specifically denounced by either party before September 30, 1957. The Contracting Parties agree that this obligation does not exclude the application of Article XIX of the General Agreement on Tariffs and Trade.

Article 3

Should a screen time quota be instituted after the expiration of the period mentioned in Article 2 and in this case should the German exchange position demand prohibitions or restrictions, these can only be imposed through the non-transfer of proceeds. This undertaking can be denounced in any year up until the 30th of September, with effect on December 31 of that year.

Article 4

Both Contracting Parties specifically reserve all rights arising from Article XXIII of the General Agreement on Tariffs and Trade.

Article 5

This Agreement also applies to the Land Berlin, which for the purpose of the agreement comprises only those areas over which the Berlin Senat exercises jurisdiction, provided that within three months following the effective date of the agreement the Government of the Federal

ten Staaten von Amerika innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Abkommens schriftlich notifiziert, daß alle für die Anwendung dieses Abkommens in Berlin erforderlichen rechtlichen Voraussetzungen erfüllt sind.

Republic of Germany shall have furnished to the Government of the United States of America a written notification that all legal procedures necessary for the application of the present agreement in Berlin have been complied with.

Artikel 6

Dieses Abkommen tritt einen Monat nach dem Tage in Kraft, an dem bei der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika die Notifizierung eingeht, daß das Abkommen in der Bundesrepublik Deutschland die verfassungsmäßige Zustimmung gefunden hat.

Article 6

The present Agreement shall enter into force one month after the date of receipt by the Government of the United States of America of notification of its constitutional ratification in the Federal Republic of Germany.

ZU URKUND DESSEN haben die unterzeichneten Vertreter dieses Abkommen unterschrieben

IN WITNESS WHEREOF, the undersigned representatives have signed the present Agreement.

GESCHEHEN zu Bonn, am 26. April 1956 in zwei Urschriften, jede in deutscher und englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

DONE at Bonn, this 26th day of April 1956, in duplicate in the German and English languages, each of which shall be of equal authenticity.

Für die Bundesrepublik Deutschland:
For the Federal Republic of Germany:
Hallstein

Für die Vereinigten Staaten von Amerika:
For the United States of America:
James Bryant Conant

**Bekanntmachung über das Inkrafttreten
des Abkommens vom 16. Juli 1956 zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über die Liquidation des früheren
deutsch-schweizerischen Verrechnungsverkehrs.**

Vom 16. Mai 1957.

Gemäß Artikel 4 Abs. 2 des Gesetzes vom 4. April 1957 zu dem am 16. Juli 1956 in Bonn unterzeichneten Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über die Liquidation des früheren deutsch-schweizerischen Verrechnungsverkehrs (Bundesgesetzbl. II S. 66) wird hiermit bekanntgemacht, daß das Abkommen und das Unterzeichnungsprotokoll nach Artikel 7 des Abkommens am 29. Mai 1957 in Kraft treten.

Die Ratifikationsurkunden sind in Bern am 29. April 1957 ausgetauscht worden.

Bonn, den 16. Mai 1957.

Der Bundesminister des Auswärtigen
In Vertretung des Staatssekretärs
Frhr. v. Welck

**Gesetz zu dem Konsularvertrag vom 30. Juli 1956
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem
Vereinigten Königreich von Großbritannien und Nord-Irland.**

Vom 27. Mai 1957.

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Bonn am 30. Juli 1956 unterzeichneten Konsularvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Vereinigten Königreich von Großbritannien und Nord-Irland einschließlich der Unterzeichnungsprotokolle und des Notenwechsels wird zugestimmt. Der Vertrag, die Unterzeichnungsprotokolle und der Notenwechsel werden nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

Dieses Gesetz gilt auch im Land Berlin, sofern das Land Berlin die Anwendung dieses Gesetzes feststellt.

Artikel 3

Dieses Gesetz gilt im Saarland erst vom Ende der Übergangszeit nach Artikel 3 des Vertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik zur Regelung der Saarfrage (Saarvertrag) vom 27. Oktober 1956 (Bundesgesetzbl. II S. 1587) an. § 16 des Gesetzes über die Eingliederung des Saarlandes vom 23. Dezember 1956 (Bundesgesetzbl. I S. 1011) bleibt unberührt.

Artikel 4

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem der Vertrag mit den dazugehörigen Unterzeichnungsprotokollen und dem Notenwechsel nach seinem Artikel 44 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Bonn, den 27. Mai 1957.

Der Bundespräsident
Theodor Heuss

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers
Blücher

Der Bundesminister des Auswärtigen
von Brentano

**Konsularvertrag
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und
dem Vereinigten Königreich von Großbritannien und Nordirland**

**Consular Convention
between the Federal Republic of Germany and
the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland**

PRAAMBEL

Der Präsident der Bundesrepublik Deutschland
und
Ihre Majestät die Königin des Vereinigten König-
reichs von Großbritannien und Nordirland und
ihrer anderen Reiche und Gebiete, Haupt des Com-
monwealth

IN DEM WUNSCH, ihre Beziehungen in Konsulats-
angelegenheiten zu regeln und den Schutz der Staats-
angehörigen und Einrichtungen jeder Hohen Vertrag-
schließenden Partei in den Hoheitsgebieten der anderen
Partei zu erleichtern,

HABEN BESCHLOSSEN, einen Konsularvertrag abzu-
schließen und haben zu diesem Zweck zu ihren Bevoll-
mächtigten ernannt:

Der Präsident der Bundesrepublik Deutschland
für die Bundesrepublik Deutschland:

Seine Exzellenz Herr Dr. Heinrich von Brentano,
Bundesminister des Auswärtigen;

Ihre Majestät die Königin des Vereinigten Königreichs
von Großbritannien und Nordirland und ihrer anderen
Reiche und Gebiete, Haupt des Commonwealth
(im folgenden als „Ihre Majestät“ bezeichnet)
für das Vereinigte Königreich von Großbritannien
und Nordirland:

Seine Exzellenz Sir Frederick Hoyer Millar,
G. C. M. G., C. V. O.,

Ihrer Majestät Außerordentlichen
und Bevollmächtigten Botschafter in Bonn;

diese sind nach Austausch ihrer in guter und gehöriger
Form befundenen Vollmachten wie folgt übereingekom-
men:

TEIL I

Begriffsbestimmungen

Artikel 1

Im Sinne dieses Vertrags bedeutet

(1) „Entsendestaat“ je nach dem Zusammenhang, die
Hohe Vertragsschließende Partei, durch die der Konsul
ernannt wird, oder alle Gebiete dieser Partei, auf die
dieser Vertrag Anwendung findet;

PREAMBLE

The President of the Federal Republic of Germany
and

Her Majesty The Queen of the United Kingdom of
Great Britain and Northern Ireland and of Her other
Realms and Territories, Head of the Commonwealth,

BEING DESIROUS of regulating their relations in the
consular field and of facilitating the protection of the
nationals and organisations of each High Contracting
Party in the territories of the other;

HAVE DECIDED to conclude a Consular Convention
and for this purpose have appointed as their Plenipoten-
tiaries:

The President of the Federal Republic of Germany:
For the Federal Republic of Germany:

His Excellency Dr. Heinrich von Brentano,
Federal Minister for Foreign Affairs;

Her Majesty The Queen of the United Kingdom of
Great Britain and Northern Ireland and of Her other
Realms and Territories, Head of the Commonwealth
(hereinafter referred to as "Her Majesty"):

For the United Kingdom of Great Britain
and Northern Ireland:

His Excellency Sir Frederick Hoyer Millar,
G. C. M. G., C. V. O.,

Her Majesty's Ambassador Extraordinary
and Plenipotentiary at Bonn;

Who, having communicated to each other their respec-
tive full powers, which were found in good and due
form, have agreed as follows:

PART I

Definitions

Article 1

For the purposes of this Convention

(1) the term "sending state" means, according to the
context, the High Contracting Party by whom a con-
sular officer is appointed, or all the territories of that
party to which the Convention applies;

(2) „Empfangsstaat“ je nach dem Zusammenhang die Hohe Vertragsschließende Partei, in deren Gebiet der Konsul seine Amtsgeschäfte wahrnimmt, oder alle Gebiete dieser Partei, auf die dieser Vertrag Anwendung findet;

(3) „Gebiet“ jeden Teil der Gebiete des Empfangsstaats, in dem der Amtsbezirk eines Konsuls ganz oder zum Teil gelegen ist (oder, falls dem Konsul vom Entsendestaat kein besonderer Konsularbezirk zugeteilt ist, den Amtsbezirk des übergeordneten Konsuls oder des Missionschefs) und der gemäß Artikel 42 als Gebiets-einheit im Sinne aller oder einiger Artikel dieses Vertrags benannt worden ist;

(4) „Staatsangehörige“

(a) in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland: alle Deutschen im Sinne des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland sowie, wenn der Zusammenhang es zuläßt, alle juristischen Personen, Gesellschaften des bürgerlichen Rechts und des Handelsrechts, die im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland ihren Sitz haben und nach deren Gesetzen zu Recht bestehen;

(b) in bezug auf Ihre Majestät:

alle Staatsbürger des Vereinigten Königreichs und der Kolonien, alle Staatsbürger von Südrhodesien und alle unter britischem Schutz stehenden Personen, sowie, wenn der Zusammenhang es zuläßt, alle juristischen Personen, die nach dem Recht eines Gebiets, auf das dieser Vertrag Anwendung findet, zu Recht bestehen;

(5) „Schiff“ im Sinne des Teils VII dieses Vertrags

(a) in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland: jedes Schiff oder Wasserfahrzeug, mit Ausnahme von Kriegsschiffen, das rechtmäßig unter der Flagge der Bundesrepublik fährt;

(b) in bezug auf Ihre Majestät:

jedes Schiff oder Wasserfahrzeug, das in einem Hafen eines der in Artikel 43 Absatz 2 bezeichneten Gebiete registriert ist;

(6) „Konsul“ eine Person, die ein gültiges Exequatur oder eine sonstige — auch vorläufige — gültige Zulassung der zuständigen Behörden des Gebiets besitzt, für den Entsendestaat in dieser Eigenschaft tätig zu werden; ein Konsul kann Berufsbeamter (Berufskonsul) oder Ehrenbeamter (Wahlkonsul) sein;

(7) „Konsulatsangehöriger“ eine Person, die, ohne Konsul zu sein, vom Entsendestaat in einem Konsulat mit der Verrichtung von Konsulatsgeschäften betraut ist, sofern ihr Name den zuständigen Behörden des Gebiets gemäß Artikel 4 ordnungsgemäß mitgeteilt worden ist und die Behörden die Anerkennung der betreffenden Person nicht abgelehnt haben oder in der Folge ablehnen; nicht einbegriffen sind Fahrer oder Personen, die lediglich mit Haushalts- oder Instandhaltungsarbeiten auf den Konsulatsgrundstücken beschäftigt sind;

(8) „Konsulatsdiensträume“ Gebäude oder Gebäudeteile, die ausschließlich für die Zwecke der Amtsgeschäfte eines Konsuls benutzt werden;

(9) „schwere Verfehlung“ im Sinne der Artikel 12 und 32 Absatz 2 jede strafbare Handlung, die im Höchstmaß mit einer Freiheitsstrafe von mindestens fünf Jahren oder mit einer schwereren Strafe bedroht ist.

(2) the term "receiving state" means, according to the context, the High Contracting Party within whose territories a consular officer exercises his functions as such, or all the territories of that party to which the Convention applies;

(3) the term "territory" means any part of the territories of the receiving state in which the whole or part of a consular officer's district (or, in the case of a consular officer to whom the sending state has not allotted a separate consular district, the district of his superintending consular officer or head of post, as the case may be), is situated and which has been notified as constituting a territorial unit for the purposes of all or some of the Articles of the Convention, in conformity with the provisions of Article 42;

(4) the term "nationals" means,

(a) in relation to the Federal Republic of Germany, all Germans within the meaning of the Basic Law of the Federal Republic of Germany, together with, where the context permits, all juridical entities, companies and partnerships which have their seats (Sitz) in the Federal Republic and which have been duly created under its law;

(b) in relation to Her Majesty, all citizens of the United Kingdom and Colonies, all Southern Rhodesian citizens and all British protected persons, together with, where the context permits, all juridical entities duly created under the law of any territory to which the Convention applies;

(5) the term "vessel" means, for the purposes of Part VII of the Convention,

(a) in relation to the Federal Republic of Germany, any ship or craft, not being a ship of war, which lawfully flies the flag of the Federal Republic;

(b) in relation to Her Majesty, any ship or craft registered at a port in any of the territories referred to in paragraph (2) of Article 43;

(6) the term "consular officer" means any person who holds from the appropriate authorities of the territory a valid exequatur or other authorisation (including a provisional authorisation) to act in such capacity on behalf of the sending state; a consular officer may be a career officer (*consul missus*) or an honorary officer (*consul electus*);

(7) the term "consular employee" means any person, not being a consular officer, employed by the sending state at a consulate for the performance of consular duties, provided that his name has been duly communicated in accordance with the provisions of Article 4 to the appropriate authorities of the territory and provided also that the said authorities have not declined to recognise him, or to continue to recognise him; the term does not, however, include any driver, or any person employed solely on domestic duties at or in the upkeep of the consular premises;

(8) the term "consular office" means any building or part of a building which is occupied exclusively for the purposes of the official business of a consular officer;

(9) the term "grave offence" means, for the purposes of Article 12 and of paragraph (2) of Article 32, an offence for which a maximum sentence of imprisonment for not less than five years, or a more severe sentence, may be awarded.

TEIL II

Ernennungen und Amtsbezirke

Artikel 2

(1) Der Entsendestaat kann in den Gebieten des Empfangsstaats an jedem Ort, in dem ein dritter Staat ein Konsulat besitzt oder für den der Empfangsstaat der Errichtung eines Konsulats zustimmt, ein Konsulat errichten und unterhalten. Der Entsendestaat bestimmt nach eigenem Ermessen, ob das Konsulat ein Generalkonsulat, Konsulat, Vizekonsulat oder eine Konsularagentur sein soll.

(2) Der Entsendestaat hält den Empfangsstaat über die Grenzen seiner Konsularbezirke auf dem laufenden; er kann vorbehaltlich des Absatzes 3 die Grenzen dieser Amtsbezirke nach eigenem Ermessen bestimmen.

(3) Der Empfangsstaat ist berechtigt, Einspruch zu erheben gegen die Einbeziehung in einen Konsularbezirk

- (a) eines Gebiets, das weder zu einem Konsularbezirk eines dritten Staats gehört noch den amtlichen Handelsbeauftragten eines dritten Staats offensteht;
- (b) eines Gebiets außerhalb des Empfangsstaats.

(4) Ein Konsul darf die in den Artikeln 17 bis 36 und 38 bezeichneten Aufgaben nur innerhalb seines Konsularbezirks oder, falls ihm vom Entsendestaat kein besonderer Konsularbezirk zugeteilt ist, innerhalb des Amtsbezirks des übergeordneten Konsuls oder des Missionschefs wahrnehmen; Absatz 5 dieses Artikels bleibt unberührt.

(5) Ein Konsul kann nach Benachrichtigung des Empfangsstaats konsularische Aufgaben außerhalb seines Konsularbezirks oder des Amtsbezirks des übergeordneten Konsuls oder des Missionschefs wahrnehmen, sofern der Empfangsstaat nicht dagegen Einspruch erhebt.

Artikel 3

(1) Der Entsendestaat bestimmt die Anzahl und den Rang der Konsuln, die er seinen Konsulaten zuteilt. Der Entsendestaat teilt dem Empfangsstaat schriftlich die Ernennung eines Konsuls für ein Konsulat mit. Für Wahlkonsuln, die Staatsangehörige des Empfangsstaats sind, kann dieser verlangen, daß seine Zustimmung zur Ernennung des Betreffenden für ein Konsulat im voraus auf diplomatischem Wege eingeholt wird.

(2) Das Exequatur oder eine sonstige Zulassung wird von dem Empfangsstaat so bald als möglich nach Vorlage der Bestallung des Konsuls oder einer sonstigen Mitteilung über seine Ernennung gebührenfrei erteilt. Erforderlichenfalls wird bis zur Erteilung des Exequaturs oder einer sonstigen Zulassung eine vorläufige Zulassung erteilt.

(3) Das Exequatur oder die sonstige Zulassung darf nicht ohne triftigen Grund verweigert werden.

(4) Es darf nicht unterstellt werden, daß der Empfangsstaat dem Tätigwerden eines Konsuls zugestimmt oder ihm die Vergünstigungen aus diesem Vertrag gewährt hat, solange der Empfangsstaat ihm nicht das Exequatur oder eine sonstige — auch vorläufige — Zulassung erteilt hat.

(5) Der Empfangsstaat teilt unverzüglich seinen zuständigen Behörden den Namen eines jeden Konsuls mit, der zur Ausübung seiner Tätigkeit nach diesem Vertrag berechtigt ist.

PART II

Appointments and Districts

Article 2

(1) The sending state may establish and maintain consulates in the territories of the receiving state at any place where any third state possesses a consulate and at any other place where the receiving state agrees to the establishment of a consulate. It shall be within the discretion of the sending state to determine whether a consulate shall be a consulate-general, consulate, vice-consulate or consular agency.

(2) The sending state shall keep the receiving state informed of the limits of each of its consular districts and, subject to the provisions of paragraph (3) of this Article, may prescribe these limits at its discretion.

(3) The receiving state shall have the right to object to the inclusion within a consular district

- (a) of any area which is not within a consular district, and is not open to the official commercial representatives, of a third state;
- (b) of any territory outside the receiving state.

(4) Subject to the provisions of paragraph (5) of this Article, a consular officer shall be entitled to perform the functions referred to in Articles 17 to 36 and Article 38 only within his own consular district or, in the case of a consular officer to whom the sending state has not allotted a separate consular district, within the district of his superintending consular officer or head of post, as the case may be.

(5) Upon notification to the receiving state a consular officer may perform consular functions outside his consular district or the district of his superintending consular officer or head of post, as the case may be, unless the receiving state objects.

Article 3

(1) The sending state may assign to any of its consulates consular officers in such numbers and of such rank as it may deem necessary. The sending state shall notify the receiving state in writing of the appointment of a consular officer to a consulate. In the case of an honorary consular officer who is a national of the receiving state, that state may require that its consent to his appointment to a consulate shall be obtained in advance through the diplomatic channel.

(2) The exequatur or other authorisation shall be granted as soon as possible and free of charge by the receiving state on presentation of a consular officer's commission or other notification of appointment. When necessary, a provisional authorisation shall be accorded, pending the grant of the exequatur or other authorisation.

(3) The exequatur or other authorisation shall not be refused without good cause.

(4) The receiving state shall not be deemed to have consented to a consular officer's acting as such, or to have extended to him the benefits of the provisions of this Convention, until the receiving state has granted him an exequatur or other authorisation (including a provisional authorisation).

(5) The receiving state shall inform without delay its appropriate authorities of the name of any consular officer entitled to act under this Convention.

(6) Der Empfangsstaat kann das Exequatur oder die sonstige Zulassung eines Konsuls, dessen Verhalten ernststen Anlaß zu Beschwerden gegeben hat, widerrufen. Der Grund zu diesem Widerruf wird dem Entsendestaat auf Ersuchen auf diplomatischem Wege mitgeteilt.

Artikel 4

(1) Dem Entsendestaat steht es frei, die erforderliche Anzahl von Konsulatsangehörigen in seinen Konsulaten zu beschäftigen, und zwar eigene Staatsangehörige, Staatsangehörige des Empfangsstaats oder eines dritten Staats.

(2) Die Konsuln, die ein Konsulat leiten, teilen der von der Regierung des Gebiets benannten Behörde die Namen dieser Konsulatsangehörigen mit und halten sie über deren Anschriften auf dem laufenden.

(3) Die Regierung des Gebiets kann es ablehnen, sei es zur Zeit der Mitteilung oder später, eine Person als Konsulatsangehörigen anzuerkennen, oder weiterhin anzuerkennen.

Artikel 5

(1) Einem Konsul oder Konsulatsangehörigen kann zeitweilig die stellvertretende Wahrnehmung der Obliegenheiten eines Konsuls übertragen werden, der verstorben, oder infolge Krankheit, Abwesenheit oder aus sonstigen Gründen zur Ausübung der Amtstätigkeit außerstande ist.

(2) Ist der Ermächtigte ein Konsulatsangehöriger, so erfährt er nach Unterrichtung der Regierung des Gebiets über seine Ermächtigung bis zu der Rückkehr des Konsuls oder der Ernennung eines Nachfolgers für den Konsul in bezug auf Vorrechte, Befreiungen, Immunitäten und das Recht zur Wahrnehmung konsularischer Aufgaben eine Behandlung, die ebenso günstig ist wie diejenige, die dem Konsul nach diesem Vertrag zusteht.

Artikel 6

Der Entsendestaat kann mit Zustimmung des Empfangsstaats ein oder mehrere Mitglieder seiner bei dem Empfangsstaat beglaubigten diplomatischen Mission mit der Wahrnehmung der Geschäfte eines am Sitz der Zentralregierung dieses Staats gelegenen Konsulats betrauen. Diese Ernennungen erfolgen gemäß den Artikeln 3 oder 4. Die betreffenden Personen genießen weiterhin alle Vorrechte und Immunitäten, die sich aus ihrer Rechtsstellung als Diplomaten ergeben; jedoch werden wegen der Wahrnehmung von Aufgaben, die in den Artikeln 17 bis 36 aufgeführt sind, keine weitergehenden Immunitäten für sie in Anspruch genommen, als einem Konsul oder Konsulatsangehörigen nach diesem Vertrag zustehen.

TEIL III

Rechte und Immunitäten

Artikel 7

(1) Der Entsendestaat kann gemäß den gesetzlichen Vorschriften des Gebiets Grundstücke, Gebäude, Gebäudeteile und Zubehör als Konsulat oder als Wohnung für einen Berufskonsul oder Konsulatsangehörigen oder für sonstige Zwecke, die sich aus dem Dienstbetrieb der konsularischen Niederlassung des Entsendestaats ergeben und gegen die der Empfangsstaat keinen Einspruch erhebt, in jeder nach dem Recht des Gebiets zulässigen Rechtsform im eigenen Namen oder durch eine oder mehrere natürliche oder juristische Personen erwerben, innehaben oder besitzen, die in eigenem Namen, aber für ihn handeln. Ist nach dem Recht des Gebiets die Ge-

(6) The receiving state may revoke the exequatur or other authorisation of a consular officer whose conduct has given serious cause for complaint. The reason for such revocation shall, upon request, be communicated to the sending state through the diplomatic channel.

Article 4

(1) The sending state shall be free to employ the necessary number of consular employees at its consulates, whether its own nationals or nationals of the receiving state or of a third state.

(2) Consular officers in charge of posts shall notify the names of these employees to such authority as the government of the territory may designate and shall keep the said authority informed of their addresses.

(3) The government of the territory may, either at the time of notification or subsequently, decline to recognise, or to continue to recognise, any person in the capacity of a consular employee.

Article 5

(1) A consular officer or employee may be assigned temporarily in an acting capacity to the duties of a consular officer who has died or who is unable to act through illness, absence or other cause.

(2) If the person so assigned is a consular employee, he shall, upon notification of his assignment as an acting consular officer and pending the return to duty of the consular officer or the appointment of a new consular officer, receive treatment not less favourable than would be accorded under this Convention to a consular officer as regards privileges, exemptions, immunities and the right to perform consular functions.

Article 6

The sending state may, with the permission of the receiving state, appoint to the work of a consulate, situated at the seat of the central government of the receiving state, one or more members of its diplomatic mission accredited to that state. Any such appointment shall be made in accordance with the provisions of Article 3 or 4, as the case may be. Any person so appointed shall continue to enjoy all those privileges and immunities which he derives from his diplomatic status, except that no claim to immunity greater than that of a consular officer or employee, as the case may be, under this Convention shall be made on his behalf in respect of the performance of any of the functions enumerated in Articles 17 to 36.

PART III

Legal Rights and Immunities

Article 7

(1) The sending state, either in its own name or in the name of one or more natural or juridical persons acting on its behalf, may, in accordance with such conditions as may be prescribed by the law of the territory, acquire, hold and occupy, under any form of tenure which may exist under the law of the territory, land, buildings, parts of buildings and appurtenances for the purpose of maintaining a consulate or a residence for a career consular officer or for a consular employee, or for other purposes, to which the receiving state does not object, arising out of the operation of the consular establishment of the sending state. If under the law of the territory

nehmung der Behörden des Gebiets Voraussetzung des Erwerbs, so wird diese Genehmigung erteilt, sofern die erforderlichen Formalitäten erfüllt sind.

(2) Der Entsendestaat ist berechtigt, für alle in Absatz 1 genannten Zwecke Gebäude und Zubehör auf den so erworbenen Grundstücken zu errichten.

(3) Es besteht Einvernehmen darüber, daß die Absätze 1 und 2 den Entsendestaat nicht von der Einhaltung von Bebauungs- oder Stadtplanungsvorschriften oder anderer Beschränkungen befreien, die für das Gelände gelten, in dem die Grundstücke, Gebäude und Gebäude-teile nebst Zubehör liegen.

Artikel 8

(1) An der äußeren Umfriedung und der Außenwand des Gebäudes, in dem ein Konsulat untergebracht ist, kann das Wappen oder Hoheitszeichen des Entsendestaats mit einer entsprechenden Inschrift, die das Konsulat in der Amtssprache dieses Staats bezeichnet, angebracht werden. Es ist auch gestattet, ein solches Wappen oder Hoheitszeichen und eine solche Inschrift an oder neben der Eingangstür des Konsulats anzubringen.

(2) Die Flagge des Entsendestaats und seine Konsulatsflagge können an dem Konsulat und bei geeigneten Anlässen auch an der Wohnung des Konsuls gezeigt werden. Ferner kann ein Konsul das Wappen oder Hoheitszeichen des Entsendestaats auf den Land-, Wasser- und Luftfahrzeugen, die er in Ausübung seines Amtes benutzt, anbringen sowie die Flagge des Entsendestaats und seine Konsulatsflagge auf diesen zeigen.

(3) Konsulatsdiensträume dürfen von der Polizei oder sonstigen Behörden des Gebiets nur mit Zustimmung des leitenden Konsuls oder, falls diese Zustimmung nicht erlangt werden kann, nur auf Grund einer entsprechenden gerichtlichen Anordnung sowie bei Gebieten im Sinne von Artikel 43 Absatz 1 mit Zustimmung des Bundesministers des Auswärtigen und bei Gebieten im Sinne von Artikel 43 Absatz 2 mit Zustimmung des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten (Secretary of State for Foreign Affairs) betreten werden. Die Zustimmung des Konsuls gilt als erteilt bei Brand oder sonstigen Unglücksfällen oder wenn die Behörden des Gebiets begründeten Anlaß zu der Annahme haben, daß in den Konsulatsdiensträumen unter Anwendung von Gewalt gegen Personen oder Sachen ein Verbrechen unmittelbar bevorsteht oder gerade begangen wird oder vollendet worden ist. Die Bestimmungen dieses Absatzes finden keine Anwendung auf Konsulatsdiensträume, die einem Konsul unterstehen, der Staatsangehöriger des Empfangsstaats oder nicht Staatsangehöriger des Entsendestaats ist.

(4) Ein Konsulat darf nicht dazu benutzt werden, Personen, die sich behördlichem oder gerichtlichem Zugriff zu entziehen versuchen, Zuflucht zu gewähren. Verweigert ein Konsul auf ein rechtmäßiges Ersuchen der Behörden des Gebiets die Auslieferung eines solchen Verfolgten, so können diese Behörden die Konsulatsdiensträume erforderlichenfalls zur Festnahme des Flüchtigen betreten; sie haben hierbei die Bestimmungen des Absatzes 3 dieses Artikels zu beachten.

(5) Werden Konsulatsdiensträume nach Absatz 3 oder 4 betreten oder durchsucht, so hat dies unter gebührender Beachtung der in Artikel 10 Absatz 1 anerkannten Unverletzlichkeit des Konsulatsarchivs zu geschehen.

(6) Ein Konsul darf die den Konsulatsdiensträumen durch diesen Vertrag gewährten Vorrechte nicht für Zwecke, die mit der Erfüllung seiner konsularischen Obliegenheiten nicht in Zusammenhang stehen, ausnutzen.

the permission of the authorities of the territory must be obtained as a prerequisite to any such acquisition, such permission shall be granted, provided that the necessary formalities have been complied with.

(2) The sending state shall have the right to erect, for any of the purposes specified in paragraph (1) of this Article, buildings and appurtenances on land which it has so acquired.

(3) It is understood that the provisions of paragraphs (1) and (2) of this Article shall not exempt the sending state from the operation of any building or town planning regulation or other restriction applicable to the area in which the land, buildings, parts of buildings and appurtenances, referred to in the said paragraphs, are situated.

Article 8

(1) There may be placed, on the outer enclosure and on the outer wall of the building in which a consulate is installed, the coat-of-arms or national device of the sending state with an appropriate inscription designating the consulate in the official language of that state. It shall also be permitted to place such coat-of-arms or national device and inscription on or by the entrance door to the consulate.

(2) The flag of the sending state and its consular flag may be flown at the consulate and also, on suitable occasions, at the consular officer's residence. In addition, a consular officer may place the coat-of-arms or device and fly the flag of the sending state and its consular flag on the vehicles, vessels and aircraft which he employs in the exercise of his duties.

(3) A consular office shall not be entered by the police or other authorities of the territory except with the consent of the consular officer in charge, or, if such consent cannot be obtained, pursuant to appropriate writ or process and with the consent of the Federal Minister for Foreign Affairs in the case of the territories referred to in paragraph (1) of Article 43, or of the Secretary of State in the case of the territories referred to in paragraph (2) of that Article. The consent of such consular officer may, however, be assumed in the event of fire or other disaster or if the authorities of the territory have reasonable cause to believe that a crime involving violence to persons or property is about to be, or is being or has been committed in the consular office. The provisions of this paragraph shall not apply to a consular office in the charge of a consular officer who is a national of the receiving state or who is not a national of the sending state.

(4) A consulate shall not be used to afford asylum to any fugitive from justice. If a consular officer shall refuse to surrender a fugitive from justice on the lawful demand of the authorities of the territory, the said authorities may, if necessary, enter to apprehend the fugitive, provided that in taking such action they comply with the provisions of paragraph (3) of this Article.

(5) Any entry into or search of a consular office pursuant to paragraph (3) or (4) of this Article shall be conducted with due regard to the inviolability of the consular archives, as recognised in paragraph (1) of Article 10.

(6) A consular officer shall not take advantage of the privileges accorded to the consular office under this Convention for any purpose not connected with the exercise of his consular functions.

Artikel 9

(1) Der Empfangsstaat stellt, unbeschadet der Vorschriften in Absatz 2,

- (a) das Konsulat des Entsendestaats, samt Möbeln und Ausstattung,
- (b) die Land-, Wasser- und Luftfahrzeuge eines solchen Konsulats,
- (c) die Wohnung — samt Möbeln und Ausstattung — eines Konsuls oder Konsulatsangehörigen des Entsendestaats, sofern der Konsul oder Konsulatsangehörige die Voraussetzungen des Absatzes 5 erfüllt,
- (d) die Land-, Wasser- und Luftfahrzeuge eines solchen Konsuls oder Konsulatsangehörigen und
- (e) die persönlichen Gegenstände eines solchen Konsuls oder Konsulatsangehörigen und der in seinem Haushalt lebenden Familienangehörigen

von jeder Inanspruchnahme für Zwecke der Landesverteidigung oder für andere im öffentlichen Interesse liegende Zwecke frei.

(2) Jedoch verbietet keine Vorschrift dieses Artikels, daß der Empfangsstaat nach den Gesetzen des Gebiets ein Konsulat des Entsendestaats oder die Wohnung eines Konsuls oder Konsulatsangehörigen für Zwecke der Landesverteidigung oder für andere im öffentlichen Interesse liegende Zwecke enteignet oder zur Nutzung in Anspruch nimmt; doch ist, wenn eine solche Maßnahme hinsichtlich solcher Grundstücke erforderlich wird, in jeder Weise darauf Rücksicht zu nehmen, daß die Durchführung der konsularischen Aufgaben nicht behindert wird.

(3) Wird ein Konsulat oder die Wohnung eines Konsuls oder Konsulatsangehörigen nach Absatz 2 enteignet oder in Anspruch genommen, so trifft der Empfangsstaat in Übereinstimmung mit den Gesetzen des Gebiets alle geeigneten Maßnahmen, um für angemessenen Ersatz zu sorgen.

(4) Unverzüglich ist eine angemessene Entschädigung für alle Vermögenswerte zu leisten, die dem Entsendestaat oder einer für ihn handelnden natürlichen oder juristischen Person durch Enteignung eines Konsulats oder Inanspruchnahme zur Nutzung entzogen werden. Diese Entschädigung muß so beschaffen sein, daß sie in die Währung des Entsendestaats umgerechnet und in den Entsendestaat transferiert werden kann; hierbei ist der Verkaufskurs zugrunde zu legen, der bei Geschäftsabschluß an dem Tage, an dem der Gegenstand entzogen wurde, notiert worden ist; ist an diesem Tage kein Kurs notiert worden, so ist der letzte notierte Schlußkurs maßgebend.

(5) Die in Absatz 1 erwähnten Voraussetzungen sind, daß die betreffende Person

- (a) Staatsangehöriger des Entsendestaats ist,
- (b) in dem Gebiet keiner privaten Erwerbstätigkeit nachgeht,
- (c) in einem festen Dienstverhältnis zu dem Entsendestaat steht oder, falls dies nicht zutrifft, zur Zeit des Dienstantritts beim Konsulat ihren gewöhnlichen Aufenthalt nicht in dem Gebiet gehabt hat.

(6) Im Sinne dieses Artikels umfaßt der Ausdruck „Konsulat“ alle Grundstücke, Gebäude, Gebäudeteile und Zubehör, die der Entsendestaat ausschließlich für die in Artikel 7 Absatz 1 genannten Zwecke innehat oder benutzt.

Article 9

(1) Without prejudice to the provisions of paragraph (2) of this Article, the receiving state shall treat as immune from all forms of requisitioning for purposes of national defence or public utility

- (a) a consulate of the sending state, together with the furniture and equipment thereof;
- (b) the vehicles, vessels and aircraft of any such consulate;
- (c) the residence, together with the furniture and equipment thereof, of a consular officer or employee of the sending state, provided, in either case, that he complies with the conditions specified in paragraph (5) of this Article;
- (d) the vehicles, vessels and aircraft of any such consular officer or employee; and
- (e) the personal effects of any such consular officer or employee or of any member of his family forming part of his household.

(2) However, nothing in this Article shall preclude the receiving state from the expropriation or seizure for purposes of national defence or public utility, in conformity with the law of the territory, of a consulate of the sending state or a residence of a consular officer or employee of that state, but, if it is necessary to take any such measure with regard to any such property, every consideration shall be shown to avoid interference with the performance of consular functions.

(3) In the event of the expropriation or seizure of a consulate or of a residence of a consular officer or employee, in compliance with paragraph (2) of this Article, the receiving state shall take all appropriate measures, in conformity with the law of the territory, with a view to ensuring that suitable alternative accommodation is obtained.

(4) Prompt and adequate compensation shall be paid in respect of any proprietary interests of which the sending state, or any natural or juridical person acting on its behalf, has been deprived by reason of the expropriation or seizure of a consulate. Such compensation shall be in a form convertible into the currency of and transferable to the sending state at the market selling rate ruling at the close of business on the date on which such deprivation took place or, if there is no quotation on that date, at the rate ruling at the close of business on the last preceding date when there was such a quotation.

(5) The conditions referred to in paragraph (1) of this Article are that the person concerned shall

- (a) be a national of the sending state;
- (b) not be engaged in private occupation for gain in the territory;
- (c) be a permanent employee of the sending state or, if not a permanent employee thereof, not have been ordinarily resident in the territory at the time of taking up his consular appointment.

(6) The term "consulate" shall include, for the purposes of this Article, all land, buildings, parts of buildings and appurtenances, held or occupied exclusively for any of the purposes specified in paragraph (1) of Article 7.

Artikel 10

(1) Das Archiv und alle sonstigen amtlichen Akten und Schriftstücke eines Konsulats sind stets unverletzlich; die Behörden des Gebiets dürfen sie unter keinem Vorwand einsehen oder einbehalten.

(2) Das Archiv sowie die amtlichen Akten und Schriftstücke sind von Schriftstücken, Büchern oder dem Schriftwechsel eines Konsuls oder Konsulatsangehörigen, die sich auf andere Angelegenheiten beziehen, getrennt zu halten. Diese Bestimmung erfordert nicht die Trennung des diplomatischen Archivs und der diplomatischen amtlichen Schriftstücke von den konsularischen, falls sich die Konsulatsdiensträume im Gebäude einer diplomatischen Vertretung befinden.

(3) Ein Konsul darf mit der Regierung des Entsendestaats, mit dessen diplomatischer Vertretung beim Empfangsstaat und mit anderen in demselben Gebiet gelegenen Konsulaten des Entsendestaats durch die Post, telegraphisch, telefonisch und durch andere öffentliche Einrichtungen verkehren sowie amtlichen Schriftwechsel in versiegelten Konsulatsbeuteln, Säcken und anderen Behältern versenden und empfangen; er darf in beiden Fällen Geheimschriften verwenden. Ein Konsul darf außerdem in gleicher Weise mit den Regierungen von Gebieten verkehren, für deren internationale Beziehungen der Entsendestaat verantwortlich ist, sowie mit anderen diplomatischen Vertretungen und Konsulaten des Entsendestaats außerhalb desselben Gebiets des Empfangsstaats; dieses erweiterte Recht kann eingeschränkt werden, wenn sich der Empfangsstaat im Krieg befindet.

(4) Der in Absatz 3 erwähnte amtliche konsularische Schriftwechsel ist unverletzlich, und die Behörden des Gebiets dürfen ihn nicht einsehen oder einbehalten. Für die in Absatz 3 genannten Beutel, Säcke und anderen Behälter besteht Anspruch auf die gleiche Behandlung, wie sie der Empfangsstaat dem diplomatischen Kuriergut des Entsendestaats zuteil werden läßt.

(5) Ein Konsul oder Konsulatsangehöriger ist berechtigt, Ersuchen der Gerichte oder Behörden des Gebiets um Vorlage von Akten aus seinem Archiv oder von sonstigen amtlichen Schriftstücken oder um Aussage über Angelegenheiten, die in den Bereich seiner Dienstobliegenheiten fallen, abzulehnen. Derartigen Ersuchen ist jedoch im Interesse der Rechtspflege stattzugeben, wenn dies nach Auffassung des leitenden Konsuls ohne Beeinträchtigung der Belange des Entsendestaats möglich ist.

(6) Ein Konsul ist ferner berechtigt, die Aussage als sachverständiger Zeuge über die Gesetze des Entsendestaats abzulehnen.

Artikel 11

(1) Ein Konsul oder Konsulatsangehöriger kann bei den Gerichten des Empfangsstaats wegen Handlungen, die er in seiner amtlichen Eigenschaft vorgenommen hat und die nach Völkerrecht in den Aufgabenbereich eines Konsuls fallen, einschließlich der in den Artikeln 17 bis 36 vorgesehenen Amtshandlungen, nicht belangt werden, es sei denn, daß der Entsendestaat durch seinen diplomatischen Vertreter das Verfahren beantragt oder ihm zustimmt.

(2) Absatz 1 schließt nicht aus, daß ein Konsul oder Konsulatsangehöriger im Wege eines Zivilprozesses wegen eines von ihm geschlossenen Vertrags belangt werden kann, den er nicht ausdrücklich oder durch schlüssige Handlung als Vertreter seiner Regierung abgeschlossen hat; dementsprechend berechtigt Artikel 10 Absatz 5 einen Konsul oder Konsulatsangehörigen nicht, bezüglich eines solchen Vertrags die Vorlage einer Urkunde oder die Aussage zu verweigern.

Article 10

(1) The archives and all other official documents and papers of a consulate shall at all times be inviolable and the authorities of the territory shall not under any pretext examine or detain any of them.

(2) Such archives and official documents and papers shall be kept separate from papers, books or correspondence of a consular officer or employee relating to other matters. This provision does not require the separation of diplomatic from consular archives and official papers when a consular office is situated on the premises of a diplomatic mission.

(3) A consular officer shall be entitled to communicate with the government of the sending state, with the diplomatic mission of that state, accredited to the receiving state, or with other consulates of the sending state which are situated in the same territory by post, telegraph, telephone and other public services, and to send and receive official correspondence by sealed consular pouches, bags and other containers; he may, in both cases, use secret language. In addition, he may similarly communicate and correspond with the governments of territories, for whose international relations the sending state is responsible, or with other diplomatic missions and consulates of that state, situated elsewhere than in the same territory of the receiving state, provided that, when the receiving state is at war, this additional right may be restricted.

(4) The official consular correspondence, referred to in paragraph (3), shall be inviolable and the authorities of the territory shall not examine or detain it. The pouches, bags and other containers, referred to in the said paragraph, shall be entitled to receive the same treatment as is accorded by the receiving state to the diplomatic bags of the sending state.

(5) A consular officer or employee shall be entitled to refuse a request from the courts or authorities of the territory to produce any documents from his archives or other official papers or to give evidence relating to matters within the scope of his official duties. Such a request shall, however, be complied with in the interests of justice if, in the judgment of the consular officer in charge of the post, it is possible to do so without prejudice to the interests of the sending state.

(6) A consular officer shall also be entitled to decline to give evidence as an expert witness with regard to the law of the sending state.

Article 11

(1) A consular officer or employee shall not be liable in proceedings in the courts of the receiving state, in respect of acts performed in his official capacity and falling within the functions of a consular officer under international law, including those referred to in Articles 17 to 36, unless the sending state requests or assents to the proceedings through its diplomatic representative.

(2) It is understood that the provisions of paragraph (1) of this Article shall not preclude a consular officer or employee from being held liable in a civil action arising out of a contract concluded by him in which he did not contract, expressly or impliedly, as agent for his government and that the provisions of paragraph (5) of Article 10 shall not entitle a consular officer or employee to refuse to produce any document, or to give evidence, relating to such a contract.

- (3) (a) Von einem Konsul oder Konsulatsangehörigen kann vorbehaltlich des Artikels 10 Absatz 5 und 6 eine Zeugenaussage in einer Zivil- oder Strafsache verlangt werden.
- (b) Das Gericht oder die Behörde haben in solchem Fall alle zumutbaren Schritte zu unternehmen, um eine Störung der Arbeit des Konsulats zu vermeiden. Bei einem Konsul hat das Gericht oder die Behörde in allen Fällen, in denen dies zulässig und möglich ist, dafür zu sorgen, daß die Aussage schriftlich oder mündlich in den Diensträumen oder der Wohnung des Konsuls entgegengenommen wird.
- (4) (a) Alle Kraftfahrzeuge, Kraftfahrzeuganhänger, Schiffe und Luftfahrzeuge, deren Halter ein Konsul oder Konsulatsangehöriger ist, sind ausreichend gegen Haftpflicht zu versichern.
- (b) Die Bestimmungen des Absatzes 1 stehen der Inanspruchnahme eines Konsuls oder Konsulatsangehörigen durch Dritte im Wege des Zivilprozesses aus dieser Haftpflicht nicht entgegen; ein Konsul oder Konsulatsangehöriger ist nicht berechtigt, im Zusammenhang mit einer solchen Klage auf Grund des Artikels 10 Absatz 5 die Vorlage einer Urkunde oder die Aussage zu verweigern.
- (5) Ein Konsul sowie seine bei ihm wohnende Ehefrau und minderjährigen Kinder sind von den gesetzlichen Vorschriften des Gebiets über Ausländerregistrierung und Aufenthaltsgenehmigung befreit; sie unterliegen nicht der Ausweisung.
- (6) Ein Konsulatsangehöriger, der die Voraussetzungen des Absatzes 8 Buchstaben b und c erfüllt, sowie seine bei ihm wohnende Ehefrau und minderjährigen Kinder genießen die in Absatz 5 genannten Befreiungen.
- (7) Ein Konsul, der nicht Staatsangehöriger des Empfangsstaats ist, bleibt von jeder Art Dienst als Richter und von jeder Art Militärdienst zu Lande, zur See und in der Luft sowie von jeglicher Polizei- oder Verwaltungsdienstpflicht befreit. Die gleichen Befreiungen genießt ein Konsulatsangehöriger, der die Voraussetzungen des Absatzes 8 erfüllt.
- (8) Die in Absatz 6 und 7 erwähnten Voraussetzungen sind, daß die betreffende Person
- (a) Staatsangehöriger des Entsendestaats und nicht des Empfangsstaats ist,
- (b) keiner privaten Erwerbstätigkeit in dem Gebiet nachgeht,
- (c) in einem festen Dienstverhältnis zu dem Entsendestaat steht oder, falls dies nicht zutrifft, zur Zeit des Dienstantritts beim Konsulat ihren gewöhnlichen Aufenthalt nicht in dem Gebiet gehabt hat.
- (3) (a) Subject to the provisions of paragraphs (5) and (6) of Article 10, a consular officer or employee may be required to give evidence in either a civil or a criminal case.
- (b) In such event, the court or authority concerned shall take all reasonable steps to avoid interference with the work of the consulate and, in the case of a consular officer, shall, wherever permissible and possible, arrange for the taking of the evidence, orally or in writing, at his office or residence.
- (4) (a) All motor vehicles (which term shall be deemed for the purposes of this Article to include trailers), vessels and aircraft, owned by a consular officer or employee, shall be adequately insured by policies against third party risks.
- (b) The provisions of paragraph (1) of this Article shall not be deemed to preclude a consular officer or employee from being held liable in a civil action by a third party in respect of any such risk, and the provisions of paragraph (5) of Article 10 shall not entitle a consular officer or employee to refuse to produce any document, or to give evidence, in connexion with such an action.
- (5) A consular officer, together with his wife and minor children residing with him, shall be exempt from the requirements of the law of the territory with regard to the registration of foreigners and permission to reside, and shall not be subject to deportation.
- (6) A consular employee, provided that he complies with the conditions specified in sub-paragraphs (b) and (c) of paragraph (8) shall, together with his wife and minor children residing with him, enjoy the same exemptions as specified in paragraph (5).
- (7) A consular officer who is not a national of the receiving state shall enjoy exemption from jury, naval, military, air, police or administrative service of any kind. Such exemption shall also be enjoyed by a consular employee who complies with the conditions specified in paragraph (8).
- (8) The conditions referred to in paragraphs (6) and (7) of this Article are that the person concerned shall
- (a) be a national of the sending state and not a national of the receiving state;
- (b) not be engaged in private occupation for gain in the territory;
- (c) be a permanent employee of the sending state, or, if not a permanent employee thereof, not have been ordinarily resident in the territory at the time of taking up his consular appointment.

Artikel 12

Ein Berufskonsul darf wegen Handlungen, die er nicht in amtlicher Eigenschaft vorgenommen hat, für Verstöße gegen die Gesetze des Gebiets nicht in Haft genommen werden,

es sei denn

- (a) im Falle einer schweren Verfehlung im Sinne des Artikels 1 Absatz 9 oder
- (b) im Falle einer anderen Verfehlung; zur Vorführung vor Gericht (wobei die Haft nur während der Ver-

Article 12

A consular officer, being a career consular officer, shall not, in respect of acts performed otherwise than in his official capacity, be detained in custody for an offence against the law of the territory, except

- (a) in the case of a grave offence as defined in paragraph (9) of Article 1; or
- (b) in the case of any other offence, for the purpose of standing trial (it being understood that such

handlung vor Gericht, nicht aber während einer Vertagung aufrechterhalten werden darf) oder nach rechtskräftiger Verurteilung oder

- (c) mit Zustimmung oder auf Ersuchen des Entsendestaats.

TEIL IV

Finanzielle Vorrechte

Artikel 13

Der Entsendestaat oder eine in seinem Namen handelnde natürliche oder juristische Person ist von allen Steuern oder ähnlichen Abgaben jeder Art befreit, die von dem Empfangsstaat oder von einem Einzelstaat, einer Provinz, Gemeinde oder sonstigen Untergliederung des Empfangsstaats gegenwärtig oder künftig erhoben oder eingezogen werden auf

- (a) Eigentum oder Besitz an Grundstücken, Gebäuden, Gebäudeteilen und Zubehör, die ausschließlich für einen der in Artikel 7 Absatz 1 genannten Zwecke benutzt werden, mit Ausnahme von Steuern oder sonstigen Abgaben, die für Dienstleistungen oder örtliche öffentliche Verbesserungen erhoben werden und deren Höhe sich nach dem Nutzen für die betreffenden Grundstücke richtet;
- (b) Rechtsgeschäfte oder Urkunden über den Erwerb von Grundeigentum für einen der genannten Zwecke;
- (c) Eigentum, Besitz oder Benutzung beweglicher Sachen für konsularische Zwecke.

Artikel 14

(1) Steuern oder ähnliche Abgaben aller Art werden in dem Gebiet durch den Empfangsstaat oder einen Einzelstaat, eine Provinz, Gemeinde oder sonstige Untergliederung des Empfangsstaats weder erhoben noch eingezogen auf

- (a) Gebühren, die für den Entsendestaat als Entgelt für konsularische Amtshandlungen vereinbart werden, oder Quittungen für die Zahlung solcher Gebühren;
- (b) die Dienstbezüge, Gehälter, Löhne oder Vergütungen, die ein Konsul als Entgelt für seine Dienste in einem Konsulat erhält (wobei der Ausdruck „Konsul“ im Sinne dieser Bestimmung die Wahlkonsuln nicht mit einschließt, es sei denn, daß sie die Staatsangehörigkeit des Entsendestaats besitzen und in dem Gebiet keiner privaten Erwerbstätigkeit nachgehen);
- (c) die Dienstbezüge, Gehälter, Löhne oder Vergütungen, die ein Konsulatsangehöriger als Entgelt für seine Dienste in einem Konsulat erhält, vorausgesetzt, daß der Konsulatsangehörige Staatsangehöriger des Entsendestaats und nicht des Empfangsstaats ist (wobei der Ausdruck „Konsulatsangehöriger“ im Sinne dieser Bestimmung auch Fahrer und ausschließlich mit Haushalts- oder Instandhaltungsarbeiten auf den Konsulatsgrundstücken beschäftigte Personen mit einschließt).

(2) Ferner sind der Entsendestaat oder ein Konsul oder Konsulatsangehöriger in dem Gebiet bezüglich der von einem Konsul oder Konsulatsangehörigen in amtlicher Eigenschaft vorgenommenen Handlungen, die in den Bereich ihrer Dienstobliegenheiten fallen, von allen Steuern oder ähnlichen Abgaben jeder Art befreit, die durch den Empfangsstaat oder einen Einzelstaat, eine Provinz, Gemeinde oder sonstige Untergliederung des Empfangsstaats gegenwärtig oder künftig erhoben oder eingezogen werden auf

detention shall only continue during the progress of proceedings in court, exclusive of any adjournments thereof), or upon conviction; or

- (c) at the request or with the consent of the sending state.

PART IV

Financial Privileges

Article 13

The sending state, or any natural or juridical person acting on its behalf, shall be exempt from all taxes or other similar charges of any kind which are, or may be, imposed or collected by the receiving state, or by any state, province, municipality or other sub-division thereof, in respect of

- (a) the ownership or occupation of land, buildings, parts of buildings or appurtenances used exclusively for any of the purposes specified in paragraph (1) of Article 7, except taxes or other assessments levied for services or for local public improvements, which shall be payable to the extent that the said premises are benefited;
- (b) transactions or instruments relating to the acquisition of immovable property for any of the said purposes;
- (c) the ownership, possession or use of movable property for consular purposes.

Article 14

(1) No tax or other similar charge of any kind shall be imposed or collected in the territory by the receiving state or by any state, province, municipality or other sub-division thereof, in respect of

- (a) fees received on behalf of the sending state in compensation for consular services or any receipt given for the payment of such fees;
- (b) the official emoluments, salary, wages or allowances received by a consular officer (which term, for the purposes of this sub-paragraph, shall not include honorary consular officers, unless they are nationals of the sending state and are not engaged in private occupation for gain in the territory) as compensation for his consular services;
- (c) the official emoluments, salary, wages or allowances received by a consular employee (which term, for the purposes of this sub-paragraph, shall include drivers and persons employed solely on domestic duties at or in the upkeep of the consular premises) as compensation for his services at a consulate, provided that such employee is a national of the sending state and is not a national of the receiving state.

(2) In addition, the sending state or any consular officer or employee shall be exempt in the territory from all taxes or other similar charges of any kind which are, or may be, imposed or collected by the receiving state, or by any state, province, municipality or other sub-division thereof, by reason of acts performed by a consular officer or employee in his official capacity and falling within the sphere of his official duties. This exemption shall not apply to taxes or other similar

zogen werden. Diese Befreiung gilt nicht für Steuern oder ähnliche Abgaben, hinsichtlich derer ein Dritter der gesetzlich Verpflichtete ist, auch wenn die Steuer oder ähnliche Abgabe auf den Entsendestaat oder auf den Konsul oder Konsulatsangehörigen abgewälzt werden kann.

Artikel 15

(1) Vorbehaltlich der Absätze 2 und 3 dieses Artikels ist ein Konsul oder Konsulatsangehöriger, der die Voraussetzungen des Absatzes 4 dieses Artikels erfüllt, in dem Gebiet von allen Steuern oder ähnlichen Abgaben jeder Art befreit, die durch den Empfangsstaat oder einen Einzelstaat, eine Provinz, Gemeinde oder sonstige Untergliederung des Empfangsstaats gegenwärtig oder künftig erhoben oder eingezogen werden, — mit Ausnahme der Steuern oder Zölle, die gegenwärtig oder künftig bei oder auf Grund einer Einfuhr oder Wiederausfuhr erhoben werden und für welche die Freistellung ausschließlich in Artikel 16 geregelt ist.

(2) Absatz 1 dieses Artikels gilt nur für Steuern oder ähnliche Abgaben, hinsichtlich derer der Konsul oder Konsulatsangehörige in Ermangelung der in diesem Artikel vorgesehenen Befreiung der gesetzlich Verpflichtete wäre; er gilt nicht für Steuern oder ähnliche Abgaben, hinsichtlich derer ein Dritter der gesetzlich Verpflichtete ist, auch wenn die Steuer oder ähnliche Abgabe auf den Konsul oder Konsulatsangehörigen abgewälzt werden kann. Hat jedoch ein Konsul oder Konsulatsangehöriger Anspruch auf Einkommen aus Quellen außerhalb des Gebiets und ist dieses Einkommen innerhalb dieses Gebiets durch einen Bankier oder sonstigen Beauftragten, der bei Zahlung des Einkommens zum Abzug von Einkommensteuer verpflichtet ist, an ihn zu zahlen oder für ihn einzuziehen, so hat der Konsul oder Konsulatsangehörige Anspruch auf Rückzahlung der einbehaltenen Steuer.

(3) Absatz 1 dieses Artikels gilt nicht für

- (a) Steuern, die auf das Eigentum an Grundstücken in dem Gebiet oder auf deren Besitz erhoben oder eingezogen werden;
- (b) Steuern auf Einkommen aus anderen innerhalb des Gebiets befindlichen Quellen;
- (c) Steuern, die beim Übergang von Vermögenswerten von Todes wegen im Gebiet erhoben oder eingezogen werden, gleichviel ob der Konsul oder Konsulatsangehörige der Erblasser oder die Person ist, auf welche die Vermögenswerte von Todes wegen übergehen;
- (d) Steuern auf Rechtsvorgänge oder auf Urkunden über Rechtsvorgänge, z. B. auf die Veräußerung oder Übertragung von Geld oder Gegenständen oder Stempelgebühren, die in Verbindung damit erhoben oder eingezogen werden;
- (e) Steuern auf den Verbrauch oder andere ähnliche Abgaben, wozu Steuern, die auf das Eigentum, die Benutzung oder den Betrieb von Land-, Wasser- und Luftfahrzeugen oder von Rundfunk- und Fernsehgeräten oder auf in das Hoheitsgebiet gemäß Artikel 16 eingeführte Gegenstände erhoben oder eingezogen werden, nicht gehören sollen.

(4) Die in Absatz 1 erwähnten Voraussetzungen sind, daß die betreffende Person

- (a) Staatsangehöriger des Entsendestaats und nicht Staatsangehöriger des Empfangsstaats ist,
- (b) keiner privaten Erwerbstätigkeit in dem Gebiet nachgeht,

charges in respect of which some other person is legally liable, notwithstanding that the burden of the tax or other similar charge may be passed on to the sending state or the consular officer or employee.

Article 15

(1) Subject to the provisions of paragraphs (2) and (3) of this Article, a consular officer or employee who complies with the conditions set out in paragraph (4) of this Article shall be exempt in the territory from all taxes or other similar charges of any kind (other than taxes or duties which are, or may be, imposed upon or by reason of importation or re-exportation, exemption from which is dealt with exclusively in Article 16) which are, or may be, imposed or collected by the receiving state or by any state, province, municipality or other sub-division thereof.

(2) The provisions of paragraph (1) of this Article shall apply only to taxes or other similar charges in respect of which a consular officer or employee would, in the absence of the exemption provided in this Article, be the person legally liable, and shall not apply to taxes or other similar charges in respect of which some other person is legally liable, notwithstanding that the burden of the tax or other similar charge may be passed on to the consular officer or employee. If, however, a consular officer or employee is entitled to income from sources outside the territory but that income is payable to him, or collected on his behalf, by a banker or other agent within the territory who is required to deduct income tax on payment of the income, the consular officer or employee shall be entitled to repayment of the tax so deducted.

(3) The provisions of paragraph (1) of this Article shall not apply to

- (a) taxes imposed or collected on the ownership or occupation of immovable property situated within the territory;
- (b) taxes on income derived from other sources within the territory;
- (c) taxes imposed or collected within the territory on the passing of property on death, whether the consular officer or employee is the person who dies or the person to whom the property passes on death;
- (d) taxes on transactions or instruments effecting transactions, such as taxes on the sale or transfer of money or property, or stamp duties imposed or collected in connexion therewith;
- (e) excise, consumption or other similar taxes, which shall not be deemed to include any such tax imposed or collected on the ownership, use or operation of any vehicle, vessel or aircraft, or of any wireless or television set or on articles imported into the territory in accordance with the provisions of Article 16.

(4) The conditions referred to in paragraph (1) of this Article are that the person concerned shall

- (a) be a national of the sending state and not a national of the receiving state;
- (b) not be engaged in private occupation for gain in the territory;

- (c) in einem festen Dienstverhältnis zu dem Entsendestaat steht oder, falls dies nicht zutrifft, zur Zeit des Dienstantritts beim Konsulat ihren gewöhnlichen Aufenthalt nicht in dem Gebiet gehabt hat.

- (c) be a permanent employee of the sending state, or, if not a permanent employee thereof, not have been ordinarily resident in the territory at the time of taking up his consular appointment.

Artikel 16

(1) Der Entsendestaat oder sein für ihn handelnder Konsul oder Konsulatsangehöriger dürfen alle Möbel, Ausstattungsgegenstände, Versorgungsgüter, Baumaterialien und andere Sachen einschließlich Land-, Wasser- und Luftfahrzeugen, die für den Gebrauch oder Verbrauch im Zusammenhang mit den amtlichen Zwecken eines Konsulats bestimmt sind, in das Gebiet einführen oder aus diesem ausführen; sie sind bezüglich aller dieser Sachen von allen Steuern oder Zöllen jeder Art befreit, die bei oder auf Grund einer Einfuhr oder Wiederausfuhr von dem Empfangsstaat oder einem Einzelstaat, einer Provinz, Gemeinde oder sonstigen Untergliederung des Empfangsstaats gegenwärtig oder künftig erhoben oder eingezogen werden.

(2) Ein Konsul oder Konsulatsangehöriger, der die Voraussetzungen des Absatzes 4 erfüllt, darf ferner jegliches Gepäck sowie Gebrauchsgegenstände und sonstige Sachen einschließlich von Land-, Wasser- und Luftfahrzeugen, die ausschließlich für seinen persönlichen Gebrauch oder Verbrauch oder für den Gebrauch oder Verbrauch der zu seinem Haushalt gehörigen Familienmitglieder bestimmt sind, in das Gebiet einführen und später wieder aus diesem ausführen; er ist bezüglich aller dieser Sachen von allen Steuern oder Zöllen jeder Art befreit, die bei oder auf Grund einer Einfuhr oder Wiederausfuhr von dem Empfangsstaat oder einem Einzelstaat, einer Provinz, Gemeinde oder sonstigen Untergliederung des Empfangsstaats gegenwärtig oder künftig erhoben oder eingezogen werden. Diese Bestimmung gilt für alle Sachen, die er bei seiner ersten oder bei späteren Einreisen an seine Konsulatsdienststelle mitbringt oder die ihm an seine Konsulatsdienststelle zugesandt und zu irgendeiner Zeit eingeführt werden, solange er dieser Dienststelle zugeteilt oder bei ihr beschäftigt ist.

(3) Es besteht jedoch Einvernehmen darüber,

- (a) daß der Empfangsstaat als Bedingung für die Gewährung der in diesem Artikel vorgesehenen Befreiungen verlangen kann, daß ihm jede Einfuhr oder Wiederausfuhr in der von ihm vorgeschriebenen Weise mitgeteilt wird;
- (b) daß die in diesem Artikel vorgesehenen Befreiungen mit Rücksicht darauf, daß sie lediglich zum dienstlichen oder persönlichen Gebrauch bestimmte Sachen betreffen, keine Anwendung auf Sachen finden, die aus Gefälligkeit für andere oder zum Verkauf oder zu sonstigen gewerblichen Zwecken eingeführt werden; dies schließt jedoch die Einfuhr von Sachen als Muster gewerblicher Erzeugnisse lediglich zur Ausstellung innerhalb eines Konsulats nicht aus, vorausgesetzt, daß sie später wieder ausgeführt oder vernichtet werden;
- (c) daß der Empfangsstaat bestimmen kann, daß die in diesem Artikel vorgesehenen Befreiungen nicht für Sachen gelten, die in dem Gebiet gezogen, erzeugt oder hergestellt und ohne Zahlung oder unter Rückerstattung von Steuern oder Zöllen, die ohne eine Ausfuhr erhoben worden wären, aus diesem Gebiet ausgeführt wurden;
- (d) daß aus diesem Artikel keine Erlaubnis abgeleitet werden kann, Sachen in das Gebiet einzubringen, deren Einfuhr ausdrücklich durch Gesetz verboten ist.

Article 16

(1) The sending state, or a consular officer or employee acting on its behalf, shall be permitted to import into the territory, or to export therefrom, all furniture, equipment, supplies, building materials and other articles, including vehicles, vessels and aircraft, intended for use or consumption in connexion with any of the official purposes of a consulate and shall be exempt, in respect of all such articles, from all taxes or other duties of any kind which are, or may be, imposed or collected by the receiving state, or by any state, province, municipality or other sub-division thereof, upon or by reason of importation or re-exportation.

(2) A consular officer or employee who complies with the conditions set out in paragraph (4) of this Article shall also be permitted to import into the territory, and subsequently to export therefrom, all baggage and effects and other articles, including vehicles, vessels and aircraft, intended exclusively for his use or consumption or for the use or consumption of members of his family forming part of his household, and shall be exempt, in respect of all such articles, from all taxes or other duties of any kind which are, or may be, imposed or collected by the receiving state, or by any state, province, municipality or other sub-division thereof, upon or by reason of importation or re-exportation. This provision shall apply to all such articles which accompany him to his consular post, whether upon first arrival or upon any subsequent arrival, or which are consigned to him at his post, and imported at any time while he is assigned to or employed at such post.

(3) It is, however, understood that

- (a) the receiving state may, as a condition to the granting of the exemptions provided in this Article, require that a notification of any importation or re-exportation be given in such manner as it may prescribe;
- (b) the exemptions provided in this Article, being in respect of articles imported for official or personal use only, shall not extend to articles imported as an accommodation to others or for sale or for other commercial purposes; this understanding shall not, however, be regarded as precluding the importation of articles as samples of commercial products solely for display within a consulate, provided that they are subsequently re-exported or destroyed;
- (c) the receiving state may determine that the exemptions provided in this Article shall not apply in respect of articles grown, produced or manufactured in the territory which have been exported therefrom without payment of, or upon repayment of, taxes or duties which would have been leviable but for such exportation;
- (d) nothing in this Article shall be construed so as to permit the entry into the territory of any article the importation of which is specifically prohibited by law.

(4) Die in Absatz 2 erwähnten Voraussetzungen sind, daß die betreffende Person

- (a) nicht Staatsangehöriger des Empfangsstaats ist,
- (b) keiner privaten Erwerbstätigkeit in dem Gebiet nachgeht,
- (c) in einem festen Dienstverhältnis zu dem Entsendestaat steht oder, falls dies nicht zutrifft, zur Zeit des Dienstantritts beim Konsulat ihren gewöhnlichen Aufenthalt nicht in dem Gebiet gehabt hat.

TEIL V

Allgemeine konsularische Aufgaben

Artikel 17

(1) Ein Konsul ist berechtigt, die Staatsangehörigen des Entsendestaats sowie ihr Eigentum und ihre Interessen zu schützen. Zu diesem Zwecke kann er

- (a) jeden Staatsangehörigen des Entsendestaats befragen, mit ihm in Verbindung treten und ihn beraten;
- (b) Nachforschungen über alle Zwischenfälle anstellen, welche die Interessen eines derartigen Staatsangehörigen berühren;
- (c) jedem derartigen Staatsangehörigen in Verhandlungen vor den Behörden des Gebiets oder im Verkehr mit diesen Hilfe leisten, für Rechtsschutz für ihn sorgen sowie für ihn bei den genannten Behörden auf deren Ersuchen oder mit deren Einverständnis als Dolmetscher tätig werden oder einen Dolmetscher zu diesem Zweck bestellen;
- (d) sich an die zuständigen örtlichen Behörden und die zuständigen Ressorts der Zentralregierung des Gebiets wenden und mit ihnen in Schriftverkehr eintreten, jedoch nicht mit dem Auswärtigen Amt oder dem Foreign Office schriftlich verkehren oder dort diplomatische Anliegen vorbringen, es sei denn, daß kein diplomatischer Vertreter des Entsendestaats anwesend ist. Werden derartige Anliegen schriftlich vorgebracht, so kann die Behörde oder das Ressort von dem Konsul die Beifügung einer Übersetzung in der Amtssprache des Gebiets verlangen.

(2) Der Ausdruck „Interessen“ in Absatz 1 dieses Artikels umfaßt auch Angelegenheiten, die in Zusammenhang stehen mit dem Aufenthalt, der Arbeitsaufnahme und den bürgerlichen Rechten der Staatsangehörigen in dem Gebiet.

(3) Ein Staatsangehöriger des Entsendestaats hat das Recht, jederzeit mit dem zuständigen Konsul in Verbindung zu treten und, wenn er nicht in Haft ist, ihn in seinem Konsulat aufzusuchen.

Artikel 18

(1) Der zuständige Konsul wird von den Behörden des Gebiets unverzüglich in Kenntnis gesetzt, wenn ein Staatsangehöriger des Entsendestaats innerhalb des Gebiets in Untersuchungs- oder sonstige Haft genommen wird.

(2) Einem Konsul ist es gestattet, einen Staatsangehörigen des Entsendestaats, der in dieser Weise für ein Verfahren oder eine Vernehmung in Untersuchungs- oder sonstiger Haft festgehalten wird oder der zur Einlegung eines Rechtsmittels innerhalb der gesetzlichen Frist berechtigt ist, unverzüglich zu besuchen, mit ihm frei und persönlich zu sprechen und für ihn einen Anwalt zu bestellen. Jede Mitteilung dieses Staatsangehörigen an den Konsul wird von den Behörden des Gebiets unverzüglich weitergeleitet.

(4) The conditions referred to in paragraph (2) of this Article are that the person concerned shall

- (a) not be a national of the receiving state;
- (b) not be engaged in private occupation for gain in the territory;
- (c) be a permanent employee of the sending state or, if not a permanent employee thereof, not have been ordinarily resident in the territory at the time of taking up his consular appointment.

PART V

General Consular Functions

Article 17

(1) A consular officer shall be entitled to protect the nationals of the sending state and their property and interests. For this purpose he may

- (a) interview, communicate with and advise any national of the sending state;
- (b) inquire into any incidents which have occurred affecting the interests of any such national;
- (c) assist any such national in proceedings before or in relations with the authorities of the territory, arrange for legal assistance for him, and act as interpreter on his behalf, or appoint an interpreter so to act, before the said authorities, at their request or with their consent;
- (d) apply to and correspond with the appropriate local authorities and the appropriate departments of the central government of the territory, but not correspond with or make diplomatic claims to the Auswärtiges Amt or the Foreign Office, as the case may be, except in the absence of any diplomatic representative of the sending state; when any such representations are made in writing, a consular officer may be required by the authority or department concerned to attach a translation into the official language of the territory.

(2) The term "interests", as used in paragraph (1) of this Article, shall be deemed to include, in relation to nationals, matters arising in connexion with their stay, taking of employment and enjoyment of civil rights in the territory.

(3) A national of the sending state shall have the right at all times to communicate with the appropriate consular officer and, unless subject to lawful detention, to visit him at his consulate.

Article 18

(1) The appropriate consular officer shall be informed without delay by the authorities of the territory when any national of the sending state is confined in prison awaiting trial or is otherwise detained in custody within the territory.

(2) A consular officer shall be permitted to visit without delay, to converse freely and privately with, and to arrange legal representation for, any national of the sending state who is so confined or detained for the purpose of any proceedings or interrogation or who is entitled to appeal under the ordinary rules as to the time within which an appeal may be made. Any communication from such a national to the consular officer shall be forwarded without delay by the authorities of the territory.

(3) Verbüßt ein Staatsangehöriger des Entsendestaats auf Grund einer Verurteilung eine Freiheitsstrafe, so hat der Konsul unbeschadet der Bestimmungen des Absatzes 2 dieses Artikels nach Benachrichtigung der zuständigen Behörde das Recht, ihn zu besuchen. Jeder derartige Besuch muß der in der Haftanstalt geltenden Ordnung entsprechen; jedoch muß diese Ordnung angemessene Gelegenheit für den Zutritt zu dem betreffenden Staatsangehörigen und für eine Unterredung mit ihm geben.

Artikel 19

Ein Konsul kann

- (a) (i) Erklärungen entgegennehmen, deren Abgabe nach den Staatsangehörigkeitsgesetzen des Entsendestaats vorgeschrieben ist;
- (ii) die nach den Gesetzen des Entsendestaats über eine Dienstpflicht vorgeschriebenen Mitteilungen an einen Staatsangehörigen des Entsendestaats ergehen lassen und entsprechende Erklärungen von ihm entgegennehmen;
- (iii) Geburt und Tod von Staatsangehörigen des Entsendestaats und eine nach den Gesetzen des Gebiets vollzogene Eheschließung registrieren, sofern wenigstens einer der Ehegatten Staatsangehöriger des Entsendestaats ist; jedoch besteht Einvernehmen darüber, daß die konsularische Registrierung einer Geburt, eines Sterbefalles oder einer Eheschließung eine Privatperson nicht von den Rechtsvorschriften des Gebiets über die Anmeldung und Registrierung von Geburten und Sterbefällen bei den Behörden dieses Gebiets und über Eheschließungen befreit;
- (iv) Staatsangehörigen des Entsendestaats Pässe und Reiseausweise ausstellen sowie Personen, welche die Einreise in diesen Staat beantragen, Sichtvermerke und andere geeignete Urkunden erteilen;
- (v) zur Verwendung im Entsendestaat Ursprungszeugnisse und sonstige etwa erforderliche Bescheinigungen für Waren ausstellen;
- (vi) für die Gerichte des Entsendestaats in nach einschlägigen Abmachungen der Hohen Vertragschließenden Parteien zulässiger oder in anderer den Gesetzen des Gebiets nicht widersprechender Weise gerichtliche Urkunden zustellen oder Beweise erheben;
- (b) öffentliche Urkunden aufnehmen, Erklärungen aufsetzen und entgegennehmen, Unterschriften und Schriftstücke legalisieren, beglaubigen oder bescheinigen sowie Schriftstücke übersetzen, wenn dies von einer Person beliebiger Staatsangehörigkeit für eine Verwendung im Entsendestaat oder nach dem Recht dieses Staats benötigt wird. Ist nach dem Recht des Entsendestaats die Abnahme eines Eides oder einer eidesstattlichen Versicherung erforderlich, so können diese abgenommen werden. Ein Konsul kann diese Handlungen auch in Verbindung mit Schriftstücken vornehmen, die von einem Staatsangehörigen des Entsendestaats zur Benutzung außerhalb des Entsendestaats benötigt werden; doch besteht Einvernehmen darüber, daß diese Bestimmung keine Verpflichtung der Behörden des Empfangstaats begründet, die Gültigkeit der in diesem Absatz genannten Beurkundungs- und sonstigen Amtshandlungen eines Konsuls bei Schriftstücken anzuerkennen, die nach dem Recht des Empfangstaats vorgeschrieben sind.

(3) Without prejudice to the provisions of paragraph (2) of this Article, when a national of the sending state is detained in custody in pursuance of a sentence, a consular officer shall, upon notification to the competent authority, have the right to visit him. Any such visit shall be conducted in accordance with the regulations in force in the institution in which he is detained, it being understood, however, that such regulations shall permit reasonable access to and opportunity of conversing with such national.

Article 19

A consular officer may

- (a) (i) receive such declarations as may be required to be made under the nationality laws of the sending state;
- (ii) issue such notices to, and receive such declarations from, a national of the sending state as may be required under the law of the sending state with regard to compulsory national service;
- (iii) register the birth or death of a national of the sending state and, provided that at least one of the parties thereto is a national of the sending state, record a marriage celebrated under the law of the territory, but it is understood that such a consular registration of a birth or death or the recording by a consular officer of such a marriage in no way exempts a private person from any obligation under the law of the territory with regard to the notification and registration of births, deaths or marriages with the authorities of the territory;
- (iv) issue passports and travel documents to nationals of the sending state and grant visas and other appropriate documents to persons seeking entry into that state;
- (v) issue, with regard to goods, certificates of origin and other necessary documents for use in the sending state;
- (vi) serve judicial documents or take evidence on behalf of courts of the sending state in a manner permitted under any special arrangement on this subject between the High Contracting Parties or otherwise not inconsistent with the law of the territory;
- (b) perform notarial acts, draw up and receive declarations, and legalise, authenticate or certify signatures or documents, or translate documents, in any case where these services are required by a person of any nationality for use in the sending state or under the law in force in that state. If under that law the administration of an oath or affirmation is required, such oath or affirmation may be administered. A consular officer may also perform these functions in connexion with documents required by a national of the sending state for use elsewhere than in the sending state, but it is understood that this provision involves no obligation on the authorities of the receiving state to recognise the validity of such notarial and other acts, referred to in this paragraph, performed by a consular officer in connexion with documents required under the law of the receiving state.

Artikel 20

Ein Konsul kann die Interessen des Entsendestaats in bezug auf Handels-, wirtschaftliche und kulturelle Angelegenheiten fördern.

Article 20

A consular officer may further the interests of the sending state in relation to commercial, economic and cultural matters.

TEIL VI

Nachlässe

Artikel 21

(1) Hinterläßt eine Person Vermögen in einem Gebiet und hat ein Staatsangehöriger des Entsendestaats, der weder in diesem Gebiet ansässig ist noch dort einen Vertreter hat, einen Rechtsanspruch auf diese Vermögenswerte (z. B. als letztwillig Begünstigter oder Testamentsvollstrecker oder Nachlaßgläubiger oder gesetzlicher Erbe) oder macht er einen solchen Anspruch geltend, so ist der Konsul, wenn der Nachlaß in seinem Amtsbezirk oder in dem Amtsbezirk des ihm übergeordneten Konsuls oder des Missionschefs verwaltet wird oder, falls keine Verwaltung eingesetzt worden ist, wenn die Vermögenswerte sich dort befinden, berechtigt, den betreffenden Staatsangehörigen hinsichtlich seiner Rechte an dem Nachlaß oder den Vermögenswerten zu vertreten, als ob der Betreffende dem Konsul eine gültige Vollmacht ausgestellt hätte. Wird der betreffende Staatsangehörige später in dem Gebiet vertreten, so ist die Stellung des Konsuls so anzusehen, als habe er zuvor eine Vollmacht des Staatsangehörigen gehabt, die von dem Zeitpunkt, in dem der Konsul von der anderweitigen Vertretung des Staatsangehörigen Kenntnis erhält, unwirksam geworden ist.

(2) Hat ein Konsul ein Vertretungsrecht im Sinne des Absatzes 1 dieses Artikels, so ist er berechtigt, Maßnahmen zum Schutz und zur Wahrung der Interessen der Person, zu deren Vertretung er befugt ist, zu treffen. Er ist ferner berechtigt, den Nachlaß oder die Vermögenswerte insoweit in Besitz zu nehmen und uneingeschränkt zu verwalten, wie er es als ordnungsmäßig bestellter Vertreter der Person tun könnte, deren Interessen er vertritt, es sei denn, daß ein anderer mit gleichen oder vorgehenden Rechten die notwendigen Schritte zur Inbesitznahme oder zur Verwaltung unternommen hat.

(3) Die Bestimmungen dieses Artikels gelten ohne Rücksicht auf die Staatsangehörigkeit und den Sterbeort des Erblassers.

Artikel 22

(1) Ist nach den Gesetzen des Gebiets eine Vertretungsgenehmigung (grant of representation) oder gerichtliche Verfügung erforderlich, um den Konsul zum Schutz oder zur Inbesitznahme der Vermögenswerte zu ermächtigen, so wird jede Genehmigung oder Verfügung, die auf Antrag des ordnungsmäßig bestellten Bevollmächtigten der Person ergehen würde, deren Interessen der Konsul vertritt, dem Konsul auf seinen Antrag erteilt. Wird glaubhaft gemacht, daß sofortige Maßnahmen zum Schutz und zur Erhaltung des Nachlasses erforderlich sind und daß Personen mit einem rechtlichen Interesse vorhanden sind, das wahrzunehmen der Konsul befugt ist, so erteilt das Gericht, falls es die Dringlichkeit als hinreichend dargetan erachtet, dem Konsul eine vorläufige Genehmigung oder Verfügung, die beschränkt ist auf den Schutz und die Erhaltung des Nachlasses bis zu dem Zeitpunkt, in dem eine weitere Genehmigung erteilt wird.

(2) (a) Ist nach den Gesetzen des Gebiets eine Vertretungsgenehmigung von einem Gericht für die uneingeschränkte Verwaltung des Nachlasses

PART VI

Estates

Article 21

(1) Where a deceased person leaves property in a territory and a legal or equitable interest in such property (for instance, as a beneficiary under a will or as an executor or as a creditor of the estate or in the event of an intestacy) is held or claimed by a national of the sending state who is neither resident nor legally represented in that territory, a consular officer within whose district or within the district of whose superintending consular officer or head of post, as the case may be, the estate of the deceased person is being administered or, if no administration has been instituted, the property is situated shall have the right to represent such national as regards his interests in the estate or property as if valid powers of attorney had been executed by him in favour of the consular officer. If subsequently such national becomes legally represented in the territory, the consular officer's position shall be as if he previously had a power of attorney from the national which has ceased to be operative as from the date when the consular officer is informed that such national is otherwise legally represented.

(2) Where the consular officer has a right of representation under paragraph (1) of this Article, he shall have the right to take steps for the protection and preservation of the interests of the person whom he is entitled to represent. He shall likewise have the right to take possession of, and fully administer, the estate or the property to the same extent as if he were the duly appointed attorney of the person whose interests he represents, unless another person, having equal or prior rights, has taken the necessary steps to assume possession or administration thereof.

(3) The provisions of this Article shall apply whatever the nationality of the deceased person and irrespective of the place of his death.

Article 22

(1) If under the law of the territory a grant of representation or order of a court is necessary for the purpose of enabling a consular officer to protect or to take possession of the property, any grant or order which would have been made on the application of the duly appointed attorney of the person whose interests are represented by the consular officer shall be made on the application of the consular officer. On *prima facie* evidence of the necessity for the immediate protection and preservation of the estate and of the existence of persons with an interest which the consular officer has a right to represent, the court shall, if satisfied as to such necessity, make a provisional grant or order in favour of the consular officer, limited to the protecting and preserving of the estate until such time as a further grant of representation is made.

(2) (a) If under the law of the territory a grant of representation by a court (or, where a grant has already been made in accordance with

erforderlich (oder bedarf es, wenn eine Genehmigung nach Absatz 1 bereits erteilt worden ist, hierzu einer weiteren Genehmigung), so ist der Konsul vorbehaltlich der Bestimmungen der Buchstaben b und c dieses Artikels berechtigt, eine solche Genehmigung zu beantragen und zu erwirken, wie wenn er der ordnungsgemäß bestellte Vertreter der Person wäre, deren Rechte er wahrnimmt.

- (b) Das Gericht kann, wenn es dies für zweckdienlich erachtet, die Erteilung der von dem Konsul nachgesuchten Genehmigung solange aussetzen, wie es dies für erforderlich hält, um die von dem Konsul vertretene Person zu benachrichtigen und ihr die Entscheidung zu ermöglichen, ob sie durch einen anderen als den Konsul vertreten zu werden wünscht.
- (c) Das Gericht kann, wenn es dies für zweckdienlich erachtet, den Konsul anweisen, angemessenen Nachweis dafür zu erbringen, daß die Vermögenswerte den Berechtigten übergeben worden sind; es kann auch, falls der Konsul nicht in der Lage ist, diesen Nachweis zu erbringen, anordnen, daß die Vermögenswerte an die zuständige Behörde oder Person zurückzuzahlen und zurückzugeben sind; es kann schließlich auch anordnen, daß, nachdem der Konsul den Nachlaß im übrigen uneingeschränkt verwaltet hat, die tatsächliche Übergabe der Vermögenswerte an die genannte Person so erfolgen soll, wie das Gericht es bestimmt.

(3) Ist dem Konsul gemäß Absatz 1 oder 2 dieses Artikels eine Genehmigung erteilt worden, so wird sie mit dem Tag unwirksam, an welchem dem Staatsangehörigen, dessen Interessen der Konsul wahrnimmt, auf seinen Antrag oder auf Antrag eines von ihm bestellten Vertreters eine Genehmigung ausgestellt wird.

Artikel 23

Bei Nachlässen, die in einem der in Artikel 43 Absatz 2 bezeichneten Gebiete liegen, ist der Konsul auch berechtigt, einen geringfügigen Nachlaß eines verstorbenen Staatsangehörigen des Entsendestaats entgegenzunehmen und zu verteilen, ohne zuvor eine Vertretungsgenehmigung zu erwirken, soweit dies nach dem Recht des Gebiets zulässig ist.

Artikel 24

(1) Stirbt ein Staatangehöriger des Entsendestaats auf der Reise oder Durchreise in dem Gebiet, ohne dort seinen Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt zu haben, so ist es dem Konsul gestattet, die im persönlichen Besitz des Verstorbenen befindlichen Geldbeträge und Gegenstände sofort zur Sicherstellung in Verwahrung zu nehmen; unberührt bleibt die Befugnis der Verwaltungs- oder Gerichtsbehörden des Gebiets, diese Geldbeträge und Gegenstände selbst in Besitz zu nehmen, wenn die Belange der Rechtspflege oder ein strafrechtliches Ermittlungsverfahren dies erforderlich machen. Das Recht, diese Geldbeträge oder Gegenstände im Besitz zu behalten oder darüber zu verfügen, unterliegt den Rechtsvorschriften des Gebiets und den Bestimmungen der Artikel 21, 22 und 23.

(2) Ergibt sich zwischen diesem Artikel und Artikel 36 ein Widerspruch, so geht Artikel 36 vor.

paragraph (1) of this Article, a further grant) is necessary for the full administration of the estate, the consular officer, subject to the provisions of sub-paragraphs (b) and (c) of this paragraph, shall have the same right to apply for and obtain such grant on his application as if he were the duly appointed attorney of the person whose interests he represents.

- (b) The court may, if it thinks fit, postpone the making of a grant on the application of the consular officer for such time as it deems necessary to enable the person represented by the consular officer to be informed and to decide whether he desires to be represented otherwise than by the consular officer.
- (c) The court may, if it thinks fit, order the consular officer to furnish reasonable evidence of the receipt of the assets by the persons entitled to them by law or to repay or return those assets to the competent authority or person in the event of the consular officer being unable to furnish such evidence, or the court may order that, the consular officer having otherwise fully administered the estate, the actual transmission of the assets to those persons shall be effected through such other channels as it may direct.

(3) In any case where a grant has already been made in favour of the consular officer in accordance with the provisions of paragraph (1) or (2) of this Article, such grant shall cease to be operative as from the date when a further grant is made to the national whose interests the consular officer represents on that national's application or on the application of a representative appointed by him.

Article 23

In addition, in respect of estates situated in any of the territories referred to in paragraph (2) of Article 43, a consular officer shall be entitled to receive and distribute an estate of small value of a deceased national of the sending state without first obtaining a grant of representation, to the extent that, and subject to the conditions under which, this may be permitted under the law of the territory.

Article 24

(1) If a national of the sending state dies while travelling in or passing through the territory without being either domiciled or resident there, a consular officer shall be permitted, for the purpose of safeguarding the money and effects in the personal possession of the deceased, to take immediate custody thereof, subject to the right of the administrative or judicial authorities of the territory to assume possession of such money and effects in any case where the interests of justice or the investigation of crime so require. Any right to retain possession or to dispose of such money or effects shall be subject to the law of the territory and to the provisions of Articles 21, 22 and 23.

(2) It is understood that in the event of any conflict between the provisions of this Article and the provisions of Article 36, the latter Article shall prevail.

Artikel 25

Übt ein Konsul die in den Artikeln 21 bis 24 genannten Rechte in bezug auf einen Nachlaß aus, so untersteht er insoweit für alle Verfahren, die im Zusammenhang damit anhängig gemacht werden, der Gerichtsbarkeit der Gerichte des Gebiets; Artikel 10 Absatz 5 und Artikel 11 Absatz 1 finden insoweit keine Anwendung.

Artikel 26

Wird den Verwaltungs- oder Gerichtsbehörden des Gebiets zur Kenntnis gebracht,

- (a) daß ein Nachlaß in dem Gebiet vorhanden ist, bezüglich dessen der Konsul berechtigt sein könnte, Interessen nach Maßgabe der Artikel 21 bis 24 zu vertreten, oder
- (b) daß ein Staatsangehöriger des Entsendestaats im Gebiet verstorben ist und daß anzunehmen ist, daß in dem Gebiet außer einem öffentlichen Verwalter oder ähnlichen Beamten keine Person anwesend oder vertreten ist, die das Recht besitzt, die Verwaltung der vom Verstorbenen dort etwa hinterlassenen Vermögenswerte zu beanspruchen,

so setzen sie den Konsul hiervon in Kenntnis.

Artikel 27

Unbeschadet der Bestimmungen der Artikel 21 bis 24 kann ein Konsul Geld oder sonstige Vermögenswerte, auf die ein nicht in dem Gebiet ansässiger Staatsangehöriger des Entsendestaats infolge des Todes einer Person Anspruch hat, von einem Gericht, einer Dienststelle oder Person zur Übermittlung an diesen Staatsangehörigen entgegennehmen. Geldbeträge oder sonstige Vermögenswerte in diesem Sinne umfassen auch Anteile an einem Nachlaß, Zahlungen auf Grund der Sozialversicherungs- oder ähnlicher Gesetze sowie Leistungen aus Lebensversicherungen. Das Gericht, die Dienststelle oder die Person, welche die Verteilung vornimmt, ist nicht verpflichtet, diese Geldbeträge oder sonstigen Vermögenswerte über den Konsul zu leiten; der Konsul ist nicht verpflichtet, sie zur Übermittlung anzunehmen. Nimmt er sie an, so hat er alle Bedingungen zu erfüllen, die durch das Gericht, die Dienststelle oder die Person festgesetzt werden bezüglich der Beibringung eines angemessenen Nachweises über die Aushändigung der Geldbeträge oder sonstigen Vermögenswerte an den Staatsangehörigen, dem sie zu übermitteln sind, und, falls er zu diesem Nachweis außerstande ist, bezüglich der Rückgabe dieser Beträge oder Werte.

Artikel 28

Geldbeträge oder sonstige Vermögenswerte können auf Grund der Bestimmungen der Artikel 21 bis 24 und 27 einem Konsul nur in dem Umfang und nur unter den Bedingungen ausgezahlt, übergeben oder übertragen werden, wie dies gegenüber der Person, die der Konsul vertritt oder für die er diese Beträge oder Werte entgegennimmt, nach den Rechtsvorschriften des Empfangsstaats zulässig wäre. Der Konsul erwirbt hinsichtlich dieser Beträge oder Werte keine größeren Rechte als die Person, die er vertritt oder für die er die Beträge oder Werte entgegennimmt, erworben hätte, wenn sie ihr unmittelbar ausgezahlt, übergeben oder übertragen worden wären.

Article 25

If a consular officer exercises the rights referred to in Articles 21 to 24 with regard to an estate he shall to that extent, notwithstanding the provisions of paragraph (5) of Article 10 or of paragraph (1) of Article 11, be subject to the jurisdiction of the courts of the territory in any proceedings arising in connexion therewith.

Article 26

Where it is brought to the knowledge of the authorities of the territory (administrative or judicial) that

- (a) there is an estate in the territory with regard to which a consular officer may have a right to represent interests by virtue of Articles 21 to 24; or
- (b) a national of the sending state has died in the territory and it appears that there is not present or represented in the territory any person, other than a public administrator or similar official, entitled to claim administration of any property which the deceased may have left there;

they shall inform the consular officer to this effect.

Article 27

Without prejudice to the provisions of Articles 21 to 24, a consular officer may receive for transmission to a national of the sending state who is not resident in the territory, from a court, agency or person, money or other property to which such national is entitled as a consequence of the death of any person. Such money or property may include shares in an estate, payments made pursuant to workmen's compensation laws or any similar laws and the proceeds of life insurance policies. The court, agency or person making the distribution shall not be obliged to transmit such money or property through the consular officer, and the consular officer shall not be obliged to receive such money or property for transmission. If he does receive such money or property, he shall comply with any condition laid down by such court, agency or person with regard to furnishing reasonable evidence of the receipt of the money or property by the national to whom it is to be transmitted and with regard to returning the money or property in the event of his being unable to furnish such evidence.

Article 28

Money or other property may be paid, delivered or transferred to a consular officer pursuant to the provisions of Articles 21 to 24 and of Article 27 only to the extent that, and subject to the conditions under which, payment, delivery or transfer to the person whom the consular officer represents or on whose behalf he receives the money or property would be permitted under the laws and regulations of the receiving state. The consular officer shall acquire no greater right in respect of any such money or property than the person whom he represents or on whose behalf he receives the money or property would have acquired, if the money or property had been paid, delivered or transferred to such person directly.

TEIL VII

Schifffahrt

Artikel 29

(1) Läuft ein Schiff des Entsendestaats einen Hafen im Empfangsstaat an (d. i. jeder Ort, den ein Schiff erreichen kann), so dürfen der Kapitän und die Mitglieder der Besatzung des Schiffs mit dem zuständigen Konsul in Verbindung treten.

(2) Der Konsul darf die in Artikel 30 aufgezählten Obliegenheiten unbehindert und ohne Einmischung der Behörden des Gebiets wahrnehmen; zur Wahrnehmung dieser Obliegenheiten kann er sich — falls er es wünscht, in Begleitung eines oder mehrerer Konsulatsangehörigen — persönlich an Bord des Schiffs begeben, sobald er die gesundheitspolizeiliche Freigabe (*pratique*) erhalten hat.

(3) Im Zusammenhang mit der Wahrnehmung dieser Obliegenheiten können sich der Kapitän und die in Frage kommenden Mitglieder der Besatzung nach dem Konsulat begeben, sofern nicht die Behörden des Gebiets deswegen Einwendungen erheben, weil es dem Kapitän und den Besatzungsmitgliedern nicht möglich sein würde, das Schiff vor seiner Abfahrt wieder zu erreichen. Falls die Behörden des Gebiets derartige Einwendungen erheben, teilen sie dies dem Konsul sofort mit.

(4) Der Konsul kann die Unterstützung der Behörden des Gebiets in allen zur Wahrnehmung dieser Obliegenheiten gehörenden Angelegenheiten anrufen; diese gewähren die erforderliche Unterstützung, sofern nicht besondere Gründe vorliegen, welche die Ablehnung im Einzelfall voll und ganz rechtfertigen.

Artikel 30

(1) Der Konsul kann

- (a) den Kapitän und jedes Besatzungsmitglied eines Schiffs des Entsendestaats befragen, die Schiffs-papiere prüfen, Erklärungen über die Reise des Schiffs sowie das Reiseziel entgegennehmen und ganz allgemein das Ein- und Auslaufen des Schiffs erleichtern;
- (b) unbeschadet des Rechts der Gerichtsbehörden des Gebiets, die Gerichtsbarkeit gemäß Artikel 32 Absatz 1 auszuüben, Streitigkeiten zwischen dem Kapitän und Besatzungsmitgliedern — auch über Entlohnung und Dienstverträge — schlichten, die Einstellung und Entlassung des Kapitäns sowie von Besatzungsmitgliedern veranlassen und Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Ordnung und Disziplin an Bord treffen;
- (c) für die Krankenhausbehandlung und die Heim-schaffung des Kapitäns oder eines Besatzungsmitglieds des Schiffs sorgen;
- (d) Erklärungen, Übertragungs- oder sonstige Urkunden entgegennehmen, aufsetzen oder vollziehen, die nach dem Recht des Entsendestaats in bezug auf folgende Vorgänge vorgeschrieben sind:
 - (i) Überschreibung eines Schiffs in das Register des Entsendestaats oder Löschung eines Schiffs im Register;
 - (ii) Überschreibung eines Schiffs im Register von einem Eigentümer auf einen anderen;

PART VII

Shipping

Article 29

(1) When a vessel of the sending state visits a port (which includes any place to which a vessel may come) in the receiving state, the master and members of the crew of the vessel shall be permitted to communicate with the appropriate consular officer.

(2) A consular officer shall be permitted freely to perform the functions enumerated in Article 30 without interference on the part of the authorities of the territory and, for the purpose of performing any of these functions, may, accompanied, if he so desires, by a consular employee or employees, proceed personally on board the vessel after she has received *pratique*.

(3) In connexion with the performance of these functions the master and appropriate members of the crew may proceed to the consulate, unless the authorities of the territory shall object on the ground that it would not be practicable for the master and members of the crew concerned to rejoin the vessel before her departure. In the event of such objection being made the authorities of the territory shall immediately inform the consular officer.

(4) A consular officer may invoke the assistance of the authorities of the territory in any matter pertaining to the performance of these functions, and they shall give the requisite assistance, unless they have special reasons which would fully warrant refusing it in a particular case.

Article 30

(1) A consular officer may

- (a) question the master and any member of the crew of a vessel of the sending state, examine the vessel's papers, take statements with regard to the vessel's voyage and her destination and generally facilitate the entry and departure of the vessel;
- (b) without prejudice to any right which the judicial authorities of the territory may possess to take jurisdiction in accordance with the provisions of paragraph (1) of Article 32, settle disputes between the master and any member of the crew, including disputes as to wages and contracts of service, arrange for the engagement and discharge of the master or any member of the crew and take measures for the preservation of good order and discipline on the vessel;
- (c) make arrangements for the treatment in a hospital and the repatriation of the master or any member of the crew of the vessel;
- (d) receive, draw up or execute any declaration, transfer or other document prescribed by the law of the sending state in connexion with
 - (i) the transfer to or the removal from the register of the sending state of any vessel;
 - (ii) the transfer from one owner to another of any vessel on that register;

(iii) Eintragung einer Hypothek oder sonstigen Belastung auf ein solches Schiff;

(iv) Verlust oder Havarie eines solchen Schiffes;

(e) sonstige Maßnahmen zur Durchsetzung der Schifffahrtsgesetze des Entsendestaats treffen.

(2) Ein Konsul oder ein Konsulatsangehöriger kann ferner mit dem Kapitän oder einem Besatzungsmitglied vor den örtlichen Behörden und Gerichten erscheinen, Beistand leisten (einschließlich der Vorsorge für geeigneten Rechtsbeistand) und als Dolmetscher zwischen ihnen und diesen Behörden tätig werden. Diese Rechte dürfen nur vorenthalten werden, wenn es sich um Fragen der nationalen Sicherheit handelt.

Artikel 31

(1) Entweicht ein Schiffsmann von einem Schiff des Entsendestaats in einen Hafen des Empfangsstaats, so sind die Verwaltungs- und Gerichtsbehörden des Gebiets auf Ersuchen des Konsuls bei der Ergreifung des Entwichenen behilflich, halten ihn bei Nachweis des Entweichens fest und veranlassen seine Überführung an Bord des Schiffs oder seine Übergabe an dessen Kapitän (oder an eine andere Person, die nach dem Recht des Gebiets die Übergabe verlangen kann) zum Zweck der Überführung auf das Schiff.

(2) Die Behörden des Gebiets sind jedoch nicht verpflichtet, Maßnahmen nach Absatz 1 dieses Artikels zu treffen bei einem Schiffsmann,

(a) der Staatsangehöriger des Empfangsstaats ist, oder

(b) bei dem hinreichender Grund zu der Annahme besteht, daß sein Leben oder seine Freiheit aus Gründen der Rasse, der Staatsangehörigkeit, der politischen Überzeugung oder der Religion in einem Land, welches das Schiff wahrscheinlich anlaufen wird, gefährdet ist.

(3) Wird der Entwichene einer Tat (mit Ausnahme des Entweichens) beschuldigt, die nach dem Recht des Gebiets strafbar ist, oder ist er wegen einer derartigen Straftat verurteilt, so können die genannten Behörden Maßnahmen nach Absatz 1 dieses Artikels auch aussetzen, bis der Entwichene abgeurteilt worden ist und die etwa gegen ihn für die Tat erkannte Strafe verbüßt hat.

Artikel 32

(1) Die Gerichtsbehörden des Gebiets führen keine zivilrechtlichen Verfahren über Streitigkeiten wegen Arbeitsentgelten und Dienstverträgen zwischen dem Kapitän und Besatzungsmitgliedern eines Schiffs des Entsendestaats durch, es sei denn,

(a) daß im Falle der in Artikel 43 Absatz 1 bezeichneten Gebiete alle am Streit beteiligten Parteien zustimmen; und

(b) daß im Falle der in Artikel 43 Absatz 2 bezeichneten Gebiete das Verfahren dem Konsul mitgeteilt worden ist und er keinen Einspruch erhoben hat.

(2) Die Gerichtsbehörden des Gebiets führen — außer auf Ersuchen oder mit Zustimmung des Konsuls — keine Strafverfolgung wegen an Bord des Schiffs begangener Straftaten durch, es sei denn, daß die Straftaten

(a) durch andere Personen als den Kapitän oder ein Mitglied der Besatzung oder zum Nachteil solcher anderer Personen oder durch Staatsangehörige des Empfangsstaats oder zum Nachteil solcher Staatsangehöriger begangen wurden; oder

(iii) the registration of any mortgage or charge on such a vessel;

(iv) the loss of, or average in relation to, such a vessel;

(e) take other measures for the enforcement of the shipping law of the sending state.

(2) In addition, a consular officer or a consular employee may appear with the master or any member of the crew before the local authorities and courts, may afford them his assistance (including the making of arrangements for legal aid) and may act as interpreter in matters between them and these authorities. These rights may be withheld only in cases where questions of national security are involved.

Article 31

(1) If a seaman deserts from a vessel of the sending state in a port of the receiving state, the administrative and judicial authorities of the territory shall, at the request of a consular officer, aid in apprehending the deserter and, on proof of the desertion, detain him and order him to be conveyed on board the vessel or delivered to the master (or such other person as may be entitled under the law of the territory to take delivery of him) to be so conveyed.

(2) The authorities of the territory shall not, however, be obliged to take action as contemplated in paragraph (1) of this Article in respect of a seaman

(a) who is a national of the receiving state; or

(b) in whose case there is reasonable cause for believing that his life or liberty will be endangered, for reasons of race, nationality, political opinion or religion, in any country to which the vessel is likely to go.

(3) The said authorities shall be entitled to suspend such action if the deserter is accused or has been convicted of an offence (other than the desertion) which is cognisable under the law of the territory, until such time as he has been tried and, if convicted, has undergone any punishment which may have been awarded to him for that offence.

Article 32

(1) The judicial authorities of the territory shall not entertain civil proceedings arising out of any dispute between the master and any member of the crew of a vessel of the sending state about wages or any contract of service, unless

(a) in the case of the territories referred to in paragraph (1) of that Article, all parties to the dispute so agree, and

(b) in the case of the territories referred to in paragraph (2) of Article 43, a consular officer shall have been notified of the proceedings and shall not have raised objection.

(2) Except at the request or with the consent of a consular officer, the judicial authorities of the territory shall not entertain prosecutions in respect of offences committed on board the vessel except offences

(a) by or against any person other than the master or any member of the crew or by or against any national of the receiving state; or

- (b) die Ruhe oder Sicherheit des Hafens oder die Gesetze des Gebiets über das Gesundheitswesen, die Zulassung von Ausländern, den Schutz des menschlichen Lebens auf See, das Zollwesen oder ähnliche Sachgebiete berühren; oder
- (c) eine schwere Verfehlung im Sinne von Artikel 1 Absatz 9 darstellen.

(3) Die Verwaltungsbehörden des Gebiets greifen in bezug auf Vorkommnisse an Bord des Schiffs nicht ein, es sei denn,

- (a) daß eine Person beschuldigt wird, an Bord eine Straftat begangen zu haben, hinsichtlich derer die Gerichtsbehörden des Gebiets gemäß Absatz 2 Buchstaben a, b oder c dieses Artikels ein Strafverfahren durchführen können, oder daß hinreichender Grund zu der Annahme besteht, daß eine derartige Straftat an Bord unmittelbar bevorsteht oder gerade begangen wird oder vollendet worden ist; oder
- (b) daß ein Besatzungsmitglied unter den in Absatz 4 Buchstaben a und b niedergelegten Umständen in Haft gehalten wird; oder
- (c) daß eine andere Person gegen ihren Willen an Bord festgehalten wird, wobei Einvernehmen darüber besteht, daß die Bestimmungen dieses Buchstabens keine Auslegung zulassen, die dazu bestimmt wäre, völkerrechtswidrige Eingriffe zu rechtfertigen; oder
- (d) um eine Maßnahme oder eine Untersuchung auf einem der in Absatz 2 Buchstabe b genannten Sachgebiete durchzuführen; oder
- (e) auf Ersuchen oder mit Einwilligung des Konsuls.

(4) Wird ein Besatzungsmitglied wegen eines Disziplinarvergehens auf dem Schiff in Haft gehalten, so werden die Behörden des Gebiets dies nicht als rechtswidrig ansehen, es sei denn,

- (a) daß die Haft nach dem Recht des Entsendestaats rechtswidrig oder daß sie ungerechtfertigt streng oder unmenschlich ist; oder
- (b) daß hinreichender Grund zu der Annahme besteht, daß das Leben oder die Freiheit des Besatzungsmitglieds aus Gründen der Rasse, der Staatsangehörigkeit, der politischen Überzeugung oder der Religion in einem Land, welches das Schiff wahrscheinlich anlaufen wird, gefährdet ist.

(5) Beabsichtigen die Behörden des Gebiets, zwecks Anwendung dieses Artikels an Bord eines Schiffs eine Person festzunehmen oder zu verhören oder Eigentum zu beschlagnahmen oder eine förmliche Untersuchung einzuleiten, so wird dem Kapitän oder dem in seinem Namen handelnden Offizier Gelegenheit gegeben, den zuständigen Konsul zu verständigen, und zwar — abgesehen von Fällen, in denen dies wegen der Dringlichkeit der Angelegenheit nicht möglich ist — so rechtzeitig, daß der Konsul oder sein Vertreter zugegen sein kann. War der Konsul weder anwesend noch vertreten, so kann er von den Behörden des Gebiets verlangen, über die Vorgänge vollständig unterrichtet zu werden. Dieser Absatz findet jedoch keine Anwendung auf die üblichen Untersuchungen der Behörden des Gebiets hinsichtlich des Gesundheitswesens, der Zulassung von Aus-

- (b) involving the tranquillity or safety of the port or the law of the territory regarding public health, immigration, the safety of life at sea, customs or any similar matter; or

- (c) falling within the definition of a grave offence as set out in paragraph (9) of Article 1 of this Convention.

(3) The administrative authorities of the territory shall not intervene in relation to any matter occurring on board the vessel except

- (a) where a person has been charged with having committed on board an offence in respect of which the judicial authorities of the territory may, in conformity with sub-paragraph (a), (b) or (c) of paragraph (2) of this Article, entertain a prosecution, or where there is reasonable cause to believe that such an offence is about to be, or is being or has been committed on board; or
- (b) where any member of the crew is detained in custody in any of the circumstances specified in sub-paragraph (a) or (b) of paragraph (4) of this Article; or
- (c) where any other person is detained on board against his will, it being understood that the provisions of this sub-paragraph shall not be construed so as to authorise any intervention which would be contrary to international law; or
- (d) for the purpose of taking any action or making any examination which they consider necessary in relation to any of the matters specified in sub-paragraph (b) of paragraph (2) of this Article; or
- (e) at the request or with the consent of a consular officer.

(4) The authorities of the territory shall not treat as unlawful the detention in custody on the vessel of any member of the crew for disciplinary offences, unless

- (a) his detention is unlawful under the law of the sending state or is accompanied by unjustifiable severity or inhumanity; or
- (b) there is reasonable cause for believing that his life or liberty will be endangered, for reasons of race, nationality, political opinion or religion, in any country to which the vessel is likely to go.

(5) If, for the purpose of taking action in accordance with the foregoing provisions of this Article, it is the intention of the authorities of the territory to arrest or question any person or to seize any property or to institute any formal enquiry on board the vessel, the master or other officer acting on his behalf shall be given an opportunity to inform the appropriate consular officer and, unless this is impossible on account of the urgency of the matter, to inform him in such time as to enable the consular officer or his representative to be present. If the consular officer has not been present or represented, he shall be entitled, on his request, to receive from the authorities of the territory full information with regard to what has taken place. The provisions of this paragraph shall not, however, apply to any routine examination by the authorities of the terri-

ländern und des Zollwesens, oder auf die Festhaltung des Schiffs oder eines Teils seiner Ladung auf Grund zivilrechtlicher Verfahren vor Gerichten des Gebiets.

Artikel 33

(1) Mit Zustimmung des Kapitäns des Schiffs ist der Konsul berechtigt, Schiffe jeder Flagge, deren Bestimmungsort ein Hafen des Entsendestaats ist, zu prüfen, um sich die Angaben zu beschaffen, die erforderlich sind, damit er die nach dem Recht des Entsendestaats für das Anlaufen seiner Häfen vorgeschriebenen Urkunden aufsetzen und ausfertigen und den zuständigen Behörden des Entsendestaats alle von diesen verlangten Angaben über gesundheitliche und sonstige Angelegenheiten machen kann.

(2) Bei der Ausübung der in diesem Artikel vorgesehenen Rechte handelt der Konsul mit möglichster Beschleunigung.

Artikel 34

(1) Erleidet ein Schiff des Entsendestaats im Empfangsstaat Schiffbruch, so wird der zuständige Konsul von den Behörden des Gebiets sobald als möglich unterrichtet.

(2) Die Behörden des Gebiets treffen die geeigneten Maßnahmen für die Sicherung des gestrandeten Schiffs, der Personen an Bord, der Ladung und sonstigen Eigentums an Bord, einschließlich der zum Schiff gehörigen oder einen Bestandteil seiner Ladung bildenden Gegenstände, soweit sie vom Schiff getrennt worden sind; die Maßnahmen erstrecken sich auch auf geeignete Vorkehrungen zur Verhütung und Bekämpfung von Plünderungen und Unruhen an Bord des Schiffs.

(3) Hat sich der Schiffbruch in einem Hafen ereignet oder gefährdet das Schiff die Schifffahrt innerhalb der Inlands- oder der Territorialgewässer des Empfangsstaats, so können die Behörden des Gebiets alle Maßnahmen anordnen, die sie für erforderlich halten, um jeden Schaden zu verhüten, der sonst durch das Schiff an den Hafenanlagen oder an anderen Schiffen verursacht werden könnte.

(4) Ist weder der Eigentümer des gestrandeten Schiffs noch sein Vertreter (oder der betroffene Versicherer) noch der Kapitän in der Lage, Anordnungen zu treffen, so gilt der Konsul als ermächtigt, für die Sicherung und Verwertung des Schiffs die Maßnahmen zu treffen, die der Eigentümer im Falle seiner Anwesenheit selbst treffen könnte; das gleiche gilt für alle zum Schiff gehörigen oder einen Bestandteil von ihm bildenden Gegenstände, die an oder in der Nähe der Küste des Empfangsstaats aufgefunden werden oder in einen seiner Häfen gelangen. Die Bestimmungen dieses Absatzes gelten auch für Gegenstände, die zur Ladung des Schiffs gehören, oder einen Bestandteil davon bilden, sofern die Ladung einem Staatsangehörigen des Entsendestaats gehört.

(5) Die Behörden des Gebiets erheben keine Abgaben im Zusammenhang mit dem gestrandeten Schiff, seiner Ladung oder anderem Eigentum an Bord, die nicht in gleicher Art und Höhe unter ähnlichen Umständen auf Schiffe oder im Zusammenhang mit Schiffen des Empfangsstaats erhoben werden würden.

(6) Die Behörden des Gebiets sind durch die Bestimmungen des vorausgehenden Absatzes nicht gehindert, Zollabgaben oder sonstige Abgaben für die Einfuhr oder auf Grund der Einfuhr von Waren in das Gebiet auf die Ausrüstung und Einrichtung des Schiffs, seine Ladung, seine Vorräte oder sonstige Gegenstände an Bord zu er-

tory with regard to public health, immigration or customs, nor to the detention of the vessel or of any portion of her cargo arising out of civil proceedings in the courts of the territory.

Article 33

(1) Provided that the master of the vessel consents, a consular officer shall have the right to inspect a vessel of any flag destined to a port of the sending state, in order to enable him to procure the necessary information to prepare and execute such documents as may be required by the law of the sending state as a condition of entry of such vessel into its ports, and to furnish the competent authorities of that state with such information with regard to sanitary or other matters as the said authorities may require.

(2) In exercising the right set out in this Article a consular officer shall act with all possible despatch.

Article 34

(1) If a vessel of the sending state is wrecked in the receiving state, the appropriate consular officer shall be informed as soon as possible by the authorities of the territory of the occurrence of the wreck.

(2) The authorities of the territory shall take all practicable measures for the preservation of the wrecked vessel, of the lives of persons on board and of the cargo and other property on board, together with articles belonging to the vessel or forming part of her cargo which have become separated from the vessel, and for the prevention and suppression of plunder or disorder on the vessel.

(3) If the vessel is wrecked within a port or constitutes a navigational hazard within the internal or territorial waters of the receiving state, the authorities of the territory may order any measures to be taken which they consider necessary with a view to avoiding any damage that might otherwise be caused by the vessel to the facilities of the port or to other vessels.

(4) If neither the owner of the wrecked vessel, his agent (or the underwriters concerned) nor the master is in a position to make arrangements, a consular officer shall be deemed to be authorised to make, as agent of the owner, the same arrangements as the owner himself could have made, if he had been present, for the custody and disposal of the vessel and of any articles, belonging to or forming part thereof, which are found on or near the coast of the receiving state or are brought into any port of that state. The provisions of this paragraph shall also extend to articles, belonging to or forming part of the cargo of the wrecked vessel, provided that the said cargo is owned by a national of the sending state.

(5) No charge shall be levied by the authorities of the territory in connexion with the wrecked vessel, her cargo or other property on board, other than charges of the same kind and amount as would be levied in similar circumstances upon or in connexion with a vessel of the receiving state.

(6) The provisions of the preceding paragraph shall not, however, preclude the authorities of the territory from levying any customs duty or other tax or charge, leviable upon or by reason of the importation of goods into the territory, on the equipment and fittings, cargo, stores or other articles on board, carried by or form-

heben, die auf dem gestrandeten Schiff mitgeführt werden oder einen Bestandteil von ihm bilden, sofern diese Gegenstände zur Verwendung oder zum Verbrauch im Gebiet an Land gelangen. Die genannten Behörden können darüber hinaus nach ihrem Ermessen Sicherheitsleistung für etwaige Abgaben auf Güter der genannten Art fordern, wenn diese Güter vorübergehend in dem Gebiet eingelagert werden.

Artikel 35

Werden Gegenstände, die zur Ladung eines gestrandeten Schiffs gleich welcher Flagge (ausgenommen Schiffe des Empfangsstaats oder Entsendestaats) gehören oder einen Bestandteil dieser Ladung bilden, an oder in der Nähe der Küste des Empfangsstaats gefunden oder gelangen sie in einen Hafen dieses Staats, so gilt der Konsul als ermächtigt, alle Anordnungen, die der Eigentümer im Falle seiner Anwesenheit selbst hätte treffen können, für die Sicherstellung oder Verwertung dieser Gegenstände zu treffen, sofern die Ladung einem Staatsangehörigen des Entsendestaats gehört.

Artikel 36

(1) Stirbt der Kapitän oder ein Besatzungsmitglied eines Schiffs des Empfangsstaats, der Staatsangehöriger des Entsendestaats und nicht des Empfangsstaats ist, in irgendeinem Staat an Bord oder an Land, so übermittelt die zuständige Behörde des Empfangsstaats dem Konsul unverzüglich Abschriften der Belege, die sie über Arbeitsentgelte und persönliche Habe des verstorbenen Kapitäns oder Besatzungsmitglieds (im folgenden als „Verstorbener“ bezeichnet) etwa erhalten hat, ebenso alle Einzelheiten, die ihr zur Verfügung stehen und die geeignet sind, die Ermittlung der nach dem Verstorbenen erbberechtigten Personen zu erleichtern.

(2) Übersteigt der Wert des Arbeitsentgelts und der persönlichen Habe des Verstorbenen zusammen mit seinem etwaigen übrigen Vermögen, das in die Verfügungsgewalt der zuständigen Behörden gelangt, nicht einen Betrag, der von den Hohen Vertragsschließenden Parteien in beiderseitigem Einvernehmen festgesetzt wird, so händigt diese Behörde das Arbeitsentgelt sowie die persönliche Habe und das sonstige in ihrer Verfügungsgewalt befindliche Vermögen des Verstorbenen (im folgenden als „Vermögenswerte“ bezeichnet) dem Konsul aus. Der Betrag darf jedoch für die in Artikel 43 Absatz 1 genannten Gebiete 5000 Deutsche Mark oder für die in Artikel 43 Absatz 2 genannten Gebiete 100 £ nicht übersteigen.

(3) Vor Aushändigung der Vermögenswerte ist die zuständige Behörde jedoch berechtigt,

- (a) aus dem Vermögen alle Nachlaßforderungen von Personen mit Wohnsitz außerhalb des Entsendestaats zu befriedigen, die sie für begründet hält, und
- (b) sich vor der Aushändigung davon zu überzeugen, daß eine Person, die nach dem Verstorbenen erbberechtigt ist, mit Wohnsitz im Entsendestaat vorhanden ist; konnte sich die Behörde diese Überzeugung nicht verschaffen, so benachrichtigt sie, vor der Aushändigung der Vermögenswerte an irgendeine Person, die als nach dem Verstorbenen erbberechtigt betrachtet wird, den Konsul, und zwar unter Angabe der Person, der die Vermögenswerte ausgefolgt werden sollen. Der Konsul muß ausreichende Gelegenheit zu näheren Angaben behalten, einschließlich von Mitteilungen über das Vorhan-

ing part of the wrecked vessel, if they are brought ashore for use or consumption in the territory. They may also, if they think fit, require security for the protection of the revenue in relation to such goods temporarily stored in the territory.

Article 35

Where any articles belonging to or forming part of the cargo of a wrecked vessel of any flag (not being a vessel of the sending state or of the receiving state) are found on or near the coast of the receiving state or are brought into any port of that state, a consular officer shall be deemed to be authorised to make, as agent of the owner of the articles, such arrangements as the owner himself could have made, if he had been present, for their custody and disposal, provided that the cargo is owned by a national of the sending state.

Article 36

(1) The competent authority of the receiving state shall, if the master or any member of the crew of a vessel of that state, being a national of the sending state and not being a national of the receiving state, dies afloat or ashore in any country, promptly transmit to the appropriate consular officer copies of the accounts which may be received by it with respect to the wages and effects of the deceased master or seaman (hereinafter referred to as "the deceased"), together with any particulars at its disposal likely to facilitate the tracing of persons legally entitled to succeed to his property.

(2) In any case where the value of the wages and effects of the deceased, together with any other property of his which comes into the control of the competent authority, does not exceed a sum to be fixed by mutual agreement between the High Contracting Parties, the said authority shall deliver the wages, effects and property of the deceased under its control (hereinafter referred to as "the assets") to the consular officer. Such sum shall not, however, exceed 5,000 DM in relation to the territories referred to in paragraph (1) of Article 43 or £ 100 sterling in relation to the territories referred to in paragraph (2) of that Article.

(3) However, before so delivering the assets, the competent authority shall have the right

- (a) to meet out of the assets any claim against the estate of the deceased of any person resident elsewhere than in the sending state which it considers to be legally due; and
- (b) to satisfy itself that there is some person resident in the sending state entitled to succeed to the property of the deceased; if the authority is not so satisfied, it shall, before delivering the assets to any person considered to be entitled to succeed to the property of the deceased, give notice to the consular officer, stating the person to whom it is proposed to deliver them, in order to give the consular officer a reasonable opportunity to furnish information, including information regarding the existence of other claims on the estate of which the competent authority may be una-

densein anderer, der zuständigen Behörde unbekannter Ansprüche auf den Nachlaß, die für die endgültige Bestimmung der Person des Empfangsberechtigten von Bedeutung sein können.

(4) Alle Ansprüche gegen den Nachlaß des Verstorbenen, die bei der zuständigen Behörde des Empfangsstaats nach der Aushändigung der Vermögenswerte an den Konsul angemeldet werden, sind an ihn, gegebenenfalls zur Weiterleitung an die zuständige Stelle des Entsendestaats, zu verweisen.

(5) Die Absätze 2, 3 und 4 dieses Artikels finden auf Nachlässe, für die eine Vertretungsgenehmigung (grant of representation) eines Gerichts im Empfangsstaat erforderlich ist, keine Anwendung, wenn die zuständige Behörde die in ihrer Verfügungsgewalt befindlichen Vermögenswerte einer Person aushändigt, die eine solche Genehmigung erhalten hat. Ist der Empfänger einer Vertretungsgenehmigung der vorerwähnten Art eine andere Person als der Konsul, so unterrichtet die zuständige Behörde den Konsul darüber in geeigneter Weise.

(6) Der Ausdruck „zuständige Behörde“ bedeutet

- (a) für die in Artikel 43 Absatz 1 bezeichneten Gebiete: das zuständige Seemannsamt, außer im letzten Satz des Absatzes 4 dieses Artikels; in diesem Falle ist der Bundesminister für Verkehr zuständig;
- (b) für die in Artikel 43 Absatz 2 bezeichneten Gebiete: den Minister für Verkehr und Zivilluftfahrt (Minister of Transport and Civil Aviation) des Vereinigten Königreichs.

TEIL VIII

Allgemeine Bestimmungen

Artikel 37

(1) Als amtlicher Vertreter des Entsendestaats hat der Konsul Anspruch auf die besondere Achtung und Rücksichtnahme aller Beamten des Empfangsstaats, mit denen er in amtlicher Eigenschaft verkehrt.

(2) Ferner trifft der Empfangsstaat alle angemessenen Maßnahmen, um den Schutz des Konsulats sowie des Lebens und der Sicherheit des gesamten konsularischen Personals zu gewährleisten. (Im Sinne dieses Absatzes umfaßt der Ausdruck „Konsulat“ alle Liegenschaften, die der Entsendestaat für einen der in Artikel 7 Absatz 1 genannten Zwecke innehat oder besitzt, und der Ausdruck „gesamtes konsularisches Personal“ alle Konsuln und Konsulatsangehörigen, welche die Voraussetzungen des Artikels 16 Absatz 4 erfüllen sowie ihre Ehefrauen und sonstigen Familienmitglieder, die zu ihrem Haushalt gehören).

Artikel 38

Die Bestimmungen der Artikel 17 bis 36 über die Aufgaben eines Konsuls sind nicht erschöpfend. Einem Konsul ist auch gestattet, in seiner konsularischen Eigenschaft andere Aufgaben wahrzunehmen, sofern sie

- (a) mit dem Völkerrecht oder der in dem Gebiet anerkannten internationalen Übung in bezug auf Konsuln in Einklang stehen oder
- (b) nicht gegen das Recht des Gebiets verstoßen und die Behörden des Gebiets keine Einwendungen erheben.

ware and which may be relevant for the final decision as to the person entitled to receive the assets.

(4) Any claim against the estate of the deceased which is received by the competent authority of the receiving state after delivery of the assets to the consular officer shall be referred to him for transmission, where necessary, to the competent authority of the sending state.

(5) The provisions of paragraphs (2), (3) and (4) of this Article shall not apply in the case of any estate where, a grant of representation from a court in the receiving state being required, the competent authority delivers the assets under its control to a person who has obtained such a grant. However, in any case where the recipient of such a grant is some person other than the consular officer, the competent authority shall inform the consular officer accordingly.

(6) The expression "competent authority" shall denote

- (a) in relation to the territories referred to in paragraph (1) of that Article, the appropriate Seaman's Office (Seemannsamt), except for the purpose of paragraph (4) of this Article, where it shall denote the Federal Minister of Transport (Bundesminister für Verkehr).
- (b) in relation to the territories referred to in paragraph (2) of Article 43, the Minister of Transport and Civil Aviation of the United Kingdom;

PART VIII

General Provisions

Article 37

(1) A consular officer, as an official agent of the sending state, shall be entitled to special respect and to the high consideration of all officials of the receiving state with whom he has official intercourse.

(2) In addition, the receiving state shall take all appropriate measures to ensure the protection of the consulates (which term, for the purposes of this paragraph, shall be deemed to include all premises held or occupied by the sending state for any of the purposes specified in paragraph (1) of Article 7) and of the lives and safety of all consular personnel (which term, for the purposes of this paragraph, shall be deemed to include all consular officers and employees fulfilling the conditions specified in paragraph (4) of Article 16, together with their wives and families forming part of their households).

Article 38

The provisions of Articles 17 to 36, specifying the functions which a consular officer may perform, are not exhaustive. A consular officer shall also be permitted in his consular capacity to perform other functions, provided that

- (a) they are in accordance with international law or practice relating to consular officers as recognised in the territory; or
- (b) they involve no conflict with the law of the territory and the authorities of the territory raise no objection to them.

Artikel 39

Es besteht Einvernehmen darüber, daß der Entsendestaat bestimmt, ob und in welchem Umfang der Konsul von den ihm nach diesem Vertrag zustehenden Befugnissen Gebrauch macht.

Artikel 40

Ein Konsul kann die Gebühren erheben, die vom Entsendestaat für konsularische Dienstleistungen vorgeschrieben sind.

TEIL IX

Schlußbestimmungen

Artikel 41

(1) Streitigkeiten zwischen den Hohen Vertragschließenden Parteien über die Auslegung oder Anwendung dieses Vertrags, einschließlich der ihm beigefügten Protokolle und Noten, die nicht auf diplomatischem Wege beigelegt werden können, werden,

- (a) wenn beide Hohen Vertragschließenden Parteien damit einverstanden sind, dem Internationalen Gerichtshof,
- (b) andernfalls auf Antrag einer Hohen Vertragschließenden Partei einem Schiedsgericht unterbreitet.

(2) (a) Das Schiedsgericht besteht jeweils aus drei Schiedsrichtern. Jede Hohe Vertragschließende Partei bestellt einen Schiedsrichter, und die beiden so bestellten Schiedsrichter bestellen, bevor sie die Schiedssache aufnehmen, einen Obmann, der Angehöriger eines dritten Staats sein muß.

(b) Jede Hohe Vertragschließende Partei benennt ihren Schiedsrichter binnen zwei Monaten nach Eingang eines dahingehenden Antrags der anderen Hohen Vertragschließenden Partei; kommt sie dieser Verpflichtung nicht nach, so wird ihr Schiedsrichter auf Antrag der anderen Hohen Vertragschließenden Partei von dem Präsidenten des Internationalen Gerichtshofs bestellt.

(c) Können sich die Schiedsrichter nicht binnen einem Monat nach ihrer Bestellung durch die Hohen Vertragschließenden Parteien oder durch den Präsidenten des Internationalen Gerichtshofs über den Obmann einigen, so wird der Obmann auf Antrag einer der Hohen Vertragschließenden Parteien durch den Präsidenten des Internationalen Gerichtshofs bestellt.

(d) Ist der Präsident des Internationalen Gerichtshofs verhindert, einem Antrag nach Buchstaben b oder c dieses Absatzes zu entsprechen, oder ist er Staatsangehöriger einer der Hohen Vertragschließenden Parteien, so wird die Bestellung durch den Vizepräsidenten vollzogen. Ist auch der Vizepräsident verhindert, oder Staatsangehöriger einer der Hohen Vertragschließenden Parteien, so erfolgt die Bestellung durch das älteste erreichbare Mitglied des Gerichts, das nicht Staatsangehöriger einer der Hohen Vertragschließenden Parteien ist.

(e) Das Schiedsgericht bestimmt, soweit die Hohen Vertragschließenden Parteien nicht etwas anderes vereinbaren, seine Verfahrensordnung selbst.

(f) Das Schiedsgericht entscheidet, falls Einstimmigkeit nicht erzielt werden kann, mit Stimmenmehrheit. Seine Entscheidung ist für die Hohen Vertragschließenden Parteien bindend.

Article 39

It is understood that, where any provision of this Convention gives a right to perform a function, it is for the sending state to determine whether and to what extent a consular officer shall exercise the said right.

Article 40

A consular officer may levy the fees prescribed by the sending state for the performance of consular services.

PART IX

Final Provisions

Article 41

(1) Any dispute between the High Contracting Parties concerning the interpretation or application of this Convention, together with all Protocols and Exchanges of Notes appended thereto, which cannot be settled through the diplomatic channel shall be submitted,

- (a) with the agreement of both High Contracting Parties, to the International Court of Justice; or,
- (b) in the absence of such agreement and at the request of either High Contracting Party, to an arbitral tribunal.

(2) (a) The arbitral tribunal shall, in any particular case, consist of three arbitrators. Each High Contracting Party shall choose one arbitrator, and the two arbitrators so chosen shall, before proceeding to arbitration, choose a chairman, who shall be a national of a third state.

(b) Each High Contracting Party shall nominate its own arbitrator within two months after the delivery of a request so to do by the other High Contracting Party, failing which its arbitrator shall, at the request of the other High Contracting Party, be appointed by the President of the International Court of Justice.

(c) In the event of the arbitrators failing to agree upon the Chairman within one month after being nominated by the High Contracting Parties or appointed by the President of the International Court of Justice, as the case may be, the Chairman shall, at the request of either High Contracting Party, be appointed by the President of the International Court of Justice.

(d) If the President of the International Court of Justice, when requested to make an appointment in accordance with sub-paragraph (b) or (c) of this paragraph, is prevented from acting or is a national of either High Contracting Party, the appointment shall be made by the Vice-President. If the Vice-President is likewise prevented from acting or is a national of either High Contracting Party, the appointment shall be made by the oldest available member of the Court who is not a national of either High Contracting Party.

(e) Unless the High Contracting Parties otherwise agree, the tribunal shall determine its own rules of procedure.

(f) The tribunal shall, failing unanimity, decide the dispute by a majority vote. Its decision shall be binding upon the High Contracting Parties.

Artikel 42

(1) Jede Hohe Vertragschließende Partei teilt der anderen Partei vor Inkrafttreten dieses Vertrags auf diplomatischem Wege schriftlich mit, welche Teile ihrer Gebiete als Gebietseinheiten im Sinne aller oder einiger Artikel des Vertrags anzusehen sind, und im letzteren Fall, für welche Artikel dies gilt.

(2) Jede Hohe Vertragschließende Partei kann der anderen durch eine oder mehrere weitere schriftliche Mitteilungen ihren Entschluß zur Kenntnis bringen, die früher mitgeteilte Regelung zu ändern; jede derartige Mitteilung wird sechs Monate nach dem Tag ihres Eingangs bei der anderen Hohen Vertragschließenden Partei wirksam.

Artikel 43

Dieser Vertrag findet Anwendung

- (1) seitens der Bundesrepublik Deutschland auf die Bundesrepublik Deutschland; und
- (2) seitens Ihrer Majestät auf das Vereinigte Königreich von Großbritannien und Nordirland sowie auf alle Gebiete, für deren internationale Beziehungen Ihrer Majestät Regierung im Vereinigten Königreich verantwortlich ist.

Artikel 44

Dieser Vertrag bedarf der Ratifizierung; die Ratifikationsurkunden werden in London ausgetauscht. Der Vertrag tritt am dreißigsten Tag nach dem Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft und bleibt noch sechs Monate lang nach dem Tag in Kraft, an dem eine der Hohen Vertragschließenden Parteien ihn der anderen gegenüber gekündigt hat.

ZU URKUND DESSEN haben die eingangs genannten Bevollmächtigten diesen Vertrag unterschrieben und mit ihren Siegeln versehen.

GESCHEHEN zu Bonn am 30. Juli 1956 in zwei Urschriften, davon eine in deutscher und eine in englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Article 42

(1) Each High Contracting Party shall, before the entry into force of this Convention, inform the other by notification in writing through the diplomatic channel which parts of its territories are to be regarded as territorial units for the purpose of all or some of the Articles of the Convention, and, in the latter case, for the purposes of which Articles they are to be so regarded.

(2) Either High Contracting Party may, by a further notification or notifications in writing, inform the other of its decision to modify the arrangements previously notified and any such notification shall take effect six months after the date of its receipt by the latter High Contracting Party.

Article 43

This Convention applies

- (1) on the part of the Federal Republic of Germany, to the Federal Republic of Germany;
- (2) on the part of Her Majesty, to the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland and to all territories for whose international relations Her Government in the United Kingdom are responsible.

Article 44

This Convention shall be ratified and the instruments of ratification shall be exchanged in London. The Convention shall enter into force on the thirtieth day after the date of exchange of the instruments of ratification and shall continue in force until six months from the date on which either High Contracting Party shall have given to the other notice of termination.

IN WITNESS WHEREOF, the above-mentioned Plenipotentiaries have signed this Convention and affixed thereto their seals.

DONE, in duplicate, at Bonn, this 30th day of July 1956, in the German and English languages, both texts being equally authoritative.

Für den Präsidenten der Bundesrepublik Deutschland:
For the President of the Federal Republic of Germany:
von Brentano

Für Ihre Majestät:
For Her Majesty:
FR. Hoyer Millar

Unterzeichnungsprotokoll

Bei der Unterzeichnung des Konsularvertrags vom heutigen Tag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Vereinigten Königreich von Großbritannien und Nordirland erklären die hierzu gehörig bevollmächtigten Unterzeichneten:

Die Hohen Vertragsschließenden Parteien wünschen protokollarisch festzulegen, daß nach ihrer Auffassung im Falle eines Krieges oder des Abbruchs der diplomatischen Beziehungen die folgenden Grundsätze nach allgemeinem Völkerrecht für Konsulate und Konsuln gelten:

1. Im Falle eines Krieges oder des Abbruchs der Beziehungen zwischen zwei Staaten ist jeder der beiden Staaten berechtigt, die Schließung sämtlicher oder einzelner Konsulate des anderen Staats in seinem Gebiet zu verlangen. Er ist auch berechtigt, alle oder einzelne Konsulate des anderen Staats zu schließen, die sich im Gebiet eines dritten Staats befinden, das von ihm militärisch besetzt wird.
2. Im Falle der Schließung sämtlicher oder einzelner Konsulate des einen Staats im Gebiet eines anderen Staats oder im Gebiet eines dritten Staats, das von dem letzteren Staat militärisch besetzt wird, wird den Konsuln (einschließlich der Wahlkonsuln) und Konsulatsangehörigen des ersteren Staats, welche Staatsangehörige dieses Staats und nicht auch des anderen Staats sind, samt ihren Familienmitgliedern angemessene Zeit und geeignete Gelegenheit gegeben, das Gebiet zu verlassen und in ihr Heimatland zurückzukehren, vorausgesetzt, daß ihre Namen auf dem vorschriftsmäßigen Wege ordnungsgemäß mitgeteilt wurden. Es wird ihnen rücksichtsvolle Behandlung und Schutz bis zum Augenblick der Abreise gewährt, die innerhalb einer angemessenen Frist stattfinden soll, und es wird ihnen gestattet, ihre Archive und amtlichen Schriftstücke sowie ihre persönliche Habe und ihr Mobiliar mitzunehmen oder, wenn sie dies vorziehen, in dem Gebiet in sichere Verwahrung zu geben. Im einen wie im anderen Falle sind ihre Archive und amtlichen Schriftstücke unverletzlich, und zum Schutz ihrer persönlichen Habe und Möbel werden die erforderlichen Maßnahmen getroffen.

ZU URKUND DESSEN haben die beiderseitigen Bevollmächtigten dieses Protokoll unterschrieben und mit ihren Siegeln versehen.

GESCHEHEN zu Bonn am 30. Juli 1956 in zwei Urschriften, davon eine in deutscher und eine in englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Protocol of Signature

At the time of signing the Consular Convention of this day's date between the Federal Republic of Germany and the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland, the undersigned, being duly authorised thereto, declare as follows:

The High Contracting Parties wish to place on record that in their view the following principles are applicable to consulates and consular officers under the general law of nations in the event of war or of the rupture of diplomatic relations:

- (1) In the event of war or of the rupture of relations between two states, either state shall be entitled to demand the closure of all or any of the consulates of the other state in its territory. It shall also be entitled to close all or any such consulates of the latter state as are situated in any territory of a third state which comes under its military occupation.
- (2) In the event of the closure of all or any of the consulates of one state in the territory of another state or in any territory of a third state which comes under the military occupation of the latter state, the consular officers (including honorary consular officers) and consular employees concerned of the former state who are nationals of that state and are not nationals of the latter state, provided that their names have been duly notified through the appropriate channel, together with all members of their families, shall be given reasonable time and proper facilities to leave the territory for their own country. They shall be afforded considerate treatment and protection until the moment of their departure, which shall take place within a reasonable period, and they shall be permitted to take with them their archives and official papers, together with their personal effects and furniture, or, if they so prefer, to deposit such documents and articles in safe custody in the territory. In either case their archives and official papers shall be inviolable and all practicable steps shall be taken to safeguard their personal effects and furniture.

IN WITNESS WHEREOF, the respective Plenipotentiaries have signed this Protocol and affixed thereto their seals.

DONE, in duplicate, at Bonn, this 30th day of July 1956, in the German and English languages, both texts being equally authoritative.

Für den Präsidenten der Bundesrepublik Deutschland:

For the President of the Federal Republic of Germany:

von Brentano

Für Ihre Majestät:

For Her Majesty:

FR. Hoyer Millar

Zweites Unterzeichnungsprotokoll

Bei der Unterzeichnung des Konsularvertrags vom heutigen Tag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Vereinigten Königreich von Großbritannien und Nordirland sind die hierzu gehörig bevollmächtigten Unterzeichneten wie folgt übereingekommen:

1. Eine Zulassung zur Betätigung als Konsul im Sinne des Ausdrucks „sonstige Zulassung“ in Artikel 1 Absatz 6 gilt als erteilt, wenn die zuständige Behörde des Gebiets gemäß Artikel 3 Absatz 1 eine schriftliche Mitteilung erhalten und nicht binnen einem Monat nach Zugang der Mitteilung Einwendungen erhoben hat.
2. Die Bestimmungen der Artikel 14 und 15 des Konsularvertrags
 - (a) lassen einen Anspruch auf Steuerbefreiung unberührt, der erhoben wird auf Grund des am 18. August 1954 in London unterzeichneten Abkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Vereinigten Königreich von Großbritannien und Nordirland zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und zur Verhinderung der Steuerverkürzung bei den Steuern vom Einkommen;
 - (b) berechtigen einen Konsul einer der Hohen Vertragsschließenden Parteien nicht, Befreiung zu beanspruchen von einer Rechtsvorschrift des Gebiets, in dem das Konsulat gelegen ist, wonach Arbeitgeber Lohnsteuer und Sozialversicherungsbeiträge für ihre Arbeitnehmer einbehalten und an die zuständige Behörde des Empfangsstaats überweisen müssen.
3. In Anbetracht des besonderen Charakters der auf Grund des Bundesgesetzes vom 13. Juni 1955 erhobenen Beförderungsteuer berechtigt Artikel 14 Absatz 2 oder Artikel 15 einen Konsul oder Konsulatsangehörigen des Vereinigten Königreichs nicht, Befreiung von dieser Steuer zu beanspruchen.
4. Die Hohen Vertragsschließenden Parteien behalten sich vor, im Rahmen der Rechtsvorschriften des Gebiets Befreiung von der Steuerpflicht gemäß Artikel 15 Absatz 1 auch einem Konsul oder Konsulatsangehörigen zu gewähren, der lediglich eine der beiden Voraussetzungen des Artikels 15 Absatz 4 Buchstabe a erfüllt.
5. Zu Artikel 16 Absatz 1 und 2:
 - (a) Wird ein Land-, Wasser- oder Luftfahrzeug veräußert, das unter Befreiung von den sonst bei oder auf Grund der Einfuhr erhobenen Steuern oder Zöllen eingeführt worden ist, so berechtigt die Vorschrift in Absatz 1 oder 2 eine Hohe Vertragsschließende Partei oder einen Konsul oder Konsulatsangehörigen dieser Partei nicht, Befreiung zu beanspruchen von diesen Steuern oder Zöllen, soweit sie nunmehr auf Grund der Rechtsvorschriften des Gebiets zahlbar werden, es sei denn, daß die andere Partei des Rechtsgeschäfts auf Grund dieses Vertrags oder aus anderem Grund ebenfalls auf Befreiung von diesen Steuern oder Zöllen Anspruch hat und daß alle in dem Gebiet vorgeschriebenen rechtlichen Voraussetzungen erfüllt sind; jede Hohe Vertragsschließende

Second Protocol of Signature

At the time of signing the Consular Convention of this day's date between the Federal Republic of Germany and the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland, the undersigned, being duly authorised thereto, have agreed as follows:

- (1) With regard to paragraph (6) of Article 1 an authorisation to act in the capacity of a consular officer, within the meaning of the expression "other authorisation", shall be deemed to have been given, when notification has been made to the appropriate authorities of the territory in pursuance of paragraph (1) of Article 3 and the said authorities have not raised objection within one month from the receipt of such notification.
- (2) Nothing in the provisions of Article 14 or of Article 15 of the Consular Convention
 - (a) shall prejudice any claim for exemption from taxation which could be made under the Convention for the Avoidance of Double Taxation and the Prevention of Fiscal Evasion with respect to Taxes on Income between the Federal Republic of Germany and the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland, signed in London on the 18th of August, 1954;
 - (b) shall entitle any consular officer of either High Contracting Party to claim exemption from any statutory regulation of the territory in which the consulate is situated requiring an employer to deduct income tax (Lohnsteuer) and social insurance contributions on behalf of any member of his staff and to pay the amount in question to the competent authority of the receiving state.
- (3) Having regard to the special nature of transportation tax (Beförderungsteuer) as imposed by virtue of the Federal Law of the 13th of June, 1955, the provisions of paragraph (2) of Article 14 or of Article 15 shall not entitle any consular officer or employee of the United Kingdom to claim exemption from the said tax.
- (4) The High Contracting Parties reserve the liberty to accord, to the extent permitted by the law of the territory, the exemption from liability to taxation conferred by paragraph (1) of Article 15 to any consular officer or employee who fulfils only one of the two conditions specified in sub-paragraph (a) of paragraph (4) of that Article.
- (5) With regard to paragraphs (1) and (2) of Article 16,
 - (a) in the event of the disposal of a vehicle, vessel or aircraft, imported into the territory free of all taxes or duties imposed upon or by reason of importation, the provisions of the said paragraphs shall not entitle either High Contracting Party or any consular officer or employee to claim exemption from any such taxes or duties as may become payable in conformity with the law of the territory, unless the other party to the transaction is also entitled under this Convention, or otherwise, to exemption from such taxes or duties and unless all conditions prescribed by the law of the territory have been complied with; each High Contracting Party reserves the right to apply this interpretation, *mutatis mutandis*, in respect of the disposal of household effects or other articles,

Partei behält sich das Recht vor, diese Auslegung sinngemäß auf die Veräußerung von Haushaltsgegenständen und anderen Sachen anzuwenden, die einen erheblichen Wert haben und unter Befreiung von den Steuern oder Zöllen, die sonst bei oder auf Grund einer Einfuhr erhoben werden, in das Gebiet eingeführt worden sind.

- (b) Das Verfahren, das für die Beschaffung von abgabefreiem Fahrbenzin für diplomatische Zwecke des Entsendestaats oder für Diplomaten angewandt wird, gilt auch für Fahrbenzin, das für konsularische Zwecke dieses Staats oder für einen Konsul oder Konsulatsangehörigen benötigt wird.

6. In den Artikeln 9, 11, 14, 15 und 16

- (a) umfaßt der Ausdruck „Staatsangehöriger des Entsendestaats“ in bezug auf einen Konsul oder Konsulatsangehörigen des Vereinigten Königreichs jeden britischen Untertan (auch wenn seine Rechtsstellung als solche nicht auf seiner Verbindung mit einem der in Artikel 43 Absatz 2 des Vertrags bezeichneten Gebieten beruht) sowie jeden Staatsbürger der Irischen Republik;
- (b) ist der Ausdruck „ihren gewöhnlichen Aufenthalt in dem Gebiet haben“ nicht anwendbar auf einen Konsul oder Konsulatsangehörigen des Vereinigten Königreichs, der vorher im Dienst eines Staats — mit Ausnahme der Bundesrepublik Deutschland — oder einer Staatengruppe oder einer internationalen Organisation in einem der in Artikel 43 Absatz 2 bezeichneten Gebiete in amtlicher Eigenschaft tätig war.

7. Zu Artikel 11 Absatz 4:

- (a) Die Vorschriften des Gebiets über Pflichtversicherung gegen Haftpflicht werden durch Satz 1 des genannten Absatzes nicht berührt.
- (b) Die Verpflichtung zur Versicherung gegen Haftpflicht erstreckt sich nicht auf Ruderboote, kleine Segelboote oder kleine Motorboote.

ZU URKUND DESSEN haben die beiderseitigen Bevollmächtigten dieses Protokoll unterschrieben und mit ihren Siegeln versehen.

GESCHEHEN zu Bonn am 30. Juli 1956 in zwei Urschriften, davon eine in deutscher und eine in englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

similarly imported into the territory free of all taxes or duties imposed upon or by reason of importation and having a substantial value;

- (b) the same modalities as are applicable in respect of the supply of petrol free of taxes or duties for the diplomatic purposes of the sending state or for the purposes of a diplomatic officer, as the case may be, shall be applied in respect of petrol required for the consular purposes of that state or for the purposes of a consular officer or employee, as the case may be.

(6) With regard to Articles 9, 11, 14, 15 and 16,

- (a) the expression "national of the sending state" shall be regarded as including, in so far as concerns any consular officer or employee of the United Kingdom, any person who is a British subject (irrespective of whether he derives his status as such from connexion with one of the territories referred to in paragraph (2) of Article 43) or who is a citizen of the Irish Republic;
- (b) the expression "ordinarily resident in the territory" shall not be regarded as applicable to any consular officer or employee of the United Kingdom who was previously in official employment in any of the territories referred to in paragraph (2) of Article 43 in the service of any state (other than the Federal Republic of Germany) or group of states or international organisation.

(7) With regard to paragraph (4) of Article 11,

- (a) the law of the territory providing for compulsory insurance against third party risks shall not be affected by the provisions of the first sentence of the said paragraph;
- (b) the obligation to take up such insurance shall not be applicable in respect of any rowing boat, small yacht or small motor-boat.

IN WITNESS WHEREOF, the respective Plenipotentiaries have signed this Protocol and affixed thereto their seals.

DONE, in duplicate, at Bonn, this 30th day of July 1956, in the German and English languages, both texts being equally authoritative.

Für den Präsidenten der Bundesrepublik Deutschland:
For the President of the Federal Republic of Germany:
von Brentano

Für Ihre Majestät:
For Her Majesty:
FR. Hoyer Millar

Drittes Unterzeichnungsprotokoll

Bei der Unterzeichnung des Konsularvertrags vom heutigen Tag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Vereinigten Königreich von Großbritannien und Nordirland erklären die hierzu gehörig bevollmächtigten Unterzeichneten:

1. Artikel 7 Absatz 1 des Vertrags findet, soweit der Erwerb von Grundstücken zu vollem Eigentum in Frage steht, keine Anwendung auf
 - (a) die Insel Jersey und
 - (b) irgendein anderes der in Artikel 43 Absatz 2 genannten Gebiete, wo der Erwerb von Grundstücken zu vollem Eigentum nach dem z. Z. geltenden Recht auf die eingessene Bevölkerung beschränkt ist,

solange die Regierung des Vereinigten Königreichs der Regierung der Bundesrepublik Deutschland nicht mitgeteilt hat, daß das Recht der Insel Jersey oder eines anderen in Frage stehenden Gebiets geändert worden ist, so daß die obengenannte Vorschrift in vollem Umfang zur Anwendung gelangen kann.

2. Im Sinne von Absatz 1 des Artikels 43 gilt der Vertrag auch im Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland der Regierung des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Vertrags eine gegenteilige Erklärung abgibt.
3. Artikel 12 und Artikel 32 Absatz 2 finden erst mit dem Tage Anwendung, an dem jede Hohe Vertragsschließende Partei dies der anderen schriftlich mitteilt.
4. Macht eine der Hohen Vertragsschließenden Parteien zur Erweiterung von Artikel 32 dieses Vertrags Vorschläge für die Begrenzung der Gerichtsbarkeit des Küstenstaats über bestimmte Arten von bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten, die Angelegenheiten an Bord von Schiffen betreffen, so wird die andere Hohe Vertragsschließende Partei diese Vorschläge in wohlwollendem Sinne prüfen.

ZU URKUND DESSEN haben die beiderseitigen Bevollmächtigten dieses Protokoll unterschrieben und mit ihren Siegeln versehen.

GESCHEHEN zu Bonn am 30. Juli 1956 in zwei Urschriften, davon eine in deutscher und eine in englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für den Präsidenten der Bundesrepublik Deutschland:
For the President of the Federal Republic of Germany:
von Brentano

Für Ihre Majestät:
For Her Majesty:
FR. Hoyer Millar

Third Protocol of Signature

At the time of signing the Consular Convention of this day's date between the Federal Republic of Germany and the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland, the undersigned, being duly authorised thereto, have agreed as follows:

- (1) The provisions of paragraph (1) of Article 7, in so far as they relate to the acquisition of land in full ownership, shall not apply to
 - (a) the Island of Jersey; or
 - (b) any of the territories, referred to in paragraph (2) of Article 43, where under the law at present in force the acquisition of land in full ownership is restricted to the indigenous inhabitants of the territory in question:

unless and until the Government of the United Kingdom shall have caused the Government of the Federal Republic of Germany to be notified that the law of the Island of Jersey or of any such territory, as the case may be, has been amended to permit of effect being given to the said provisions.

- (2) With reference to paragraph (1) of Article 43, the Convention shall also apply in Land Berlin, unless the Government of the Federal Republic of Germany shall make a declaration to the contrary to the Government of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland within three months from the date of the entry into force of the Convention.
- (3) The provisions of Article 12 and of paragraph (2) of Article 32 shall not come into operation until such time as each High Contracting Party shall have given notice to this effect to the other.
- (4) If either High Contracting Party shall put forward to the other, in amplification of Article 32, proposals for limiting the exercise of jurisdiction by the littoral state over certain categories of civil disputes in regard to matters occurring on shipboard, the other party shall give sympathetic consideration to such proposals.

IN WITNESS WHEREOF, the respective Plenipotentiaries have signed this Protocol and affixed thereto their seals.

DONE, in duplicate, at Bonn, this 30th day of July 1956, in the German and English languages, both texts being equally authoritative.

Notenwechsel

British Embassy, Bonn, July 30, 1956.

His Excellency
The Minister for Foreign Affairs
of the Federal Republic of Germany,
Herrn Dr. von Brentano,
Bonn

Your Excellency,

I have the honour, upon the instructions of Her Majesty's Principal Secretary of State for Foreign Affairs, to invite reference to Articles 13, 14, 15 and 16 of the Consular Convention of to-day's date between our two countries, which regulate the treatment as regards fiscal matters of the consulates and consular officers and employees of the respective High Contracting Parties in each other's territories.

Notwithstanding the terms of Article 44 of the Convention, which provides that the Convention shall be subject to ratification and shall not enter into force until the thirtieth day after the date of the exchange of instruments of ratification, Her Majesty's Government in the United Kingdom have decided to bring the said Articles of the Convention into operation forthwith in respect of the territories referred to in paragraph (1) of Article 43, subject to the limitations set out in the following paragraph of this Note and upon the understanding that the Government of the Federal Republic of Germany shall continue to accord to the consulates and consular officers and employees of the United Kingdom the same treatment as at present pending the entry into force of the Consular Convention.

Her Majesty's Government, however, retain discretion to suspend giving full effect, until the entry into force of the Convention as a whole, to sub-paragraph (c) of paragraph (1) of Article 14 and paragraph (1) of Article 15, in so far as the former provision relates to the official emoluments of any consular employee of the Federal Republic of Germany who is a British subject by virtue of connexion with a territory to which the Convention does not apply or who is a citizen of the Irish Republic and in so far as the latter provision relates to the private income of any consular officer or employee of the Federal Republic of Germany derived from sources outside the particular territory, as notified in conformity with the provisions of Article 42, in which he is serving.

I have the honour to be, with the highest consideration, Your Excellency's obedient servant.

signed: FR. Hoyer Millar

Der Bundesminister
des Auswärtigen

Seiner Exzellenz
dem Königlich Britischen Botschafter,
Sir Frederic Hoyer Millar
G. C. M. G., C. V. O.
Bonn

Exzellenz,

Ich beehre mich, den Eingang der heutigen Note Eurer Exzellenz betreffend den Konsularvertrag vom heutigen Tag, die übersetzt folgenden Wortlaut hat, zu bestätigen:

„Auf Weisung des Ministers Ihrer Majestät für Auswärtige Angelegenheiten beehre ich mich, Bezug zu nehmen auf die Artikel 13, 14, 15 und 16 des heute zwischen unseren beiden Ländern abgeschlossenen Konsularvertrags, in denen die steuerliche Behandlung der Konsulate sowie der Konsuln und Konsulatsangehörigen jeder Hohen Vertragschließenden Partei in den Gebieten der anderen geregelt ist.

Ungeachtet des Artikels 44 des Vertrags, wonach dieser der Ratifizierung bedarf und erst mit dem dreißigsten Tag nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft tritt, hat Ihrer Majestät Regierung im Vereinigten Königreich beschlossen, die genannten Artikel sofort auf die in Artikel 43 Absatz 1 bezeichneten Gebiete anzuwenden, jedoch mit den im folgenden Absatz dieser Note genannten Einschränkungen und unter der Voraussetzung, daß die Regierung der Bundesrepublik Deutschland bis zum Inkrafttreten des Konsularvertrags den Konsulaten, Konsuln und Konsulatsangehörigen des Vereinigten Königreichs die gleiche Behandlung wie früher weiter gewährt.

Ihrer Majestät Regierung behält sich jedoch vor, bis zum Inkrafttreten des Vertrags in seiner Gesamtheit die vollständige Anwendung des Artikels 14 Absatz 1 Buchstabe c und des Artikels 15 Absatz 1 aufzuschieben, soweit die erstgenannte Bestimmung die Dienstbezüge eines Konsulatsangehörigen der Bundesrepublik Deutschland betrifft, welcher auf Grund seiner Verbindung mit einem Gebiet, auf das der Vertrag keine Anwendung findet, britischer Untertan ist, oder welcher Bürger der Irischen Republik ist, und soweit die letztgenannte Bestimmung das Privateinkommen eines Konsuls oder Konsulatsangehörigen der Bundesrepublik Deutschland betrifft, das aus Quellen außerhalb eines gemäß Artikel 42 schriftlich mitgeteilten Gebiets stammt, in dem der Konsul oder Konsulatsangehörige Dienst tut.“

Ich beehre mich, namens der Regierung der Bundesrepublik Deutschland zu erklären, daß sie den Inhalt Ihrer Note mit Befriedigung zur Kenntnis nimmt.

Ich benutze diesen Anlaß, um Euer Exzellenz meiner ausgezeichnetsten Hochachtung zu versichern.

gez.: von Brentano

British Embassy, Bonn, July 30, 1956.

His Excellency
The Minister for Foreign Affairs
of the Federal Republic of Germany,
Herrn Dr. von Brentano,
Bonn

Your Excellency,

I have the honour to refer to the Consular Convention of today's date between our two countries and, upon the instructions of Her Majesty's Principal Secretary of State for Foreign Affairs, to make the following communication to Your Excellency in connexion with Part IV, relative to fiscal matters.

If anything in the provisions of Part IV of the Consular Convention entitles consular employees, serving at the consulates of the Federal Republic of Germany in the territories referred to in paragraph (1) of Article 43, to claim other or more extensive facilities than are at present accorded to minor diplomatic staff, serving at the German Embassy in London, Her Majesty's Government in the United Kingdom propose, upon the entry into force of the Consular Convention and upon the conclusion of an agreement as envisaged in the final paragraph of this Note, to extend no less favourable treatment to the latter category of personnel, provided, in all cases, that they fulfil the conditions specified in the following paragraph.

The conditions referred to in the previous paragraph are that the person concerned shall

- (a) not be a citizen of the United Kingdom and Colonies;
- (b) not be engaged in private occupation for gain in the United Kingdom;
- (c) be a permanent employee of the Government of the Federal Republic of Germany, or, if not a permanent employee of that Government, shall not have been ordinarily resident in the United Kingdom at the time of taking up his appointment at the Embassy.

In this connexion Her Majesty's Government interpret the term "consular employee" as bearing the same meaning as set out in paragraph (7) of Article 1 of the Consular Convention and the term "minor diplomatic staff" as including all members of the German Embassy, serving under the superintendence of the Ambassador of the Federal Republic in London in his diplomatic capacity, who hold rank lower than that of Attaché and are not employed exclusively on menial duties at or in the upkeep of the Embassy premises, and who are recognised in this capacity by Her Majesty's Government.

If the Government of the Federal Republic are prepared to extend treatment of a similar nature to minor diplomatic staff, serving at Her Majesty's Embassy at Bonn, I have the honour to suggest that this Note and Your Excellency's reply thereto shall be regarded as constituting the agreement reached between our respective governments in this matter.

I have the honour to be, with the highest consideration, Your Excellency's obedient servant.

signed: FR. Hoyer Millar

Der Bundesminister
des Auswärtigen

Bonn, den 30. Juli 1956

Seiner Exzellenz
dem Königlich Britischen Botschafter,
Sir Frederic Hoyer Millar
G. C. M. G., C. V. O.

Bonn

Exzellenz,

Ich beehre mich, den Eingang der Note Euerer Exzellenz vom heutigen Tag zum Konsularvertrag vom heutigen Tag zu bestätigen, die übersetzt folgenden Wortlaut hat:

„Ich beehre mich, auf den Konsularvertrag vom heutigen Tag zwischen unseren beiden Ländern Bezug zu nehmen und Euerer Exzellenz auf Weisung des Ministers Ihrer Majestät für Auswärtige Angelegenheiten im Hinblick auf Teil IV, der die finanziellen Angelegenheiten behandelt, folgende Mitteilung zu machen:

Falls eine Bestimmung in Teil IV des Konsularvertrags Konsulatsangehörige von Konsulaten der Bundesrepublik Deutschland in den in Artikel 43 Absatz 1 bezeichneten Gebieten berechtigt, andere oder weitergehende Erleichterungen zu beanspruchen, als gegenwärtig nachgeordneten diplomatischen Bediensteten der Deutschen Botschaft in London gewährt werden, so beabsichtigt Ihrer Majestät Regierung im Vereinigten Königreich, bei Inkrafttreten des Konsularvertrags und nach Abschluß der im letzten Absatz dieser Note vorgesehenen Vereinbarung diesen Bediensteten eine nicht weniger günstige Behandlung zuteil werden zu lassen, sofern sie im Einzelfall die Voraussetzungen des folgenden Absatzes erfüllen.

Die im vorstehenden Absatz erwähnten Voraussetzungen sind, daß die betreffende Person

- (a) nicht Staatsangehöriger des Vereinigten Königreichs oder seiner Kolonien ist,
- (b) keiner privaten Erwerbstätigkeit im Vereinigten Königreich nachgeht,
- (c) in einem festen Dienstverhältnis zu der Regierung der Bundesrepublik Deutschland steht, oder wenn dies nicht der Fall ist, im Zeitpunkt ihres Dienstantritts bei der Botschaft ihren gewöhnlichen Aufenthalt nicht im Vereinigten Königreich gehabt hat.

In diesem Zusammenhang legt Ihrer Majestät Regierung den Ausdruck „Konsulatsangehöriger“ im Sinne des Artikels 1 Absatz 7 des Konsularvertrags aus und versteht unter „nachgeordneten diplomatischen Bediensteten“ alle unter der Aufsicht des Botschafters der Bundesrepublik in London in seiner diplomatischen Eigenschaft diensttuenden Mitglieder der Deutschen Botschaft, die, ohne ausschließlich mit Dienstboten- oder Instandhaltungsarbeiten auf den Botschaftsgrundstücken beschäftigt zu sein, einen niedrigeren Rang als den eines Attachés haben und von Ihrer Majestät Regierung als nachgeordnete diplomatische Bedienstete anerkannt werden.

Wenn die Regierung der Bundesrepublik bereit ist, nachgeordneten diplomatischen Bediensteten der Botschaft Ihrer Majestät in Bonn die gleiche Behandlung zu gewähren, beehre ich mich vorzuschlagen, daß diese Note und die Antwort Euerer Exzellenz als die zwischen unseren beiden Regierungen in dieser Angelegenheit getroffene Vereinbarung gelten.“

Zu dem Vorschlag, der in der vorgenannten, in Übersetzung mitgeteilten Note Euerer Exzellenz enthalten ist, beehre ich mich festzustellen, daß die Regierung der

Bundesrepublik den nachgeordneten diplomatischen Bediensteten der Botschaft Ihrer Majestät in Bonn bereits alle in Betracht kommenden Erleichterungen gewährt und bereit ist, dies auch weiter zu tun. Sie beabsichtigt deshalb, wie folgt vorzugehen:

Falls eine Bestimmung in Teil IV des Konsularvertrags Konsulatsangehörige von Konsulaten des Vereinigten Königreichs in den in Artikel 43 Absatz (1) bezeichneten Gebieten berechtigt, andere oder weitergehende Erleichterungen zu beanspruchen, als gegenwärtig nachgeordneten diplomatischen Bediensteten der Botschaft Ihrer Majestät in Bonn gewährt werden, so wird die Regierung der Bundesrepublik Deutschland bei Inkrafttreten des Konsularvertrags diesen Bediensteten eine nicht weniger günstige Behandlung zuteil werden lassen, sofern sie im Einzelfall die Voraussetzungen des nachstehenden Absatzes erfüllen.

Die im vorstehenden Absatz erwähnten Voraussetzungen sind, daß die betreffende Person

- (a) nicht Deutscher im Sinne des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland ist,
- (b) keiner privaten Erwerbstätigkeit in der Bundesrepublik Deutschland nachgeht,
- (c) in einem festen Dienstverhältnis zu der Regierung des Vereinigten Königreichs steht oder, wenn dies nicht der Fall ist, im Zeitpunkt ihres Dienstantritts bei der Botschaft ihren gewöhnlichen Aufenthalt nicht in der Bundesrepublik Deutschland gehabt hat.

In diesem Zusammenhang legt die Regierung der Bundesrepublik Deutschland den Ausdruck „Konsulatsangehörige“ im Sinne des Artikels 1 Absatz 7 des Konsularvertrags aus und versteht unter „nachgeordneten diplomatischen Bediensteten“ alle der Aufsicht des Botschafters Ihrer Majestät in Bonn in seiner diplomatischen Eigenschaft unterstehenden Mitglieder der Britischen Botschaft, die, ohne ausschließlich mit Dienstboten- oder Instandhaltungsarbeiten auf den Botschaftsgrundstücken beschäftigt zu sein, einen niedrigeren Rang als den eines Attachés haben und von der Regierung der Bundesrepublik als nachgeordnete diplomatische Bedienstete anerkannt werden.

Das Vorstehende läßt den Absatz 7 des am 23. Oktober 1954 vom Bundeskanzler an den Hohen Kommissar des Vereinigten Königreichs gerichteten und von diesem am gleichen Tag bestätigten Schreibens betreffend Erleichterungen für Botschaften und Konsulate unberührt.

Ich beehre mich, Euerer Exzellenz mitzuteilen, daß die Regierung der Bundesrepublik Deutschland den Vorschlag annimmt, die Note Euerer Exzellenz und diese Antwort als die zwischen unseren beiden Regierungen in dieser Angelegenheit getroffene Vereinbarung zu betrachten.

Ich benutze diesen Anlaß, um Euere Exzellenz meiner ausgezeichnetsten Hochachtung zu versichern.

gez.: von Brentano

British Embassy, Bonn, July 30, 1956.

Der Bundesminister
des Auswärtigen

Bonn, den 30. Juli 1956

His Excellency
The Minister for Foreign Affairs
of the Federal Republic of Germany,
Herrn Dr. von Brentano,
Bonn

Seiner Exzellenz
dem Königlich Britischen Botschafter,
Sir Frederic Hoyer Millar
G. C. M. G., C. V. O.
Bonn

Your Excellency,

With reference to the Consular Convention between our two countries of today's date, I have the honour, upon the instructions of Her Majesty's Principal Secretary of State for Foreign Affairs, to draw attention to paragraph (2) of the Third Protocol of Signature which provides for its application in Land Berlin and to state, for the information of the Government of the Federal Republic of Germany, that Her Majesty's Government in the United Kingdom consider themselves at liberty to appoint one or more members of Military Government in Land Berlin to perform consular duties in that Land.

Her Majesty's Government, taking into consideration the special situation which exists in Land Berlin, accordingly propose:

- (a) that, unless and until other arrangements are made, any member of Military Government so appointed shall receive, in lieu of an exequatur or other authorisation from any German authority, the recognition, express or tacit, of Military Government and that such recognition shall be regarded as authorising him to perform consular functions in Land Berlin; and
- (b) that he shall continue to enjoy all those privileges and immunities which he is, or may be, entitled to enjoy by reason of his status as a member of Military Government in Land Berlin, but that no claim to immunity greater than that of a consular officer or employee, as the case may be, under the Consular Convention shall be made on his behalf in respect of the performance of any of the functions enumerated in Articles 17 to 36 of the said Convention.

If the Government of the Federal Republic of Germany are in concurrence with the foregoing, I have the honour to suggest that this Note and Your Excellency's reply thereto shall be regarded as constituting the agreement reached between our respective governments in this matter.

I have the honour to be with the highest consideration
Your Excellency's obedient servant.

signed: FR. Hoyer Millar

Exzellenz,

Ich beehre mich, den Eingang der heutigen Note Eurer Exzellenz zum Konsularvertrag vom heutigen Tag zu bestätigen, die übersetzt folgenden Wortlaut hat:

„Unter Bezugnahme auf den zwischen unseren beiden Ländern heute zustande gekommenen Konsularvertrag beehre ich mich, auf Weisung des Ministers Ihrer Majestät für Auswärtige Angelegenheiten auf Absatz 2 des Dritten Unterzeichnungsprotokolls, der die Anwendung des Vertrags im Land Berlin vorsieht, aufmerksam zu machen und zur Unterrichtung der Regierung der Bundesrepublik Deutschland festzustellen, daß Ihrer Majestät Regierung im Vereinigten Königreich sich als befugt betrachtet, eines oder mehrere Mitglieder der Militärregierung im Land Berlin mit der Ausübung konsularischer Aufgaben zu betrauen.

Mit Rücksicht auf die besondere Lage im Land Berlin schlägt Ihrer Majestät Regierung daher vor:

- (a) daß, solange keine andere Regelung getroffen ist, jedes auf diese Weise betraute Mitglied der Militärregierung anstelle eines Exequatur oder einer sonstigen Zulassung einer deutschen Behörde die ausdrückliche oder stillschweigende Anerkennung der Militärregierung erhält und daß diese Anerkennung als Ermächtigung zur Ausübung konsularischer Aufgaben im Land Berlin gilt; und
- (b) daß es weiterhin alle Vorrechte und Immunitäten genießt, die ihm auf Grund seiner Rechtsstellung als Mitglied der Militärregierung im Land Berlin zustehen oder zustehen können; jedoch werden wegen der Wahrnehmung von Aufgaben, die in den Artikeln 17 bis 36 aufgeführt sind, keine weitergehenden Immunitäten in Anspruch genommen als einem Konsul oder Konsulatsangehörigen nach diesem Vertrag zustehen.

Wenn die Regierung der Bundesrepublik Deutschland mit Vorstehendem einverstanden ist, beehre ich mich vorzuschlagen, daß diese Note und die Antwort Eurer Exzellenz als die zwischen unseren beiden Regierungen in dieser Angelegenheit getroffene Vereinbarung gelten.“

Ich habe die Ehre festzustellen, daß die Regierung der Bundesrepublik Deutschland mit dem Inhalt der vorerwähnten, in Übersetzung wiedergegebenen Note Eurer Exzellenz einverstanden ist und den Vorschlag annimmt, die Note und diese Antwort als die zwischen unseren beiden Regierungen in dieser Angelegenheit getroffene Vereinbarung zu betrachten.

Ich benutze den Anlaß, um Euere Exzellenz meiner ausgezeichnetsten Hochachtung zu versichern.

gez.: von Brentano

**Bekanntmachung
der Verfassung der Internationalen Arbeitsorganisation.**

Vom 22. März 1957.

Die Allgemeine Konferenz der Internationalen Arbeitsorganisation hat auf ihrer 36. Tagung in Genf am 25. Juni 1953 die Urkunde zur Abänderung der Verfassung der Internationalen Arbeitsorganisation angenommen. Nach Artikel 36 der Verfassung ist die Abänderung für die Bundesrepublik Deutschland am 20. Mai 1954 in Kraft getreten. Die deutsche Annahmeerklärung ist am 13. Februar 1954 von dem Stellvertretenden Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes in Genf eingetragen worden.

Die Verfassung der Internationalen Arbeitsorganisation in der durch die Urkunde vom 25. Juni 1953 geänderten Fassung nebst einer Anlage wird nachstehend nebst einer deutschen Übersetzung veröffentlicht.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an das Gesetz vom 25. Mai 1925 (Reichsgesetzbl. 1925 II S. 161) und die Bekanntmachung vom 5. Juni 1952 (Bundesgesetzbl. 1952 II S. 607).

Bonn, den 22. März 1957.

Der Bundesminister des Auswärtigen
In Vertretung
Hallstein

Der Bundesminister für Arbeit
In Vertretung
Busch

(Übersetzung)

The Constitution of the International Labour Organisation¹⁾

Preamble

Whereas universal and lasting peace can be established only if it is based upon social justice;

And whereas conditions of labour exist involving such injustice, hardship and privation to large numbers of people as to produce unrest so great that the peace and harmony of the world are imperilled; and an improvement of those conditions is urgently required: as, for example, by the regulation of the hours of work, including the establishment of a maximum working day and week, the regulation of the labour supply, the prevention of unemployment, the provision of an adequate living wage, the protection of the worker against sickness, disease and injury arising out of his employment, the protection of children, young persons and women, provision for old age and injury, protection of the interests of workers when employed in countries other than their own, recognition of the principle of equal remuneration for work of equal value, recognition of the principle of freedom of association, the organisation of vocational and technical education and other measures;

Whereas also the failure of any nation to adopt humane conditions of labour is an obstacle in the way of other nations which desire to improve the conditions in their own countries;

The High Contracting Parties, moved by sentiments of justice and humanity as well as by the desire to secure the permanent peace of the world, and with a view to attaining the objectives set forth in this Preamble, agree to the following Constitution of the International Labour Organisation:

¹⁾ The original text of the Constitution, established in 1919, has been modified by the amendment of 1922 which entered into force on 4 June 1934; the Instrument of Amendment of 1945 which entered into force on 26 September 1946; the Instrument of Amendment of 1946 which entered into force on 20 April 1948; and the Instrument of Amendment of 1953 which entered into force on 20 May 1954.

Constitution de l'Organisation internationale du Travail¹⁾

Préambule

Attendu qu'une paix universelle et durable ne peut être fondée que sur la base de la justice sociale;

Attendu qu'il existe des conditions de travail impliquant pour un grand nombre de personnes l'injustice, la misère et les privations, ce qui engendre un tel mécontentement que la paix et l'harmonie universelles sont mises en danger, et attendu qu'il est urgent d'améliorer ces conditions: par exemple, en ce qui concerne la réglementation des heures de travail, la fixation d'une durée maximum de la journée et de la semaine de travail, le recrutement de la main-d'œuvre, la lutte contre le chômage, la garantie d'un salaire assurant des conditions d'existence convenables, la protection des travailleurs contre les maladies générales ou professionnelles et les accidents résultant du travail, la protection des enfants, des adolescents et des femmes, les pensions de vieillesse et d'invalidité, la défense des intérêts des travailleurs occupés à l'étranger, l'affirmation du principe «à travail égal, salaire égal», l'affirmation du principe de la liberté syndicale, l'organisation de l'enseignement professionnel et technique et autres mesures analogues;

Attendu que la non-adoption par une nation quelconque d'un régime de travail réellement humain fait obstacle aux efforts des autres nations désireuses d'améliorer le sort des travailleurs dans leurs propres pays;

Les Hautes Parties Contractantes, mues par des sentiments de justice et d'humanité aussi bien que par le désir d'assurer une paix mondiale durable, et en vue d'atteindre les buts énoncés dans ce préambule, approuvent la présente Constitution de l'Organisation internationale du Travail:

¹⁾ Le texte original de la Constitution, établi en 1919, a été modifié par l'amendement de 1922, entré en vigueur le 4 juin 1934; l'Instrument d'amendement de 1945, entré en vigueur le 26 septembre 1946; l'Instrument d'amendement de 1946, entré en vigueur le 20 avril 1948; et l'Instrument d'amendement de 1953, entré en vigueur le 20 mai 1954.

Verfassung der Internationalen Arbeitsorganisation¹⁾

Präambel

Der Weltfriede kann auf die Dauer nur auf sozialer Gerechtigkeit aufgebaut werden.

Nun bestehen aber Arbeitsbedingungen, die für eine große Anzahl von Menschen mit so viel Ungerechtigkeit, Elend und Entbehrungen verbunden sind, daß eine Unzufriedenheit entsteht, die den Weltfrieden und die Welteintracht gefährdet. Eine Verbesserung dieser Bedingungen ist dringend erforderlich, zum Beispiel durch Regelung der Arbeitszeit, einschließlich der Festsetzung einer Höchstdauer des Arbeitstages und der Arbeitswoche, Regelung des Arbeitsmarktes, Verhütung der Arbeitslosigkeit, Gewährleistung eines zur Bestreitung des Lebensunterhaltes angemessenen Lohnes, Schutz der Arbeitnehmer gegen allgemeine und Berufskrankheiten sowie gegen Arbeitsunfälle, Schutz der Kinder, Jugendlichen und Frauen, Vorsorge für Alter und Invalidität, Schutz der Interessen der im Auslande beschäftigten Arbeitnehmer, Anerkennung des Grundsatzes „gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit“, Anerkennung des Grundsatzes der Vereinigungsfreiheit, Regelung des beruflichen und technischen Unterrichtes und ähnliche Maßnahmen.

Auch würde die Nichteinführung wirklich menschenwürdiger Arbeitsbedingungen durch eine Nation die Bemühungen anderer Nationen um Verbesserung des Loses der Arbeitnehmer in ihren Ländern hemmen.

Aus allen diesen Gründen und zur Erreichung der in dieser Präambel aufgestellten Ziele stimmen die Hohen Vertragschließenden Teile, geleitet sowohl von den Gefühlen der Gerechtigkeit und Menschlichkeit als auch von dem Wunsche, einen dauernden Weltfrieden zu sichern, der nachstehenden Verfassung der Internationalen Arbeitsorganisation zu.

¹⁾ Der ursprüngliche, im Jahre 1919 aufgestellte Text der Verfassung ist abgeändert worden im Jahre 1922 mit Wirkung vom 4. Juni 1934, durch Abänderungsurkunde von 1945 mit Wirkung vom 26. September 1946, durch Abänderungsurkunde von 1946 mit Wirkung vom 20. April 1948 und durch Abänderungsurkunde von 1953 mit Wirkung vom 20. Mai 1954.

CHAPTER I

Organisation

Article 1

Establishment

1. A permanent organisation is hereby established for the promotion of the objects set forth in the Preamble to this Constitution and in the Declaration concerning the aims and purposes of the International Labour Organisation adopted at Philadelphia on 10 May 1944 the text of which is annexed to this Constitution.

Membership

2. The Members of the International Labour Organisation shall be the States which were Members of the Organisation on 1 November 1945, and such other States as may become Members in pursuance of the provisions of paragraphs 3 and 4 of this article.

3. Any original Member of the United Nations and any State admitted to membership of the United Nations by a decision of the General Assembly in accordance with the provisions of the Charter may become a Member of the International Labour Organisation by communicating to the Director-General of the International Labour Office its formal acceptance of the obligations of the Constitution of the International Labour Organisation.

4. The General Conference of the International Labour Organisation may also admit Members to the Organisation by a vote concurred in by two-thirds of the delegates attending the session, including two-thirds of the Government delegates present and voting. Such admission shall take effect on the communication to the Director-General of the International Labour Office by the government of the new Member of its formal acceptance of the obligations of the Constitution of the Organisation.

Withdrawal

5. No Member of the International Labour Organisation may withdraw from the Organisation without giving notice of its intention so to do to the Director-General of the International Labour Office. Such notice shall take effect two years after the date of its reception by the Director-General, subject to the Member having at that time fulfilled all financial obligations arising out of its membership. When a Member has ratified any Interna-

CHAPITRE PREMIER

Organisation

Article 1

Etablissement

1. Il est fondé une organisation permanente chargée de travailler à la réalisation du programme exposé dans le préambule de la présente Constitution et dans la Déclaration concernant les buts et objectifs de l'Organisation internationale du Travail qui a été adoptée à Philadelphie le 10 mai 1944 et dont le texte figure en annexe à la présente Constitution.

Membres

2. Les Membres de l'Organisation internationale du Travail seront les États qui étaient Membres de l'Organisation au 1^{er} novembre 1945 et tous autres États qui deviendraient Membres conformément aux dispositions des paragraphes 3 et 4 du présent article.

3. Tout Membre originaire des Nations Unies et tout État admis en qualité de Membre des Nations Unies par décision de l'Assemblée générale conformément aux dispositions de la Charte peut devenir Membre de l'Organisation internationale du Travail en communiquant au Directeur général du Bureau international du Travail son acceptation formelle des obligations découlant de la Constitution de l'Organisation internationale du Travail.

4. La Conférence générale de l'Organisation internationale du Travail peut également admettre des Membres dans l'Organisation à la majorité des deux tiers des délégués présents à la session, y compris les deux tiers des délégués gouvernementaux présents et votants. Cette admission deviendra effective lorsque le gouvernement du nouveau Membre aura communiqué au Directeur général du Bureau international du Travail son acceptation formelle des obligations découlant de la Constitution de l'Organisation.

Retrait

5. Aucun Membre de l'Organisation internationale du Travail ne pourra s'en retirer sans avoir donné préavis de son intention au Directeur général du Bureau international du Travail. Ce préavis portera effet deux ans après la date de sa réception par le Directeur général, sous réserve que le Membre ait à cette date rempli toutes les obligations financières résultant de sa qualité de Membre. Lorsqu'un Membre aura ratifié une con-

KAPITEL I

Organisation

Artikel 1

Gründung

1. Es wird eine ständige Organisation geschaffen, die dazu berufen ist, an der Verwirklichung des Planes zu arbeiten, der in der Präambel zu dieser Verfassung und in der am 10. Mai 1944 in Philadelphia angenommenen und dieser Verfassung als Anlage beigefügten Erklärung über Ziele und Zwecke der Internationalen Arbeitsorganisation dargelegt ist.

Mitgliedschaft

2. Mitglieder der Internationalen Arbeitsorganisation sind die Staaten, die am 1. November 1945 Mitglieder der Organisation waren, und alle anderen Staaten, die nach den Bestimmungen der Absätze 3 und 4 dieses Artikels Mitglieder werden.

3. Jedes ursprüngliche Mitglied der Vereinten Nationen und jeder durch Beschluß der Generalversammlung nach den Bestimmungen der Charta der Vereinten Nationen als Mitglied aufgenommene Staat kann die Mitgliedschaft bei der Internationalen Arbeitsorganisation durch eine Mitteilung an den Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes erwerben, worin in aller Form die Übernahme der sich aus der Verfassung der Internationalen Arbeitsorganisation ergebenden Verpflichtungen erklärt wird.

4. Die Allgemeine Konferenz der Internationalen Arbeitsorganisation kann auch Mitglieder durch Beschluß einer Mehrheit von zwei Dritteln der auf der Tagung anwesenden Delegierten, einschließlich von zwei Dritteln der anwesenden und an der Abstimmung teilnehmenden Regierungsdelegierten, in die Organisation aufnehmen. Eine solche Aufnahme wird rechtswirksam auf Grund einer Mitteilung der Regierung des neuen Mitgliedes an den Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes, worin diese in aller Form die Übernahme der sich aus der Verfassung der Internationalen Arbeitsorganisation ergebenden Verpflichtungen erklärt.

Austritt

5. Kein Mitglied der Internationalen Arbeitsorganisation kann aus der Organisation austreten, ohne zuvor seine Absicht dem Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes bekanntgegeben zu haben. Eine solche Erklärung tritt zwei Jahre nach dem Tag in Kraft, an dem der Generaldirektor sie erhalten hat, vorausgesetzt, daß das Mitglied in diesem Zeitpunkt alle sich aus seiner Mitgliedschaft ergebenden finanziellen Verpflichtungen er-

tional Labour Convention, such withdrawal shall not affect the continued validity for the period provided for in the Convention of all obligations arising thereunder or relating thereto.

Readmission

6. In the event of any State having ceased to be a Member of the Organisation, its readmission to membership shall be governed by the provisions of paragraph 3 or paragraph 4 of this article as the case may be.

Article 2

Organs

The permanent organisation shall consist of—

- (a) a General Conference of representatives of the Members;
- (b) a Governing Body composed as described in article 7; and
- (c) an International Labour Office controlled by the Governing Body.

Article 3

Conference

Meetings and delegates

1. The meetings of the General Conference of representatives of the Members shall be held from time to time as occasion may require, and at least once in every year. It shall be composed of four representatives of each of the Members, of whom two shall be Government delegates and the two others shall be delegates representing respectively the employers and the workpeople of each of the Members.

Advisers

2. Each delegate may be accompanied by advisers, who shall not exceed two in number for each item on the agenda of the meeting. When questions specially affecting women are to be considered by the Conference, one at least of the advisers should be a woman.

Advisers from non-metropolitan territories

3. Each Member which is responsible for the international relations of non-metropolitan territories may appoint as additional advisers to each of its delegates—

- (a) persons nominated by it as representatives of any such territory in regard to matters within the self-governing powers of that territory; and

vention internationale du travail, ce retrait n'affectera pas la validité, pour la période prévue par la convention, des obligations résultant de la convention ou y relatives.

Réadmission

6. Au cas où un État aurait cessé d'être Membre de l'Organisation, sa réadmission en qualité de Membre sera régie par les dispositions des paragraphes 3 ou 4 du présent article.

Article 2

Organes

L'Organisation permanente comprendra:

- a) une Conférence générale des représentants des Membres;
- b) un Conseil d'administration composé comme il est dit à l'article 7;
- c) un Bureau international du Travail sous la direction du Conseil d'administration.

Article 3

Conférence

Sessions et délégués

1. La Conférence générale des représentants des Membres tiendra des sessions chaque fois que besoin sera et au moins une fois par an. Elle sera composée de quatre représentants de chacun des Membres, dont deux seront les délégués du gouvernement et dont les deux autres représenteront respectivement, d'une part, les employeurs, d'autre part, les travailleurs ressortissant à chacun des Membres.

Conseillers techniques

2. Chaque délégué pourra être accompagné par des conseillers techniques, dont le nombre pourra être de deux au plus pour chacune des matières distinctes inscrites à l'ordre du jour de la session. Quand des questions intéressant spécialement des femmes doivent venir en discussion à la Conférence, une au moins parmi les personnes désignées comme conseillers techniques devra être une femme.

Représentation des territoires non métropolitains

3. Tout Membre responsable des relations internationales de territoires non métropolitains pourra désigner comme conseillers techniques supplémentaires pour accompagner chacun de ses délégués:

- a) des personnes désignées par lui comme représentants d'un tel territoire pour certaines questions entrant dans le cadre de la compétence propre des autorités dudit territoire;

füllt hat. Hat ein Mitglied ein internationales Arbeitsübereinkommen ratifiziert, so berührt ein solcher Austritt für die im Übereinkommen vorgesehene Dauer nicht die Gültigkeit der Verpflichtungen, die sich aus dem Übereinkommen oder in Verbindung damit ergeben.

Wiederaufnahme

6. Hat ein Staat aufgehört, Mitglied der Organisation zu sein, so regelt sich seine Wiederaufnahme als Mitglied nach den Bestimmungen von Absatz 3 oder Absatz 4 dieses Artikels.

Artikel 2

Organe

Die ständige Organisation umfaßt

- a) eine Allgemeine Konferenz von Vertretern der Mitglieder,
- b) einen nach Artikel 7 zusammengesetzten Verwaltungsrat,
- c) ein Internationales Arbeitsamt unter der Lenkung des Verwaltungsrates.

Artikel 3

Allgemeine Konferenz

Tagungen und Delegierte

1. Die Allgemeine Konferenz von Vertretern der Mitglieder hält je nach Bedarf, aber mindestens einmal jährlich, ihre Tagungen ab. Sie setzt sich aus je vier Vertretern jedes Mitgliedes zusammen. Von diesen sind zwei Regierungsdelegierte; von den zwei anderen vertritt je einer die Arbeitgeber und die Arbeitnehmer jedes Mitgliedes.

Technische Berater

2. Jedem Delegierten können technische Berater beigegeben werden. Ihre Zahl darf höchstens zwei für jeden einzelnen Gegenstand betragen, der auf der Tagesordnung der Konferenz steht. Sind Fragen, die besonders Frauen angehen, auf der Konferenz zu erörtern, so soll wenigstens eine der als technische Berater bezeichneten Personen eine Frau sein.

Vertretung außerhalb des Mutterlandes gelegener Gebiete

3. Jedes Mitglied, das für die internationalen Beziehungen von außerhalb des Mutterlandes gelegenen Gebieten verantwortlich ist, kann für jeden seiner Delegierten als zusätzliche technische Berater bezeichnen

- a) Personen als Vertreter eines solchen Gebietes für bestimmte Fragen, die in den Zuständigkeitsbereich der Behörden dieses Gebietes fallen,

(b) persons nominated by it to advise its delegates in regard to matters concerning non-self-governing territories.

b) des personnes désignées par lui pour assister ses délégués au sujet des questions intéressant des territoires qui ne se gouvernent pas eux-mêmes.

b) Personen als Berater seiner Delegierten für Fragen, die Gebiete betreffen, die sich nicht selbst regieren.

4. In the case of a territory under the joint authority of two or more Members, persons may be nominated to advise the delegates of such Members.

4. S'il s'agit d'un territoire placé sous l'autorité conjointe de deux ou plusieurs Membres, des personnes pourront être désignées pour assister les délégués de ces Membres.

4. Untersteht ein Gebiet der gemeinsamen Hoheit von zwei oder mehr Mitgliedern, so können Personen bezeichnet werden, welche die Delegierten dieser Mitglieder beraten sollen.

Nomination of non-governmental representatives

5. The Members undertake to nominate non-Government delegates and advisers chosen in agreement with the industrial organisations, if such organisations exist, which are most representative of employers or workpeople, as the case may be, in their respective countries.

Désignation des représentants non gouvernementaux

5. Les Membres s'engagent à désigner les délégués et conseillers techniques non gouvernementaux d'accord avec les organisations professionnelles les plus représentatives soit des employeurs, soit des travailleurs du pays considéré, sous la réserve que de telles organisations existent.

Bezeichnung der Nichtregierungsvertreter

5. Die Mitglieder verpflichten sich, die Delegierten und technischen Berater, die nicht die Regierung vertreten, im Einverständnis mit den maßgebenden Berufsverbänden der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer des betreffenden Landes zu bezeichnen, vorausgesetzt, daß solche Verbände bestehen.

Status of advisers

6. Advisers shall not speak except on a request made by the delegate whom they accompany and by the special authorisation of the President of the Conference, and may not vote.

Statut des conseillers techniques

6. Les conseillers techniques ne seront autorisés à prendre la parole que sur la demande faite par le délégué auquel ils sont adjoints et avec l'autorisation spéciale du Président de la Conférence; ils ne pourront prendre part aux votes.

Stellung der technischen Berater

6. Die technischen Berater dürfen nur auf Antrag des Delegierten, dem sie beigeordnet sind, und mit besonderer Genehmigung des Präsidenten der Konferenz das Wort ergreifen. An den Abstimmungen können sie nicht teilnehmen.

7. A delegate may by notice in writing addressed to the President appoint one of his advisers to act as his deputy, and the adviser, while so acting, shall be allowed to speak and vote.

7. Un délégué peut, par une note écrite adressée au Président, désigner l'un de ses conseillers techniques comme son suppléant, et ledit suppléant, en cette qualité, pourra prendre part aux délibérations et aux votes.

7. Ein Delegierter kann durch eine an den Präsidenten gerichtete schriftliche Mitteilung einen seiner technischen Berater als seinen Stellvertreter bezeichnen; der Stellvertreter kann in dieser Eigenschaft an den Beratungen und Abstimmungen teilnehmen.

Credentials

8. The names of the delegates and their advisers will be communicated to the International Labour Office by the government of each of the Members.

Pouvoirs des délégués et conseillers techniques

8. Les noms des délégués et de leurs conseillers techniques seront communiqués au Bureau international du Travail par le gouvernement de chacun des Membres.

Vollmachten

8. Die Namen der Delegierten und ihrer technischen Berater werden dem Internationalen Arbeitsamt durch die Regierung jedes Mitgliedes mitgeteilt.

9. The credentials of delegates and their advisers shall be subject to scrutiny by the Conference, which may, by two-thirds of the votes cast by the delegates present, refuse to admit any delegate or adviser whom it deems not to have been nominated in accordance with this article.

9. Les pouvoirs des délégués et de leurs conseillers techniques seront soumis à la vérification de la Conférence, laquelle pourra, par une majorité des deux tiers des suffrages exprimés par les délégués présents, refuser d'admettre tout délégué ou tout conseiller technique qu'elle ne jugera pas avoir été désigné conformément aux termes du présent article.

9. Die Vollmachten der Delegierten und ihrer technischen Berater werden der Konferenz zur Prüfung vorgelegt; diese kann mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der von den anwesenden Delegierten abgegebenen Stimmen die Zulassung jedes Delegierten oder technischen Beraters ablehnen, der nach ihrer Auffassung nicht nach den Bestimmungen dieses Artikels bezeichnet worden ist.

Article 4

Voting rights

1. Every delegate shall be entitled to vote individually on all matters which are taken into consideration by the Conference.

2. If one of the Members fails to nominate one of the non-Government delegates whom it is entitled to nominate, the other non-Government delegate shall be allowed to sit and speak at the Conference, but not to vote.

Article 4

Droit de vote

1. Chaque délégué aura le droit de voter individuellement sur toutes les questions soumises aux délibérations de la Conférence.

2. Dans le cas où l'un des Membres n'aurait pas désigné l'un des délégués non gouvernementaux auquel il a droit, l'autre délégué non gouvernemental aura le droit de prendre part aux discussions de la Conférence, mais n'aura pas le droit de voter.

Artikel 4

Stimmrecht

1. Jeder Delegierte hat das Recht, über alle der Konferenz unterbreiteten Fragen für seine Person abzustimmen.

2. Unterläßt es ein Mitglied, einen der ihm zustehenden Delegierten, der nicht Regierungsdelegierter ist, zu bezeichnen, so hat der andere Delegierte, der nicht Regierungsdelegierter ist, zwar das Recht, an den Beratungen der Konferenz teilzunehmen, jedoch hat er kein Stimmrecht.

3. If in accordance with article 3 the Conference refuses admission to a delegate of one of the Members, the provisions of the present article shall apply as if that delegate had not been nominated.

Article 5

Place of meetings of the Conference

The meetings of the Conference shall, subject to any decisions which may have been taken by the Conference itself at a previous meeting, be held at such place as may be decided by the Governing Body.

Article 6

Seat of the International Labour Office

Any change in the seat of the International Labour Office shall be decided by the Conference by a two-thirds majority of the votes cast by the delegates present.

Article 7

Governing Body Composition

1. The Governing Body shall consist of forty persons—

Twenty representing governments,

Ten representing the employers, and

Ten representing the workers.

Government Representatives

2. Of the twenty persons representing governments, ten shall be appointed by the Members of chief industrial importance, and ten shall be appointed by the Members selected for that purpose by the Government delegates to the Conference, excluding the delegates of the ten Members mentioned above.

States of chief industrial importance

3. The Governing Body shall as occasion requires determine which are the Members of the Organisation of chief industrial importance and shall make rules to ensure that all questions relating to the selection of the Members of chief industrial importance are considered by an impartial committee before being decided by the Governing Body. Any appeal made by a Member from the declaration of the Governing Body as to which are the Members of chief industrial importance shall be decided by the Conference, but an appeal to the

3. Au cas où la Conférence, en vertu des pouvoirs que lui confère l'article 3, refuserait d'admettre l'un des délégués d'un des Membres, les stipulations du présent article seront appliquées comme si ledit délégué n'avait pas été désigné.

Article 5

Lieu de réunion de la Conférence

Les sessions de la Conférence se tiendront, sous réserve de toute décision qu'aurait pu prendre la Conférence elle-même au cours d'une session antérieure, au lieu fixé par le Conseil d'administration.

Article 6

Siège du Bureau international du Travail

Tout changement du siège du Bureau international du Travail sera décidé par la Conférence à la majorité des deux tiers des suffrages exprimés par les délégués présents.

Article 7

Conseil d'administration Composition

1. Le Conseil d'administration sera composé de quarante personnes:

Vingt représentant les gouvernements,

Dix représentant les employeurs, et

Dix représentant les travailleurs.

Représentants gouvernementaux

2. Sur les vingt personnes représentant les gouvernements, dix seront nommées par les Membres dont l'importance industrielle est la plus considérable et dix seront nommées par les Membres désignés à cet effet par les délégués gouvernementaux à la Conférence, exclusion faite des délégués des dix Membres susmentionnés.

Principales puissances industrielles

3. Le Conseil d'administration déterminera, chaque fois qu'il y aura lieu, quels sont les Membres ayant l'importance industrielle la plus considérable et établira des règles en vue d'assurer l'examen, par un comité impartial, de toutes questions relatives à la désignation des Membres ayant l'importance industrielle la plus considérable avant que le Conseil d'administration ne prenne une décision à cet égard. Tout appel formé par un Membre contre la déclaration du Conseil d'administration arrêtant quels sont les Membres ayant l'importance

3. Lehnt die Konferenz kraft der ihr durch Artikel 3 übertragenen Befugnis die Zulassung eines Delegierten eines der Mitglieder ab, so sind die Bestimmungen dieses Artikels so anzuwenden, als ob dieser Delegierte nicht bezeichnet worden wäre.

Artikel 5

Tagungsort der Konferenz

Die Tagungen der Konferenz finden an dem vom Verwaltungsrat bestimmten Orte statt, sofern die Konferenz nicht schon selbst auf einer früheren Tagung eine Entscheidung hierüber getroffen hat.

Artikel 6

Sitz des Internationalen Arbeitsamtes

Zu einer Verlegung des Sitzes des Internationalen Arbeitsamtes bedarf es eines Beschlusses der Konferenz mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der von den anwesenden Delegierten abgegebenen Stimmen.

Artikel 7

Verwaltungsrat Zusammensetzung

1. Der Verwaltungsrat setzt sich aus vierzig Personen zusammen, und zwar aus

zwanzig Regierungsvertretern,

zehn Arbeitgebervertretern und

zehn Arbeitnehmervertretern.

Regierungsvertreter

2. Von den zwanzig Regierungsvertretern werden zehn durch die Mitglieder ernannt, denen wirtschaftlich die größte Bedeutung zukommt, und zehn durch die Mitglieder, die zu diesem Zwecke von den zur Konferenz abgeordneten Regierungsdelegierten unter Ausschluß der Delegierten der erwähnten zehn Mitglieder bezeichnet worden sind.

Mitglieder, denen wirtschaftlich die größte Bedeutung zukommt

3. Der Verwaltungsrat bestimmt, jeweils wenn es erforderlich ist, welchen Mitgliedern der Organisation wirtschaftlich die größte Bedeutung zukommt; er stellt Regeln auf, die gewährleisten sollen, daß alle Fragen bezüglich der Bezeichnung der Mitglieder, denen wirtschaftlich die größte Bedeutung zukommt, von einem unparteiischen Ausschuß geprüft werden, bevor der Verwaltungsrat darüber entscheidet. Über jeden Einspruch eines Mitgliedes gegen die Erklärung des Verwaltungsrates, welchen Mitgliedern wirtschaftlich die größte Bedeu-

Conference shall not suspend the application of the declaration until such time as the Conference decides the appeal.

Employers' and Workers' representatives

4. The persons representing the employers and the persons representing the workers shall be elected respectively by the Employers' delegates and the Workers' delegates to the Conference. Two Employers' representatives and two Workers' representatives shall belong to non-European States.

Term of office

5. The period of office of the Governing Body shall be three years. If for any reason the Governing Body elections do not take place on the expiry of this period, the Governing Body shall remain in office until such elections are held.

Vacancies, substitutes, etc.

6. The method of filling vacancies and of appointing substitutes and other similar questions may be decided by the Governing Body subject to the approval of the Conference.

Officers

7. The Governing Body shall, from time to time, elect from its number a chairman and two vice-chairmen, of whom one shall be a person representing a government, one a person representing the employers, and one a person representing the workers.

Procedure

8. The Governing Body shall regulate its own procedure and shall fix its own times of meeting. A special meeting shall be held if a written request to that effect is made by at least sixteen of the representatives on the Governing Body.

Article 8

Director-General

1. There shall be a Director-General of the International Labour Office, who shall be appointed by the Governing Body, and, subject to the instructions of the Governing Body, shall be responsible for the efficient conduct of the International Labour Office and for such other duties as may be assigned to him.

2. The Director-General or his deputy shall attend all meetings of the Governing Body.

industrielle la plus considérable sera tranché par la Conférence, mais un appel interjeté devant la Conférence ne suspendra pas l'application de la déclaration tant que la Conférence ne se sera pas prononcée.

Représentants des employeurs et des travailleurs

4. Les personnes représentant les employeurs et les personnes représentant les travailleurs seront élues respectivement par les délégués des employeurs et les délégués des travailleurs à la Conférence. Deux représentants des employeurs et deux représentants des travailleurs devront appartenir à des États extra-européens.

Renouvellement du Conseil

5. Le Conseil sera renouvelé tous les trois ans. Si, pour une raison quelconque, les élections au Conseil d'administration n'ont pas lieu à l'expiration de cette période, le Conseil d'administration restera en fonction jusqu'à ce qu'il soit procédé à ces élections.

Postes vacants, désignation de suppléants, etc.

6. La manière de pourvoir aux sièges vacants, la désignation des suppléants et les autres questions de même nature pourront être réglées par le Conseil sous réserve de l'approbation de la Conférence.

Bureau du Conseil

7. Le Conseil d'administration élira dans son sein un président et deux vice-présidents. Parmi ces trois personnes, l'une sera une personne représentant un gouvernement et les deux autres seront respectivement des personnes représentant les employeurs et les travailleurs.

Règlement

8. Le Conseil d'administration établira son règlement et se réunira aux époques qu'il fixera lui-même. Une session spéciale devra être tenue chaque fois que seize personnes faisant partie du Conseil auront formulé une demande écrite à cet effet.

Article 8

Directeur général

1. Un Directeur général sera placé à la tête du Bureau international du Travail; il sera désigné par le Conseil d'administration, de qui il recevra ses instructions et vis-à-vis de qui il sera responsable de la bonne marche du Bureau ainsi que de l'exécution de toutes autres tâches qui auront pu lui être confiées.

2. Le Directeur général ou son suppléant assisteront à toutes les séances du Conseil d'administration.

tung zukommt, entscheidet die Konferenz; jedoch hat ein an die Konferenz gerichteter Einspruch für die Anwendung der Erklärung keine aufschiebende Wirkung, solange die Konferenz keine Entscheidung über den Einspruch getroffen hat.

Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter

4. Die Arbeitgebervertreter und die Arbeitnehmervertreter werden von den Arbeitgeberdelegierten beziehungsweise von den Arbeitnehmerdelegierten auf der Konferenz gewählt. Zwei Arbeitgebervertreter und zwei Arbeitnehmervertreter müssen außereuropäischen Ländern angehören.

Amtsdauer des Verwaltungsrates

5. Die Amtsdauer des Verwaltungsrates beträgt drei Jahre. Finden aus irgendeinem Grunde nach Ablauf dieser Zeitspanne keine Neuwahlen statt, so bleibt der Verwaltungsrat im Amt, bis Neuwahlen abgehalten werden.

Freigewordene Sitze, Bezeichnung von Stellvertretern usw.

6. Das Verfahren bei der Besetzung frei gewordener Sitze, die Bezeichnung von Stellvertretern und andere Fragen ähnlicher Art können, vorbehaltlich der Zustimmung der Konferenz, vom Verwaltungsrat geregelt werden.

Vorstand des Verwaltungsrates

7. Der Verwaltungsrat wählt aus seiner Mitte einen Präsidenten und zwei Vizepräsidenten. Eine dieser drei Personen muß Regierungsvertreter, eine Arbeitgebervertreter und eine Arbeitnehmervertreter sein.

Verfahren

8. Der Verwaltungsrat stellt seine Geschäftsordnung auf. Er bestimmt den Zeitpunkt seines Zusammentritts. Eine besondere Tagung ist jedesmal abzuhalten, wenn mindestens sechzehn Mitglieder des Verwaltungsrates schriftlich einen entsprechenden Antrag stellen.

Artikel 8

Generaldirektor

1. An der Spitze des Internationalen Arbeitsamtes steht ein Generaldirektor; er wird durch den Verwaltungsrat ernannt, empfängt von ihm seine Anweisungen und ist ihm sowohl für den sachgemäßen Geschäftsgang des Internationalen Arbeitsamtes als auch für die Erfüllung aller anderen ihm etwa anvertrauten Aufgaben verantwortlich.

2. Der Generaldirektor oder sein Vertreter ist bei allen Sitzungen des Verwaltungsrates anwesend.

Article 9

**Staff
Appointment**

1. The staff of the International Labour Office shall be appointed by the Director-General under regulations approved by the Governing Body.

2. So far as is possible with due regard to the efficiency of the work of the Office, the Director-General shall select persons of different nationalities.

3. A certain number of these persons shall be women.

**International character
of responsibilities**

4. The responsibilities of the Director-General and the staff shall be exclusively international in character. In the performance of their duties, the Director-General and the staff shall not seek or receive instructions from any government or from any other authority external to the Organisation. They shall refrain from any action which might reflect on their position as international officials responsible only to the Organisation.

5. Each Member of the Organisation undertakes to respect the exclusively international character of the responsibilities of the Director-General and the staff and not to seek to influence them in the discharge of their responsibilities.

Article 10

Functions of the Office

1. The functions of the International Labour Office shall include the collection and distribution of information on all subjects relating to the international adjustment of conditions of industrial life and labour, and particularly the examination of subjects which it is proposed to bring before the Conference with a view to the conclusion of international Conventions, and the conduct of such special investigations as may be ordered by the Conference or by the Governing Body.

2. Subject to such directions as the Governing Body may give, the Office shall—

- (a) prepare the documents on the various items of the agenda for the meetings of the Conference;
- (b) accord to governments at their request all appropriate assistance within its power in connection with the framing of laws and regulations on the basis of the

Article 9

**Personnel
Recruitment**

1. Le personnel du Bureau international du Travail sera choisi par le Directeur général conformément aux règles approuvées par le Conseil d'administration.

2. Le choix fait par le Directeur général devra porter, dans toute la mesure compatible avec le souci d'obtenir le meilleur rendement, sur des personnes de différentes nationalités.

3. Un certain nombre de ces personnes devront être des femmes.

Caractère international des fonctions

4. Les fonctions du Directeur général et du personnel auront un caractère exclusivement international. Dans l'accomplissement de leurs devoirs, le Directeur général et le personnel ne solliciteront ni n'accepteront d'instructions d'aucun gouvernement ni d'aucune autorité extérieure à l'Organisation. Ils s'abstiendront de tout acte incompatible avec leur situation de fonctionnaires internationaux qui ne sont responsables qu'envers l'Organisation.

5. Chaque Membre de l'Organisation s'engage à respecter le caractère exclusivement international des fonctions du Directeur général et du personnel et à ne pas chercher à les influencer dans l'exécution de leur tâche.

Article 10

Fonctions du Bureau

1. Les fonctions du Bureau international du Travail comprendront la centralisation et la distribution de toutes informations concernant la réglementation internationale de la condition des travailleurs et du régime du travail et, en particulier, l'étude des questions qu'il est proposé de soumettre aux discussions de la Conférence en vue de la conclusion de conventions internationales, ainsi que l'exécution de toutes enquêtes spéciales prescrites par la Conférence ou par le Conseil d'administration.

2. Sous réserve des directives que pourrait lui donner le Conseil d'administration, le Bureau:

- a) préparera la documentation sur les divers points à l'ordre du jour des sessions de la Conférence;
- b) fournira aux gouvernements, sur leur demande et dans la mesure de ses moyens, toute aide appropriée pour l'élaboration de la législation sur la base des déci-

Artikel 9

**Personal
Anstellung**

1. Das Personal des Internationalen Arbeitsamtes wird nach den vom Verwaltungsrat gebilligten Regeln durch den Generaldirektor angestellt.

2. Soweit es mit der gebotenen Rücksicht auf die Erzielung möglichst guter Arbeitsleistungen des Amtes vereinbar ist, hat der Generaldirektor Personen verschiedener Staatsangehörigkeit auszuwählen.

3. Eine gewisse Anzahl dieser Personen müssen Frauen sein.

Internationaler Charakter der Aufgaben

4. Die Aufgaben des Generaldirektors und des Personals haben ausschließlich internationalen Charakter. Der Generaldirektor und das Personal dürfen bei der Erfüllung ihrer Obliegenheiten weder von einer Regierung noch von irgendeiner Stelle außerhalb der Organisation Weisungen einholen oder entgegennehmen. Als internationale Beamte, die ausschließlich der Organisation verantwortlich sind, haben sie sich aller Handlungen zu enthalten, die mit ihrer Stellung unvereinbar sind.

5. Jedes Mitglied der Organisation verpflichtet sich, den ausschließlich internationalen Charakter der Aufgaben des Generaldirektors und des Personals zu achten und sich jedes Versuches, sie bei der Erfüllung ihrer Aufgaben zu beeinflussen, zu enthalten.

Artikel 10

Aufgaben des Amtes

1. Die Aufgaben des Internationalen Arbeitsamtes umfassen die Sammlung und Weiterleitung von Mitteilungen über alle Fragen, die für die internationale Regelung der Lebens- und Arbeitsverhältnisse der Arbeitnehmer Bedeutung haben, und insbesondere die Bearbeitung der Fragen, die der Konferenz zum Zwecke des Abschlusses internationaler Übereinkommen unterbreitet werden sollen, sowie die Durchführung aller von der Konferenz oder vom Verwaltungsrat angeordneten Sonderuntersuchungen.

2. Vorbehaltlich der Richtlinien, die ihm der Verwaltungsrat geben kann, hat das Amt

- a) die Unterlagen zu den einzelnen Gegenständen der Tagesordnung der Tagungen der Konferenz vorzubereiten,
- b) den Regierungen auf Wunsch und nach Maßgabe seiner Möglichkeiten jede geeignete Hilfe bei der Vorbereitung der Gesetzgebung auf Grund der Beschlüsse

decisions of the Conference and the improvement of administrative practices and systems of inspection;

(c) carry out the duties required of it by the provisions of this Constitution in connection with the effective observance of Conventions;

(d) edit and issue, in such languages as the Governing Body may think desirable, publications dealing with problems of industry and employment of international interest.

3. Generally, it shall have such other powers and duties as may be assigned to it by the Conference or by the Governing Body.

sions de la Conférence, ainsi que pour l'amélioration de la pratique administrative et des systèmes d'inspection;

c) s'acquittera, en conformité des stipulations de la présente Constitution, des devoirs qui lui incombent en ce qui concerne l'observation effective des conventions;

d) rédigera et fera paraître dans telles langues que le Conseil d'administration jugera appropriées des publications traitant des questions concernant l'industrie et le travail qui présentent un intérêt international.

3. D'une manière générale, il aura tous autres pouvoirs et fonctions que la Conférence ou le Conseil d'administration jugeront à propos de lui attribuer.

der Konferenz und bei der Vervollkommnung der Verwaltungspraxis und der Aufsichtssysteme zu leisten,

c) die Obliegenheiten zu erfüllen, die ihm nach den Bestimmungen dieser Verfassung bezüglich der tatsächlichen Einhaltung der Übereinkommen zufallen,

d) in den vom Verwaltungsrat als zweckdienlich erachteten Sprachen Veröffentlichungen zu verfassen und herauszugeben, die sich mit Wirtschafts- und Arbeitsfragen von internationalem Interesse befassen.

3. Ganz allgemein kommen dem Amt alle sonstigen Befugnisse und Obliegenheiten zu, die ihm die Konferenz oder der Verwaltungsrat etwa überträgt.

Article 11

Relations with governments

The government departments of any of the Members which deal with questions of industry and employment may communicate directly with the Director-General through the representative of their government on the Governing Body of the International Labour Office or, failing any such representative, through such other qualified official as the government may nominate for the purpose.

Article 11

Relations avec les gouvernements

Les ministères des Membres qui s'occupent des questions ouvrières pourront communiquer directement avec le Directeur général par l'intermédiaire du représentant de leur gouvernement au Conseil d'administration du Bureau international du Travail ou, à défaut de ce représentant, par l'intermédiaire de tel autre fonctionnaire dûment qualifié et désigné à cet effet par le gouvernement intéressé.

Artikel 11

Beziehungen mit Regierungen

Die Ministerien der Mitglieder, in deren Zuständigkeit die Arbeitsfragen fallen, können mit dem Generaldirektor durch Vermittlung des Vertreters ihrer Regierung im Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes oder, in Ermanglung eines solchen Vertreters, durch Vermittlung eines anderen dazu geeigneten und von der betreffenden Regierung damit beauftragten Beamten unmittelbaren Geschäftsverkehr unterhalten.

Article 12

Relations with international organisations

1. The International Labour Organisation shall co-operate within the terms of this Constitution with any general international organisation entrusted with the co-ordination of the activities of public international organisations having specialised responsibilities and with public international organisations having specialised responsibilities in related fields.

2. The International Labour Organisation may make appropriate arrangements for the representatives of public international organisations to participate without vote in its deliberations.

3. The International Labour Organisation may make suitable arrangements for such consultation as it may think desirable with recognised non-governmental international organisations, including international organisations of employers, workers, agriculturists and co-operators.

Article 12

Relations avec les organisations internationales

1. L'Organisation internationale du Travail collaborera, dans le cadre de la présente Constitution, avec toute organisation internationale générale chargée de coordonner les activités d'organisations de droit international public ayant des tâches spécialisées et avec les organisations de droit international public ayant des tâches spécialisées dans des domaines connexes.

2. L'Organisation internationale du Travail pourra prendre des dispositions appropriées pour que les représentants des organisations de droit international public participent, sans droit de vote, à ses délibérations.

3. L'Organisation internationale du Travail pourra prendre toutes dispositions utiles pour consulter, selon qu'il lui paraîtra désirable, des organisations internationales non gouvernementales reconnues, y compris des organisations internationales d'employeurs, de travailleurs, d'agriculteurs et de coopérateurs.

Artikel 12

Beziehungen mit internationalen Organisationen

1. Die Internationale Arbeitsorganisation arbeitet im Rahmen dieser Verfassung mit allen allgemeinen internationalen Organisationen zusammen, die beauftragt sind, die Tätigkeit der mit Sonderaufgaben betrauten Organisationen des internationalen öffentlichen Rechts aufeinander abzustimmen, sowie mit den Organisationen des internationalen öffentlichen Rechts, die Sonderaufgaben auf verwandten Gebieten haben.

2. Die Internationale Arbeitsorganisation kann geeignete Vorkehrungen treffen, damit die Vertreter der Organisationen des internationalen öffentlichen Rechts an ihren Beratungen ohne Stimmrecht teilnehmen.

3. Die Internationale Arbeitsorganisation kann geeignete Vorkehrungen treffen, um nach ihrem Ermessen anerkannte nichtstaatliche internationale Organisationen anzuhören, einschließlich der internationalen Verbände von Arbeitgebern, Arbeitnehmern, Landwirten und Genossenschaftlern.

Article 13

Financial and budgetary arrangements

1. The International Labour Organisation may make such financial and budgetary arrangements with the United Nations as may appear appropriate.

2. Pending the conclusion of such arrangements or if at any time no such arrangements are in force—

- (a) each of the Members will pay the travelling and subsistence expenses of its delegates and their advisers and of its representatives attending the meetings of the Conference or the Governing Body, as the case may be;
- (b) all other expenses of the International Labour Office and of the meetings of the Conference or Governing Body shall be paid by the Director-General of the International Labour Office out of the general funds of the International Labour Organisation;
- (c) the arrangements for the approval, allocation and collection of the budget of the International Labour Organisation shall be determined by the Conference by a two-thirds majority of the votes cast by the delegates present, and shall provide for the approval of the budget and of the arrangements for the allocation of expenses among the Members of the Organisation by a committee of Government representatives.

3. The expenses of the International Labour Organisation shall be borne by the Members in accordance with the arrangements in force in virtue of paragraph 1 or paragraph 2 (c) of this article.

Arrears in payment of contributions

4. A Member of the Organisation which is in arrears in the payment of its financial contribution to the Organisation shall have no vote in the Conference, in the Governing Body, in any committee, or in the elections of members of the Governing Body, if the amount of its arrears equals or exceeds the amount of the contributions due from it for the preceding two full years: Provided that the Conference may by a two-thirds majority of the votes cast by the delegates present permit such a Member

Article 13

Arrangements financiers et budgétaires

1. L'Organisation internationale du Travail peut conclure avec les Nations Unies tels arrangements financiers et budgétaires qui paraîtraient appropriés.

2. En attendant la conclusion de tels arrangements ou si, à un moment quelconque, il n'en est pas qui soient en vigueur:

- a) chacun des Membres paiera les frais de voyage et de séjour de ses délégués et de leurs conseillers techniques, ainsi que de ses représentants prenant part aux sessions de la Conférence et du Conseil d'administration selon les cas;
- b) tous autres frais du Bureau international du Travail, des sessions de la Conférence ou de celles du Conseil d'administration seront payés par le Directeur général du Bureau international du Travail sur le budget général de l'Organisation internationale du Travail;
- c) les dispositions relatives à l'approbation du budget de l'Organisation internationale du Travail, ainsi qu'à l'assiette et au recouvrement des contributions, seront arrêtées par la Conférence à la majorité des deux tiers des suffrages émis par les délégués présents et stipuleront que le budget et les arrangements concernant la répartition des dépenses entre les Membres de l'Organisation seront approuvés par une commission de représentants gouvernementaux.

3. Les frais de l'Organisation internationale du Travail seront à la charge des Membres, conformément aux arrangements en vigueur en vertu du paragraphe 1 ou du paragraphe 2, c) du présent article.

Contributions arriérées

4. Un Membre de l'Organisation en retard dans le paiement de sa contribution aux dépenses de l'Organisation ne peut participer au vote à la Conférence, au Conseil d'administration ou à toute commission, ou aux élections de membres du Conseil d'administration, si le montant de ses arriérés est égal ou supérieur à la contribution due par lui pour les deux années complètes écoulées. La Conférence peut néanmoins, par un vote à la majorité des deux tiers des suffrages émis par les délégués présents,

Artikel 13

Finanz- und Budgetvereinbarungen

1. Die Internationale Arbeitsorganisation kann mit den Vereinten Nationen zweckmäßig erscheinende Vereinbarungen über Finanz- und Budgetfragen treffen.

2. Bis zum Abschluß solcher Vereinbarungen oder, falls in irgendeinem Zeitpunkt keine solchen Vereinbarungen in Kraft sind, gilt folgendes:

- a) Jedes Mitglied trägt die Reise- und Aufenthaltskosten seiner Delegierten und ihrer technischen Berater sowie seiner Vertreter, die an den Tagungen der Konferenz oder des Verwaltungsrates teilnehmen.
- b) Alle anderen Kosten des Internationalen Arbeitsamtes und der Tagungen der Konferenz oder des Verwaltungsrates werden vom Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes aus dem allgemeinen Budget der Internationalen Arbeitsorganisation bestritten.
- c) Die Vorkehrungen zur Genehmigung des Budgets der Internationalen Arbeitsorganisation sowie zur Festsetzung und Einziehung der Beiträge werden von der Konferenz mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der von den anwesenden Delegierten abgegebenen Stimmen beschlossen; dabei ist vorzusehen, daß das Budget und die Vorkehrungen zur Umlage der Kosten auf die Mitglieder der Organisation von einem Ausschuß von Regierungsvertretern gebilligt werden.

3. Die Kosten der Internationalen Arbeitsorganisation werden von den Mitgliedern auf Grund der Regelung getragen, die nach Absatz 1 oder Absatz 2c) dieses Artikels gilt.

Rückständige Beiträge

4. Ein Mitglied der Organisation, das mit der Zahlung seines Beitrages zu den Kosten der Organisation im Rückstand ist, kann an den Abstimmungen der Konferenz, des Verwaltungsrates oder eines Ausschusses sowie an den Wahlen von Mitgliedern des Verwaltungsrates nicht teilnehmen, wenn der Betrag seiner Zahlungsrückstände dem von ihm für die vorangehenden zwei vollen Jahre geschuldeten Beitrag gleichkommt oder ihn übersteigt. Die Konferenz kann jedoch mit einer Mehrheit von zwei

to vote if it is satisfied that the failure to pay is due to conditions beyond the control of the Member.

autoriser ce Membre à participer au vote si elle constate que le manquement est dû à des circonstances indépendantes de sa volonté.

Dritteln der von den anwesenden Delegierten abgegebenen Stimmen ein solches Mitglied ermächtigen, an den Abstimmungen teilzunehmen, wenn sie feststellt, daß das Versäumnis auf Umstände zurückzuführen ist, die vom Willen des Mitgliedes unabhängig sind.

**Financial responsibility
of Director-General**

5. The Director-General of the International Labour Office shall be responsible to the Governing Body for the proper expenditure of the funds of the International Labour Organisation.

**Responsabilité du Directeur général
pour l'emploi des fonds**

5. Le Directeur général du Bureau international du Travail est responsable vis-à-vis du Conseil d'administration pour l'emploi des fonds de l'Organisation internationale du Travail.

**Verantwortlichkeit des Generaldirektors
für Verwendung der Mittel**

5. Der Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes ist dem Verwaltungsrat für die Verwendung der Mittel der Internationalen Arbeitsorganisation verantwortlich.

CHAPTER II

Procedure

Article 14

Agenda for Conference

1. The agenda for all meetings of the Conference will be settled by the Governing Body, which shall consider any suggestion as to the agenda that may be made by the government of any of the Members or by any representative organisation recognised for the purpose of article 3, or by any public international organisation.

CHAPITRE II

Fonctionnement

Article 14

Ordre du jour de la Conférence

1. Le Conseil d'administration établira l'ordre du jour des sessions de la Conférence après avoir examiné toutes propositions faites par le gouvernement d'un des Membres, par toute organisation représentative visée à l'article 3, ou par toute organisation de droit international public, au sujet des matières à inscrire à cet ordre du jour.

KAPITEL II

Verfahren

Artikel 14

Tagesordnung der Konferenz

1. Der Verwaltungsrat bestimmt die Tagesordnung der Tagungen der Konferenz, nachdem er alle Vorschläge geprüft hat, die von der Regierung eines Mitgliedes oder von einem der in Artikel 3 bezeichneten maßgebenden Verbände oder von einer Organisation des internationalen öffentlichen Rechts hierzu vorgebracht worden sind.

**Preparation for
Conference**

2. The Governing Body shall make rules to ensure thorough technical preparation and adequate consultation of the Members primarily concerned, by means of a preparatory conference or otherwise, prior to the adoption of a Convention or Recommendation by the Conference.

**Préparation des travaux
de la Conférence**

2. Le Conseil d'administration établira des règles pour assurer une sérieuse préparation technique et une consultation appropriée des Membres principalement intéressés, par une conférence préparatoire technique ou par tout autre moyen, avant l'adoption d'une convention ou d'une recommandation par la Conférence.

Vorbereitung der Konferenzarbeiten

2. Der Verwaltungsrat stellt Regeln auf, die eine gründliche technische Vorbereitung und angemessene Anhörung der hauptsächlich beteiligten Mitglieder im Weg einer vorbereitenden technischen Tagung oder auf andere geeignete Weise vor der Annahme eines Übereinkommens oder einer Empfehlung durch die Konferenz sicherstellen.

Article 15

**Transmission of agenda
and reports for Conference**

1. The Director-General shall act as the Secretary-General of the Conference, and shall transmit the agenda so as to reach the Members four months before the meeting of the Conference, and, through them, the non-Government delegates when appointed.

Article 15

**Communication de l'ordre du jour et rapports
à soumettre à la Conférence**

1. Le Directeur général remplira les fonctions de Secrétaire général de la Conférence, et devra faire parvenir l'ordre du jour de chaque session, quatre mois avant l'ouverture de cette session, à chacun des Membres, et, par l'intermédiaire de ceux-ci, aux délégués non gouvernementaux, lorsque ces derniers auront été désignés.

Artikel 15

**Zustellung der Tagesordnung
und der Berichte an die Konferenz**

1. Der Generaldirektor versieht das Amt des Generalsekretärs der Konferenz; er hat die Tagesordnung jeder Tagung vier Monate vor deren Eröffnung allen Mitgliedern und durch ihre Vermittlung den Delegierten, die nicht Regierungsdelegierte sind, zugehen zu lassen, sobald diese bezeichnet sind.

2. The reports on each item of the agenda shall be despatched so as to reach the Members in time to permit adequate consideration before the meeting of the Conference. The Governing Body shall make rules for the application of this provision.

2. Les rapports sur chacun des points à l'ordre du jour seront transmis de façon à atteindre les Membres à temps pour leur permettre de procéder à un examen approprié de ces rapports avant la Conférence. Le Conseil d'administration formulera les règles faisant porter effet à cette disposition.

2. Die Berichte über die einzelnen Gegenstände der Tagesordnung sind den Mitgliedern frühzeitig genug zuzustellen, damit ihnen eine angemessene Prüfung vor der Konferenz möglich ist. Der Verwaltungsrat stellt Regeln zur Durchführung dieser Bestimmung auf.

Article 16

Objections to agenda

1. Any of the governments of the Members may formally object to the inclusion of any item or items in the

Article 16

Contestation de l'ordre du jour

1. Chacun des gouvernements des Membres aura le droit de contester l'inscription, à l'ordre du jour de la

Artikel 16

Einspruch gegen die Tagesordnung

1. Die Regierung jedes Mitgliedes hat das Recht, gegen die Aufnahme eines oder mehrerer der vorgesehenen

agenda. The grounds for such objection shall be set forth in a statement addressed to the Director-General who shall circulate it to all the Members of the Organisation.

2. Items to which such objection has been made shall not, however, be excluded from the agenda, if at the Conference a majority of two-thirds of the votes cast by the delegates present is in favour of considering them.

Inclusion of new items by Conference

3. If the Conference decides (otherwise than under the preceding paragraph) by two-thirds of the votes cast by the delegates present that any subject shall be considered by the Conference, that subject shall be included in the agenda for the following meeting.

Article 17

Officers of Conference, procedure and committees

1. The Conference shall elect a president and three vice-presidents. One of the vice-presidents shall be a Government delegate, one an Employers' delegate and one a Workers' delegate. The Conference shall regulate its own procedure and may appoint committees to consider and report on any matter.

Voting

2. Except as otherwise expressly provided in this Constitution or by the terms of any Convention or other instrument conferring powers on the Conference or of the financial and budgetary arrangements adopted in virtue of article 13, all matters shall be decided by a simple majority of the votes cast by the delegates present.

Quorum

3. The voting is void unless the total number of votes cast is equal to half the number of the delegates attending the Conference.

Article 18

Technical experts

The Conference may add to any committees which it appoints technical experts without power to vote.

Article 19

**Conventions and Recommendations
Decisions of the Conference**

1. When the Conference has decided on the adoption of proposals with regard to an item on the agenda, it will rest with the Conference to de-

session, de l'un ou plusieurs des sujets prévus. Les motifs justifiant cette opposition devront être exposés dans un mémoire adressé au Directeur général, lequel devra le communiquer aux Membres de l'Organisation.

2. Les sujets auxquels il aura été fait opposition resteront néanmoins inclus à l'ordre du jour si la Conférence en décide ainsi à la majorité des deux tiers des suffrages exprimés par les délégués présents.

Inscription d'une nouvelle question à l'ordre du jour par la Conférence

3. Toute question au sujet de laquelle la Conférence décide, à la même majorité des deux tiers, qu'elle doit être examinée (autrement que prévu dans l'alinéa précédent) sera portée à l'ordre du jour de la session suivante.

Article 17

Bureau de la Conférence, fonctionnement et commissions

1. La Conférence élira un président et trois vice-présidents. Les trois vice-présidents seront respectivement un délégué gouvernemental, un délégué des employeurs et un délégué des travailleurs. La Conférence formulera les règles de son fonctionnement; elle pourra nommer des commissions chargées de présenter des rapports sur toutes questions qu'elle estimera devoir mettre à l'étude.

Votes

2. La simple majorité des suffrages exprimés par les membres présents de la Conférence décidera dans tous les cas où une majorité plus forte n'est pas spécialement prévue par d'autres articles de la présente Constitution ou par toute convention ou autre instrument conférant des pouvoirs à la Conférence ou par les arrangements financiers ou budgétaires adoptés en vertu de l'article 13.

Quorum

3. Aucun vote n'est acquis si le nombre des suffrages exprimés est inférieur à la moitié du nombre des délégués présents à la session.

Article 18

Experts techniques

La Conférence pourra adjoindre aux commissions qu'elle constitue des conseillers techniques qui n'auront pas voix délibérative.

Article 19

Conventions et recommandations

Décisions de la Conférence

1. Si la Conférence se prononce pour l'adoption de propositions relatives à un objet à l'ordre du jour, elle aura à déterminer si ces propositions

Gegenstände in die Tagesordnung der Konferenz Einspruch zu erheben. Die Gründe für den Einspruch sind in einer Denkschrift an den Generaldirektor darzulegen, der sie allen Mitgliedern der Organisation zu übermitteln hat.

2. Die beanstandeten Gegenstände bleiben trotzdem auf der Tagesordnung, wenn die Konferenz mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der von den anwesenden Delegierten abgegebenen Stimmen dies beschließt.

Aufnahme neuer Gegenstände in die Tagesordnung

3. Jede Frage, deren Prüfung die Konferenz (anders als im vorstehenden Absatz vorgesehen) ebenfalls mit einer Mehrheit von zwei Dritteln beschließt, ist auf die Tagesordnung der folgenden Tagung zu setzen.

Artikel 17

Vorstand der Konferenz, Verfahren und Ausschüsse

1. Die Konferenz wählt einen Präsidenten und drei Vizepräsidenten. Zu Vizepräsidenten werden ein Regierungsdelegierter, ein Delegierter der Arbeitgeber und ein Delegierter der Arbeitnehmer gewählt. Die Konferenz stellt ihre Geschäftsordnung auf; sie kann Ausschüsse einsetzen, die über alle von ihr als prüfungsbedürftig erachteten Fragen zu berichten haben.

Abstimmung

2. Die einfache Mehrheit der von den anwesenden Mitgliedern der Konferenz abgegebenen Stimmen ist entscheidend, soweit nicht durch andere Artikel dieser Verfassung oder durch Übereinkommen oder sonstige Urkunden, die der Konferenz Befugnisse übertragen, oder durch die nach Artikel 13 getroffenen Vereinbarungen über Finanz- und Budgetangelegenheiten ausdrücklich eine größere Mehrheit vorgesehen ist.

Beschlußfähigkeit

3. Die Abstimmung ist ungültig, wenn die Zahl der abgegebenen Stimmen geringer ist als die Hälfte der an der Tagung der Konferenz teilnehmenden Delegierten.

Artikel 18

Sachverständige

Die Konferenz kann den von ihr eingesetzten Ausschüssen Sachverständige begeben, die jedoch nicht stimmberechtigt sind.

Artikel 19

Übereinkommen und Empfehlungen

Konferenzbeschlüsse

1. Erklärt sich die Konferenz für die Annahme von Anträgen, die einen Gegenstand der Tagesordnung betreffen, so hat sie zu bestimmen, ob diese

termine whether these proposals should take the form: (a) of an international Convention, or (b) of a Recommendation to meet circumstances where the subject, or aspect of it, dealt with is not considered suitable or appropriate at that time for a Convention.

Vote required

2. In either case a majority of two-thirds of the votes cast by the delegates present shall be necessary on the final vote for the adoption of the Convention or Recommendation, as the case may be, by the Conference.

Modifications for special local conditions

3. In framing any Convention or Recommendation of general application the Conference shall have due regard to those countries in which climatic conditions, the imperfect development of industrial organisation, or other special circumstances make the industrial conditions substantially different and shall suggest the modifications, if any, which it considers may be required to meet the case of such countries.

Authentic texts

4. Two copies of the Convention or Recommendation shall be authenticated by the signatures of the President of the Conference and of the Director-General. Of these copies one shall be deposited in the archives of the International Labour Office and the other with the Secretary-General of the United Nations. The Director-General will communicate a certified copy of the Convention or Recommendation to each of the Members.

Obligations of Members in respect of Conventions

5. In the case of a Convention—

- (a) the Convention will be communicated to all Members for ratification;
- (b) each of the Members undertakes that it will, within the period of one year at most from the closing of the session of the Conference, or if it is impossible owing to exceptional circumstances to do so within the period of one year, then at the earliest practicable moment and in no case later than 18 months from the closing of the session of the Conference, bring the Convention before the authority or authorities within whose competence the matter lies, for the enactment of legislation or other action;

devront prendre la forme: a) d'une convention internationale; b) ou bien d'une recommandation, lorsque l'objet traité ou un de ses aspects ne se prête pas à l'adoption immédiate d'une convention.

Majorité requise

2. Dans les deux cas, pour qu'une convention ou qu'une recommandation soient adoptées au vote final par la Conférence, une majorité des deux tiers des voix des délégués présents est requise.

Modifications répondant à des conditions locales particulières

3. En formant une convention ou une recommandation d'une application générale, la Conférence devra avoir égard aux pays dans lesquels le climat, le développement incomplet de l'organisation industrielle ou d'autres circonstances particulières rendent les conditions de l'industrie essentiellement différentes, et elle aura à suggérer telles modifications qu'elle considérerait comme pouvant être nécessaires pour répondre aux conditions propres à ces pays.

Textes authentiques

4. Deux exemplaires de la convention ou de la recommandation seront signés par le Président de la Conférence et par le Directeur général. L'un de ces exemplaires sera déposé aux archives du Bureau international du Travail et l'autre entre les mains du Secrétaire général des Nations Unies. Le Directeur général communiquera une copie certifiée conforme de la convention ou de la recommandation à chacun des Membres.

Obligations des Membres quant aux conventions

5. S'il s'agit d'une convention:

- a) la convention sera communiquée à tous les Membres en vue de sa ratification par ceux-ci;
- b) chacun des Membres s'engage à soumettre, dans le délai d'un an à partir de la clôture de la session de la Conférence (ou, si par suite de circonstances exceptionnelles, il est impossible de procéder dans un délai d'un an, dès qu'il sera possible, mais jamais plus de dix-huit mois après la clôture de la session de la Conférence), la convention à l'autorité ou aux autorités dans la compétence desquelles rentre la matière, en vue de la transformer en loi ou de prendre des mesures d'un autre ordre;

Anträge die Form erhalten sollen a) eines internationalen Übereinkommens oder b) einer Empfehlung, wenn sich der behandelte Gegenstand überhaupt nicht oder unter einem bestimmten Gesichtspunkt nicht für die sofortige Annahme eines Übereinkommens eignet.

Erforderliche Mehrheit

2. Für die Annahme sowohl eines Übereinkommens als auch einer Empfehlung bedarf es bei der Schlußabstimmung der Konferenz einer Mehrheit von zwei Dritteln der Stimmen der anwesenden Delegierten.

Abänderungen für besondere örtliche Verhältnisse

3. Bei der Aufstellung eines Übereinkommens oder einer Empfehlung von allgemeiner Geltung hat die Konferenz auf diejenigen Länder Rücksicht zu nehmen, in denen das Klima, die unvollkommene Entwicklung der wirtschaftlichen Organisation oder andere besondere Umstände die Verhältnisse der Wirtschaft wesentlich abweichend gestalten. Sie schlägt in solchen Fällen die Abänderungen vor, die sie angesichts der besonderen Verhältnisse dieser Länder als notwendig erachtet.

Originalausfertigungen

4. Zwei Ausfertigungen des Übereinkommens oder der Empfehlung werden vom Präsidenten der Konferenz oder vom Generaldirektor unterzeichnet. Eine Ausfertigung wird im Archiv des Internationalen Arbeitsamtes, die andere beim Generalsekretär der Vereinten Nationen hinterlegt. Der Generaldirektor stellt jedem Mitglied der Internationalen Arbeitsorganisation eine beglaubigte Abschrift des Übereinkommens oder der Empfehlung zu.

Verpflichtungen der Mitglieder hinsichtlich der Übereinkommen

5. Für ein Übereinkommen gelten die folgenden Bestimmungen:

- a) Das Übereinkommen wird allen Mitgliedern im Hinblick auf seine Ratifikation mitgeteilt.
- b) Jedes Mitglied verpflichtet sich, spätestens ein Jahr nach Schluß der Tagung der Konferenz (oder wenn dies infolge außergewöhnlicher Umstände binnen eines Jahres unmöglich sein sollte, sobald es zugänglich ist, jedoch keinesfalls später als achtzehn Monate nach Schluß der Tagung der Konferenz) das Übereinkommen der Stelle oder den Stellen, in deren Zuständigkeit die Angelegenheit fällt, im Hinblick auf seine Verwirklichung durch die Gesetzgebung oder durch andere Maßnahmen vorzulegen.

- (c) Members shall inform the Director-General of the International Labour Office of the measures taken in accordance with this article to bring the Convention before the said competent authority or authorities, with particulars of the authority or authorities regarded as competent, and of the action taken by them;
- (d) if the Member obtains the consent of the authority or authorities within whose competence the matter lies, it will communicate the formal ratification of the Convention to the Director-General and will take such action as may be necessary to make effective the provisions of such Convention;
- (e) if the Member does not obtain the consent of the authority or authorities within whose competence the matter lies, no further obligation shall rest upon the Member except that it shall report to the Director-General of the International Labour Office, at appropriate intervals as requested by the Governing Body, the position of its law and practice in regard to the matters dealt with in the Convention, showing the extent to which effect has been given, or is proposed to be given, to any of the provisions of the Convention by legislation, administrative action, collective agreement or otherwise and stating the difficulties which prevent or delay the ratification of such Convention.
- c) les Membres informeront le Directeur général du Bureau international du Travail des mesures prises, en vertu du présent article, pour soumettre la convention à l'autorité ou aux autorités compétentes, en lui communiquant tous renseignements sur l'autorité ou les autorités considérées comme compétentes et sur les décisions de celles-ci;
- d) le Membre qui aura obtenu le consentement de l'autorité ou des autorités compétentes communiquera sa ratification formelle de la convention au Directeur général et prendra telles mesures qui seront nécessaires pour rendre effectives les dispositions de ladite convention;
- e) si une convention n'obtient pas l'assentiment de l'autorité ou des autorités dans la compétence desquelles rentre la matière, le Membre ne sera soumis à aucune autre obligation, si ce n'est qu'il devra faire rapport au Directeur général du Bureau international du Travail, à des périodes appropriées, selon ce que décidera le Conseil d'administration, sur l'état de sa législation et sur sa pratique concernant la question qui fait l'objet de la convention, en précisant dans quelle mesure l'on a donné suite ou l'on se propose de donner suite à toute disposition de la convention par voie législative, par voie administrative, par voie de contrats collectifs ou par toute autre voie, et en exposant quelles difficultés empêchent ou retardent la ratification d'une telle convention.
- c) Die Mitglieder unterrichten den Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes über die Maßnahmen, die sie nach diesem Artikel getroffen haben, um das Übereinkommen der zuständigen Stelle oder den zuständigen Stellen vorzulegen; dabei erteilen sie dem Generaldirektor Auskunft über die Stelle oder die Stellen, die als zuständig angesehen werden, und über deren Entscheidungen.
- d) Hat ein Mitglied die Zustimmung der zuständigen Stelle oder der zuständigen Stellen erhalten, so teilt es dem Generaldirektor die förmliche Ratifikation des Übereinkommens mit und trifft die erforderlichen Maßnahmen zur Durchführung der Bestimmungen des betreffenden Übereinkommens.
- e) Findet ein Übereinkommen nicht die Zustimmung der Stelle oder der Stellen, in deren Zuständigkeit die Angelegenheit fällt, so hat das Mitglied keine weitere Verpflichtung, als dem Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes in angemessenen, vom Verwaltungsrat festzusetzenden Zeitabständen über den Stand seiner Gesetzgebung und über seine Praxis bezüglich der Fragen zu berichten, die den Gegenstand des Übereinkommens bilden. Dabei gibt es näher an, in welchem Umfange den Bestimmungen des Übereinkommens durch Gesetzgebung, Verwaltungsmaßnahmen, Gesamtarbeitsverträge oder auf andere Weise entsprochen wurde oder entsprochen werden soll, und legt die Schwierigkeiten dar, welche die Ratifikation eines solchen Übereinkommens verhindern oder verzögern.

**Obligations of Members
in respect of Recommendations**

6. In the case of a Recommendation—

- (a) the Recommendation will be communicated to all Members for their consideration with a view to effect being given to it by national legislation or otherwise;
- (b) each of the Members undertakes that it will, within a period of one year at most from the closing of the session of the Conference, or if it is impossible owing to exceptional circumstances to do so within the period of one year, then at the earliest practicable moment and in no case later than 18 months after the closing of the Conference, bring the Recommendation before the authority or authorities

**Obligations des Membres
quant aux recommandations**

6. S'il s'agit d'une recommandation:

- a) la recommandation sera communiquée à tous les membres pour examen, en vue de lui faire porter effet sous forme de loi nationale ou autrement;
- b) chacun des Membres s'engage à soumettre, dans le délai d'un an à partir de la clôture de la session de la Conférence (ou, si par suite de circonstances exceptionnelles, il est impossible de procéder dans le délai d'un an, dès qu'il sera possible, mais jamais plus de dix-huit mois après la clôture de la session de la Conférence), la recommandation à l'autorité ou aux autorités dans la compétence desquelles rentre

**Verpflichtungen der Mitglieder
hinsichtlich der Empfehlungen**

6. Für eine Empfehlung gelten die folgenden Bestimmungen:

- a) Die Empfehlung wird allen Mitgliedern zur Prüfung im Hinblick auf ihre Verwirklichung durch die innerstaatliche Gesetzgebung oder in anderer Weise mitgeteilt.
- b) Jedes Mitglied verpflichtet sich, spätestens ein Jahr nach Schluß der Tagung der Konferenz (oder, wenn dies infolge außergewöhnlicher Umstände binnen eines Jahres unmöglich sein sollte, sobald es zugänglich ist, jedoch keinesfalls später als achtzehn Monate nach Schluß der Tagung der Konferenz) die Empfehlung der Stelle oder den Stellen, in deren Zuständigkeit die Angelegenheit fällt, im Hinblick auf ihre Ver-

within whose competence the matter lies for the enactment of legislation or other action;

(c) the Members shall inform the Director-General of the International Labour Office of the measures taken in accordance with this article to bring the Recommendation before the said competent authority or authorities with particulars of the authority or authorities regarded as competent, and of the action taken by them;

(d) apart from bringing the Recommendation before the said competent authority or authorities, no further obligation shall rest upon the Members, except that they shall report to the Director-General of the International Labour Office, at appropriate intervals as requested by the Governing Body, the position of the law and practice in their country in regard to the matters dealt with in the Recommendation, showing the extent to which effect has been given, or is proposed to be given, to the provisions of the Recommendation and such modifications of these provisions as it has been found or may be found necessary to make in adopting or applying them.

Obligations of federal States

7. In the case of a federal State, the following provisions shall apply:

(a) in respect of Conventions and Recommendations which the federal government regards as appropriate under its constitutional system for federal action, the obligations of the federal State shall be the same as those of Members which are not federal States;

(b) in respect of Conventions and Recommendations which the federal government regards as appropriate under its constitutional system, in whole or in part, for action by the constituent states, provinces, or cantons rather than for federal action, the federal government shall—

(i) make, in accordance with its Constitution and the Constitutions of the states, provinces or cantons concerned, effective arrangements for the reference of such Conven-

la matière, en vue de la transformer en loi ou de prendre des mesures d'un autre ordre;

c) les Membres informeront le Directeur général du Bureau international du Travail des mesures prises, en vertu du présent article, pour soumettre la recommandation à l'autorité ou aux autorités compétentes, en lui communiquant tous renseignements sur l'autorité ou les autorités considérées comme compétentes et sur les décisions de celles-ci;

d) sauf l'obligation de soumettre la recommandation à l'autorité ou aux autorités compétentes, les Membres ne seront soumis à aucune autre obligation, si ce n'est qu'ils devront faire rapport au Directeur général du Bureau international du Travail, à des périodes appropriées, selon ce que décidera le Conseil d'administration, sur l'état de leur législation et sur leur pratique concernant la question qui fait l'objet de la recommandation, en précisant dans quelle mesure l'on a donné suite ou l'on se propose de donner suite à toutes dispositions de la recommandation et en indiquant les modifications de ces dispositions qui semblent ou pourront sembler nécessaires pour leur permettre de l'adopter ou de l'appliquer.

Obligations des États fédératifs

7. Dans le cas où il s'agit d'un État fédératif, les dispositions suivantes seront appliquées:

a) à l'égard des conventions et des recommandations pour lesquelles le gouvernement fédéral considère que, d'après son système constitutionnel, une action fédérale est appropriée, les obligations de l'État fédératif seront les mêmes que celles des Membres qui ne sont pas des États fédératifs;

b) à l'égard des conventions et des recommandations pour lesquelles le gouvernement fédéral considère que, d'après son système constitutionnel, une action de la part des États constituants, des provinces ou des cantons est, sur tous les points ou sur certains points, plus appropriée qu'une action fédérale, ledit gouvernement devra:

i) conclure, en conformité avec sa constitution et les constitutions des États constituants, des provinces ou des cantons intéressés, des arrangements effectifs pour que

wirklichung durch die Gesetzgebung oder durch andere Maßnahmen vorzulegen.

c) Die Mitglieder unterrichten den Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes über die Maßnahmen, die sie nach diesem Artikel getroffen haben, um die Empfehlung der zuständigen Stelle oder den zuständigen Stellen vorzulegen; dabei erteilen sie dem Generaldirektor Auskunft über die Stelle oder die Stellen, die als zuständig angesehen werden, und über deren Entscheidungen.

d) Abgesehen von der Verpflichtung, die Empfehlung der zuständigen Stelle oder den zuständigen Stellen vorzulegen, hat das Mitglied keine weitere Verpflichtung, als dem Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes in angemessenen, vom Verwaltungsrat festzusetzenden Zeitabständen über den Stand seiner Gesetzgebung und über seine Praxis bezüglich der Fragen zu berichten, die den Gegenstand der Empfehlung bilden. Dabei gibt es näher an, in welchem Umfang den Bestimmungen der Empfehlung entsprochen wurde oder entsprochen werden soll, wobei es die Abänderungen dieser Bestimmungen bezeichnet, die notwendig erscheinen oder erscheinen können, um die Annahme oder Anwendung der Bestimmungen zu ermöglichen.

Verpflichtungen der Bundesstaaten

7. Handelt es sich um einen Bundesstaat, so gelten die folgenden Bestimmungen:

a) In bezug auf Übereinkommen und Empfehlungen, für welche die Bundesregierung nach ihrem Verfassungssystem eine Bundesmaßnahme für angezeigt erachtet, gelten für den Bundesstaat die gleichen Verpflichtungen wie für die Mitglieder, die nicht Bundesstaaten sind.

b) In bezug auf Übereinkommen und Empfehlungen, für welche die Bundesregierung nach ihrem Verfassungssystem eher eine Maßnahme der Gliedstaaten, der Provinzen oder der Kantone hinsichtlich aller oder bestimmter Punkte als angezeigt erachtet, hat die Bundesregierung

i) im Einklang mit ihrer Verfassung und den Verfassungen der beteiligten Gliedstaaten, Provinzen oder Kantone wirksame Vorkehrungen zu treffen, damit diese Über-

- tions and Recommendations not later than 18 months from the closing of the session of the Conference to the appropriate federal, state, provincial or cantonal authorities for the enactment of legislation or other action;
- (ii) arrange, subject to the concurrence of the state, provincial or cantonal governments concerned, for periodical consultations between the federal and the state, provincial or cantonal authorities with a view to promoting within the federal State co-ordinated action to give effect to the provisions of such Conventions and Recommendations;
- (iii) inform the Director-General of the International Labour Office of the measures taken in accordance with this article to bring such Conventions and Recommendations before the appropriate federal, state, provincial or cantonal authorities with particulars of the authorities regarded as appropriate and of the action taken by them;
- (iv) in respect of each such Convention which it has not ratified, report to the Director-General of the International Labour Office, at appropriate intervals as requested by the Governing Body, the position of the law and practice of the federation and its constituent states, provinces or cantons in regard to the Convention, showing the extent to which effect has been given, or is proposed to be given, to any of the provisions of the Convention by legislation, administrative action, collective agreement, or otherwise;
- (v) in respect of each such Recommendation, report to the Director-General of the International Labour Office, at
- ces conventions ou recommandations soient, au plus tard dans les dix-huit mois suivant la clôture de la session de la Conférence, soumises aux autorités appropriées fédérales, ou à celles des États constituants, des provinces ou des cantons en vue d'une action législative ou de toute autre action;
- ii) prendre des mesures, sous réserve de l'accord des gouvernements des États constituants, des provinces ou des cantons intéressés, pour établir des consultations périodiques, entre les autorités fédérales d'une part et les autorités des États constituants, des provinces ou des cantons d'autre part, en vue de développer à l'intérieur de l'État fédératif une action coordonnée destinée à donner effet aux dispositions de ces conventions et recommandations;
- iii) informer le Directeur général du Bureau international du Travail des mesures prises en vertu du présent article pour soumettre ces conventions et recommandations aux autorités appropriées fédérales, des États constituants, des provinces ou des cantons, en lui communiquant tous renseignements sur les autorités considérées comme autorités appropriées et sur les décisions de celles-ci;
- iv) au sujet de chacune de ces conventions qu'il n'aura pas ratifiées, faire rapport au Directeur général du Bureau international du Travail, à des intervalles de temps appropriés, selon ce que décidera le Conseil d'administration, sur l'état de la législation et de la pratique de la fédération et des États constituants, des provinces ou des cantons concernant la question qui fait l'objet de la convention, en précisant dans quelle mesure il a été donné ou l'on se propose de donner effet aux dispositions de la convention par voie législative, par voie administrative, par voie de contrats collectifs ou par toute autre voie;
- v) au sujet de chacune de ces recommandations, faire rapport au Directeur général du Bureau international du Tra-
- einkommen oder Empfehlungen spätestens achtzehn Monate nach Abschluß der Tagung der Konferenz den berufenen Stellen des Bundes oder der Gliedstaaten, der Provinzen oder der Kantone im Hinblick auf ihre Verwirklichung durch die Gesetzgebung oder durch andere Maßnahmen vorgelegt werden,
- ii) vorbehaltlich der Zustimmung der Regierungen der beteiligten Gliedstaaten, Provinzen oder Kantone, Maßnahmen für eine regelmäßige Fühlungnahme zwischen den Bundesbehörden einerseits und den Behörden der Gliedstaaten, der Provinzen oder der Kantone andererseits zu treffen mit dem Ziel, innerhalb des Bundesstaates ein aufeinander abgestimmtes Vorgehen herbeizuführen, um die Bestimmungen dieser Übereinkommen und Empfehlungen zu verwirklichen,
- iii) den Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes über die Maßnahmen zu unterrichten, die sie nach diesem Artikel getroffen hat, um diese Übereinkommen und Empfehlungen den berufenen Stellen des Bundes, der Gliedstaaten, der Provinzen oder der Kantone vorzulegen, wobei die Bundesregierung dem Generaldirektor Auskunft erteilt über die Stellen, die als berufen angesehen werden, und über deren Entscheidungen,
- iv) in bezug auf jedes dieser Übereinkommen, das sie nicht ratifiziert hat, dem Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes in angemessenen, vom Verwaltungsrat festzusetzenden Zeitabständen über den Stand der Gesetzgebung und der Praxis des Bundes und seiner Gliedstaaten, Provinzen oder Kantone bezüglich der Fragen zu berichten, die den Gegenstand des Übereinkommens bilden, wobei sie näher angibt, in welchem Umfange den Bestimmungen des Übereinkommens durch Gesetzgebung, Verwaltungsmaßnahmen, Gesamtarbeitsverträge oder auf andere Weise entsprochen wurde oder entsprochen werden soll,
- v) in bezug auf jede dieser Empfehlungen dem Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes in angemessenen,

appropriate intervals as requested by the Governing Body, the position of the law and practice of the federation and its constituent states, provinces or cantons in regard to the Recommendation, showing the extent to which effect has been given, or is proposed to be given, to the provisions of the Recommendation and such modifications of these provisions as have been found or may be found necessary in adopting or applying them.

vail, à des intervalles de temps appropriés, selon ce que décidera le Conseil d'administration, sur l'état de la législation et de la pratique de la fédération et de ses États constituants, de ses provinces ou de ses cantons concernant la question qui fait l'objet de la recommandation, en précisant dans quelle mesure il a été donné ou l'on se propose de donner effet aux dispositions de la recommandation et en indiquant quelles modifications de ces dispositions semblent ou pourront sembler nécessaires pour les adopter ou les appliquer.

vom Verwaltungsrat festzusetzenden Zeitabständen über den Stand der Gesetzgebung und der Praxis des Bundes und der Gliedstaaten, der Provinzen oder der Kantone bezüglich der Fragen zu berichten, die den Gegenstand der Empfehlung bilden, wobei sie näher angibt, in welchem Umfange den Bestimmungen der Empfehlung entsprochen wurde oder entsprochen werden soll, und die Abänderungen dieser Bestimmungen bezeichnet, die notwendig erscheinen oder erscheinen können, um die Annahme oder Anwendung der Bestimmungen zu ermöglichen.

Effect of Conventions and Recommendations on more favourable existing provisions

8. In no case shall the adoption of any Convention or Recommendation by the Conference, or the ratification of any Convention by any Member, be deemed to affect any law, award, custom or agreement which ensures more favourable conditions to the workers concerned than those provided for in the Convention or Recommendation.

Effet des conventions et recommandations sur des dispositions plus favorables

8. En aucun cas, l'adoption d'une convention ou d'une recommandation par la Conférence, ou la ratification d'une convention par un Membre ne devront être considérées comme affectant toute loi, toute sentence, toute coutume ou tout accord qui assurent des conditions plus favorables aux travailleurs intéressés que celles prévues par la convention ou la recommandation.

Auswirkung der Übereinkommen und Empfehlungen auf bereits gewährte günstigere Bedingungen

8. In keinem Fall darf die Annahme eines Übereinkommens oder einer Empfehlung durch die Konferenz oder die Ratifikation eines Übereinkommens durch ein Mitglied so ausgelegt werden, als würde dadurch irgendein Gesetz, Rechtsspruch, Gewohnheitsrecht oder Vertrag berührt, die den beteiligten Arbeitnehmern günstigere Bedingungen gewährleisten als sie in dem Übereinkommen oder in der Empfehlung vorgesehen sind.

Article 20

Registration with the United Nations

Any Convention so ratified shall be communicated by the Director-General of the International Labour Office to the Secretary-General of the United Nations for registration in accordance with the provisions of article 102 of the Charter of the United Nations but shall only be binding upon the Members which ratify it.

Article 20

Enregistrement auprès des Nations Unies

Toute convention ainsi ratifiée sera communiquée par le Directeur général du Bureau international du Travail au Secrétaire général des Nations Unies, pour enregistrement conformément aux dispositions de l'article 102 de la Charte des Nations Unies, mais ne liera que les Membres qui l'ont ratifiée.

Artikel 20

Eintragung bei den Vereinten Nationen

Jedes so ratifizierte Übereinkommen wird vom Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes dem Generalsekretär der Vereinten Nationen zwecks Eintragung nach Artikel 102 der Charta der Vereinten Nationen mitgeteilt, bindet aber nur die Mitglieder, die es ratifiziert haben.

Article 21

Conventions not adopted by the Conference

1. If any Convention coming before the Conference for final consideration fails to secure the support of two-thirds of the votes cast by the delegates present, it shall nevertheless be within the right of any of the Members of the Organisation to agree to such Convention among themselves.

2. Any Convention so agreed to shall be communicated by the governments concerned to the Director-General of the International Labour Office and to the Secretary-General of the United Nations for registration in accordance with the provisions of article 102 of the Charter of the United Nations.

Article 21

Projets de conventions non adoptés par la Conférence

1. Tout projet qui, dans le scrutin final sur l'ensemble, ne recueillera pas la majorité des deux tiers des suffrages exprimés par les Membres présents peut faire l'objet d'une convention particulière entre ceux des Membres de l'Organisation qui en ont le désir.

2. Toute convention ainsi conclue sera communiquée par les gouvernements intéressés au Directeur général du Bureau international du Travail et au Secrétaire général des Nations Unies, pour enregistrement conformément aux dispositions de l'article 102 de la Charte des Nations Unies.

Artikel 21

Von der Konferenz abgelehnte Entwürfe für Übereinkommen

1. Erhält der Entwurf eines Übereinkommens bei der endgültigen Gesamtabstimmung nicht die Mehrheit von zwei Dritteln der von den anwesenden Delegierten abgegebenen Stimmen, so steht es den Mitgliedern der Organisation, die dies wünschen, frei, ein besonderes Übereinkommen mit dem gleichen Inhalt abzuschließen.

2. Jedes so abgeschlossene Übereinkommen ist durch die beteiligten Regierungen dem Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes und dem Generalsekretär der Vereinten Nationen zwecks Eintragung nach Artikel 102 der Charta der Vereinten Nationen mitzuteilen.

Article 22

**Annual reports
on ratified Conventions**

Each of the Members agrees to make an annual report to the International Labour Office on the measures which it has taken to give effect to the provisions of Conventions to which it is a party. These reports shall be made in such form and shall contain such particulars as the Governing Body may request.

Article 23

**Examination and
communication of reports**

1. The Director-General shall lay before the next meeting of the Conference a summary of the information and reports communicated to him by Members in pursuance of articles 19 and 22.

2. Each Member shall communicate to the representative organisations recognised for the purpose of article 3 copies of the information and reports communicated to the Director-General in pursuance of articles 19 and 22.

Article 24

**Representations
of non-observance
of Conventions**

In the event of any representation being made to the International Labour Office by an industrial association of employers or of workers that any of the Members has failed to secure in any respect the effective observance within its jurisdiction of any Convention to which it is a party, the Governing Body may communicate this representation to the government against which it is made, and may invite that government to make such statement on the subject as it may think fit.

Article 25

**Publication
of representation**

If no statement is received within a reasonable time from the government in question, or if the statement when received is not deemed to be satisfactory by the Governing Body, the latter shall have the right to publish the representation and the statement, if any, made in reply to it.

Article 26

**Complaints
of non-observance**

1. Any of the Members shall have the right to file a complaint with the International Labour Office if it is not satisfied that any other Member is

Article 22

**Rapports annuels
sur les conventions ratifiées**

Chacun des Membres s'engage à présenter au Bureau international du Travail un rapport annuel sur les mesures prises par lui pour mettre à exécution les conventions auxquelles il a adhéré. Ces rapports seront rédigés sous la forme indiquée par le Conseil d'administration et devront contenir les précisions demandées par ce dernier.

Article 23

Examen et transmission des rapports

1. Le Directeur général présentera à la plus prochaine session de la Conférence un résumé des informations et rapports qui lui auront été communiqués par les Membres en application des articles 19 et 22.

2. Chaque Membre communiquera aux organisations représentatives reconnues telles aux fins de l'article 3 copie des informations et rapports transmis au Directeur général en application des articles 19 et 22.

Article 24

**Réclamations au sujet de l'application
d'une convention**

Toute réclamation adressée au Bureau international du Travail par une organisation professionnelle des travailleurs ou des employeurs, et aux termes de laquelle l'un quelconque des Membres n'aurait pas assuré d'une manière satisfaisante l'exécution d'une convention à laquelle ledit Membre a adhéré, pourra être transmise par le Conseil d'administration au gouvernement mis en cause et ce gouvernement pourra être invité à faire sur la matière telle déclaration qu'il jugera convenable.

Article 25

**Possibilité de rendre
la réclamation publique**

Si aucune déclaration n'est reçue du gouvernement mis en cause dans un délai raisonnable, ou si la déclaration reçue ne paraît pas satisfaisante au Conseil d'administration, ce dernier aura le droit de rendre publique la réclamation reçue et, le cas échéant, la réponse faite.

Article 26

**Plaintes au sujet
de l'application d'une convention**

1. Chacun des Membres pourra déposer une plainte au Bureau international du Travail contre un autre Membre qui, à son avis, n'assurerait

Artikel 22

**Jahresberichte
über die ratifizierten Übereinkommen**

Jedes Mitglied verpflichtet sich, dem Internationalen Arbeitsamt jährlich einen Bericht über seine Maßnahmen zur Durchführung der Übereinkommen, denen es beigetreten ist, vorzulegen. Die Form dieser Berichte bestimmt der Verwaltungsrat; sie haben die von ihm geforderten Einzelheiten zu enthalten.

Artikel 23

Prüfung und Weiterleitung der Berichte

1. Der Generaldirektor legt der nächstfolgenden Tagung der Konferenz einen zusammenfassenden Auszug aus den ihm von den Mitgliedern nach den Artikeln 19 und 22 übermittelten Auskünften und Berichten vor.

2. Jedes Mitglied stellt den für die Zwecke von Artikel 3 als maßgebend anerkannten Verbänden eine Abschrift der dem Generaldirektor nach den Artikeln 19 und 22 übermittelten Auskünfte und Berichte zu.

Artikel 24

**Beschwerde bezüglich der Durchführung
eines Übereinkommens**

Richtet ein Berufsverband von Arbeitnehmern oder Arbeitgebern an das Internationale Arbeitsamt eine Beschwerde, daß irgendein Mitglied die Durchführung eines Übereinkommens, dem es beigetreten ist, nicht in befriedigender Weise sichergestellt habe, so kann der Verwaltungsrat sie der betreffenden Regierung übermitteln und diese Regierung einladen, sich in einer ihr geeignet erscheinenden Weise zur Sache zu äußern.

Artikel 25

Veröffentlichung der Beschwerde

Geht von der betreffenden Regierung binnen angemessener Frist keine Erklärung ein oder hält der Verwaltungsrat die erhaltene Erklärung nicht für befriedigend, so hat er das Recht, die Beschwerde und gegebenenfalls die Antwort zu veröffentlichen.

Artikel 26

**Klage bezüglich der Durchführung
eines Übereinkommens**

1. Jedes Mitglied kann beim Internationalen Arbeitsamt Klage gegen ein anderes Mitglied einreichen, das nach seiner Ansicht die Durchführung

securing the effective observance of any Convention which both have ratified in accordance with the foregoing articles.

2. The Governing Body may, if it thinks fit, before referring such a complaint to a Commission of Inquiry, as hereinafter provided for, communicate with the government in question in the manner described in article 24.

3. If the Governing Body does not think it necessary to communicate the complaint to the government in question, or if, when it has made such communication, no statement in reply has been received within a reasonable time which the Governing Body considers to be satisfactory, the Governing Body may appoint a Commission of Inquiry to consider the complaint and to report thereon.

4. The Governing Body may adopt the same procedure either of its own motion or on receipt of a complaint from a delegate to the Conference.

5. When any matter arising out of article 25 or 26 is being considered by the Governing Body, the government in question shall, if not already represented thereon, be entitled to send a representative to take part in the proceedings of the Governing Body while the matter is under consideration. Adequate notice of the date on which the matter will be considered shall be given to the government in question.

Article 27

Co-operation with Commission of Inquiry

The Members agree that, in the event of the reference of a complaint to a Commission of Inquiry under article 26, they will each, whether directly concerned in the complaint or not, place at the disposal of the Commission all the information in their possession which bears upon the subject-matter of the complaint.

Article 28

Report of Commission of Inquiry

When the Commission of Inquiry has fully considered the complaint, it shall prepare a report embodying its findings on all questions of fact relevant to determining the issue between the parties and containing such recommendations as it may think proper as to the steps which should be taken to meet the complaint and the time within which they should be taken.

pas d'une manière satisfaisante l'exécution d'une convention que l'un et l'autre auraient ratifiée en vertu des articles précédents.

2. Le Conseil d'administration peut, s'il le juge à propos, et avant de saisir une Commission d'enquête selon la procédure indiquée ci-après, se mettre en rapport avec le gouvernement mis en cause de la manière indiquée à l'article 24.

3. Si le Conseil d'administration ne juge pas nécessaire de communiquer la plainte au gouvernement mis en cause, ou si, cette communication ayant été faite, aucune réponse ayant satisfait le Conseil d'administration n'a été reçue dans un délai raisonnable, le Conseil pourra former une Commission d'enquête qui aura pour mission d'étudier la question soulevée et de déposer un rapport à ce sujet.

4. La même procédure pourra être engagée par le Conseil soit d'office, soit sur la plainte d'un délégué à la Conférence.

5. Lorsqu'une question soulevée par l'application des articles 25 ou 26 viendra devant le Conseil d'administration, le gouvernement mis en cause, s'il n'a pas déjà un représentant au sein du Conseil d'administration, aura le droit de désigner un délégué pour prendre part aux délibérations du Conseil relatives à cette affaire. La date à laquelle ces discussions doivent avoir lieu sera notifiée en temps utile au gouvernement mis en cause.

Article 27

Informations à soumettre à la Commission d'enquête

Dans le cas où une plainte serait renvoyée, en vertu de l'article 26, devant une Commission d'enquête, chacun des Membres, qu'il soit ou non directement intéressé à la plainte, s'engage à mettre à la disposition de la Commission toute information qui se trouverait en sa possession relativement à l'objet de la plainte.

Article 28

Rapport de la Commission d'enquête

La Commission d'enquête, après un examen approfondi de la plainte, rédigera un rapport dans lequel elle consignera ses constatations sur tous les points de fait permettant de préciser la portée de la contestation, ainsi que les recommandations qu'elle croira devoir formuler quant aux mesures à prendre pour donner satisfaction au gouvernement plaignant et quant aux délais dans lesquels ces mesures devraient être prises.

eines von beiden Teilen nach den vorstehenden Artikeln ratifizierten Übereinkommens nicht in befriedigender Weise sicherstellt.

2. Der Verwaltungsrat kann sich, wenn er es für angebracht hält, mit der Regierung, gegen die sich die Klage richtet, auf die in Artikel 24 bezeichnete Weise in Verbindung setzen, bevor er einen Untersuchungsausschuß nach dem weiter unten angegebenen Verfahren mit der Angelegenheit betraut.

3. Hält es der Verwaltungsrat nicht für nötig, der betreffenden Regierung die Klage mitzuteilen, oder geht auf seine Mitteilung nicht binnen angemessener Frist eine befriedigende Antwort ein, so kann er einen Untersuchungsausschuß einsetzen, der die strittige Frage zu prüfen und darüber zu berichten hat.

4. Das gleiche Verfahren kann vom Verwaltungsrat entweder von Amts wegen oder auf Grund der Klage eines zur Konferenz entsandten Delegierten angewendet werden.

5. Kommt eine auf Grund der Artikel 25 oder 26 aufgeworfene Frage vor den Verwaltungsrat, so hat die betreffende Regierung, falls sie nicht schon im Verwaltungsrat vertreten ist, das Recht, einen Vertreter als Teilnehmer an den Beratungen des Verwaltungsrats in dieser Angelegenheit zu entsenden. Der für diese Beratungen bestimmte Zeitpunkt wird der betreffenden Regierung angemessene Zeit vorher mitgeteilt.

Artikel 27

Verpflichtung zur Zusammenarbeit mit dem Untersuchungsausschuß

Wird eine Klage nach Artikel 26 an einen Untersuchungsausschuß verwiesen, so ist jedes Mitglied verpflichtet, mag sein Interesse an der Klage ein unmittelbares sein oder nicht, dem Ausschuß zum Gegenstand der Klage alle Aufschlüsse zu geben, über die es verfügt.

Artikel 28

Bericht des Untersuchungsausschusses

Nach eingehender Prüfung der Klage verfaßt der Untersuchungsausschuß einen Bericht, worin er seine Feststellungen über sämtliche für den Streitfall bedeutsamen Tatfragen niederlegt, und die ihm geeignet erscheinenden Maßnahmen, die der klagenden Regierung Genüge tun sollen, sowie eine Frist für die Durchführung dieser Maßnahmen empfiehlt.

Article 29

**Action on report
of Commission of Inquiry**

1. The Director-General of the International Labour Office shall communicate the report of the Commission of Inquiry to the Governing Body and to each of the governments concerned in the complaint, and shall cause it to be published.

2. Each of these governments shall within three months inform the Director-General of the International Labour Office whether or not it accepts the recommendations contained in the report of the Commission; and if not, whether it proposes to refer the complaint to the International Court of Justice.

Article 30

**Failure to submit Conventions
or Recommendations
to competent authorities**

In the event of any Member failing to take the action required by paragraphs 5 (b), 6 (b) or 7 (b) (i) of article 19 with regard to a Convention or Recommendation, any other Member shall be entitled to refer the matter to the Governing Body. In the event of the Governing Body finding that there has been such a failure, it shall report the matter to the Conference.

Article 31

**Decisions of International
Court of Justice**

The decision of the International Court of Justice in regard to a complaint or matter which has been referred to it in pursuance of article 29 shall be final.

Article 32

The International Court of Justice may affirm, vary or reverse any of the findings or recommendations of the Commission of Inquiry, if any.

Article 33

**Failure to carry out recommendations
of Commission of Inquiry or I.C.J.**

In the event of any Member failing to carry out within the time specified the recommendations, if any, contained in the report of the Commission of Inquiry, or in the decision of the International Court of Justice, as the case may be, the Governing Body may recommend to the Conference such action as it may deem wise and expedient to secure compliance therewith.

Article 29

**Suite à donner au rapport
de la Commission d'enquête**

1. Le Directeur général du Bureau international du Travail communiquera le rapport de la Commission d'enquête au Conseil d'administration et à chacun des gouvernements intéressés dans le différend, et en assurera la publication.

2. Chacun des gouvernements intéressés devra signifier au Directeur général du Bureau international du Travail, dans le délai de trois mois, s'il accepte ou non les recommandations contenues dans le rapport de la Commission et, au cas où il ne les accepte pas, s'il désire soumettre le différend à la Cour internationale de Justice.

Article 30

**Infraction à l'obligation de saisir
les autorités compétentes**

Dans le cas où l'un des Membres ne prendrait pas, relativement à une convention ou à une recommandation, les mesures prescrites aux paragraphes 5b), 6b) ou 7b) i) de l'article 19, tout autre Membre aura le droit d'en référer au Conseil d'administration. Au cas où le Conseil d'administration trouverait que le Membre n'a pas pris les mesures prescrites, il en fera rapport à la Conférence.

Article 31

**Décisions de la Cour
internationale de Justice**

La décision de la Cour internationale de Justice concernant une plainte ou une question qui lui aurait été soumise conformément à l'article 29 ne sera pas susceptible d'appel.

Article 32

Les conclusions ou recommandations éventuelles de la Commission d'enquête pourront être confirmées, amendées ou annulées par la Cour internationale de Justice.

Article 33

**Non-application des recommandations
de la Commission d'enquête
ou de la C.I.J.**

Si un Membre quelconque ne se conforme pas dans le délai prescrit aux recommandations éventuellement contenues soit dans le rapport de la Commission d'enquête, soit dans la décision de la Cour internationale de Justice, selon le cas, le Conseil d'administration pourra recommander à la Conférence telle mesure qui lui paraîtra opportune pour assurer l'exécution de ces recommandations.

Artikel 29

**Weiteres Verfahren auf Grund des Berichts
des Untersuchungsausschusses**

1. Der Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes teilt den Bericht des Untersuchungsausschusses dem Verwaltungsrat und jeder an dem Streitfall interessierten Regierung mit und veranlaßt seine Veröffentlichung.

2. Jede dieser Regierungen hat dem Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes binnen drei Monaten mitzuteilen, ob sie die in dem Bericht des Ausschusses enthaltenen Empfehlungen annimmt oder nicht, und falls sie diese nicht annimmt, ob sie den Streitfall dem Internationalen Gerichtshof zu unterbreiten wünscht.

Artikel 30

**Folgen der Unterlassung der Vorlegung
von Übereinkommen oder Empfehlungen
an die zuständigen Stellen**

Trifft ein Mitglied bezüglich eines Übereinkommens oder einer Empfehlung die nach Artikel 19 Absatz 5 b), 6 b) oder 7 b) (i) erforderlichen Maßnahmen nicht, so hat jedes andere Mitglied das Recht, den Verwaltungsrat anzurufen. Findet der Verwaltungsrat, daß das Mitglied die erforderlichen Maßnahmen nicht getroffen hat, so berichtet er darüber an die Konferenz.

Artikel 31

**Entscheidungen
des Internationalen Gerichtshofes**

Die Entscheidung des Internationalen Gerichtshofes über eine Klage oder eine ihm nach Artikel 29 unterbreitete Streitfrage ist endgültig.

Artikel 32

Etwaige Schlußfolgerungen oder Empfehlungen des Untersuchungsausschusses können vom Internationalen Gerichtshof bestätigt, abgeändert oder aufgehoben werden.

Artikel 33

**Nichtbeachtung der Empfehlungen
des Untersuchungsausschusses oder
des Internationalen Gerichtshofes**

Befolgt ein Mitglied binnen der vorgeschriebenen Frist die in dem Bericht des Untersuchungsausschusses oder in der Entscheidung des Internationalen Gerichtshofes etwa enthaltenen Empfehlungen nicht, so kann der Verwaltungsrat der Konferenz die Maßnahmen empfehlen, die ihm zur Sicherung der Ausführung dieser Empfehlungen zweckmäßig erscheinen.

Article 34

Compliance with recommendations
of Commission of Inquiry or I.C.J.

The defaulting government may at any time inform the Governing Body that it has taken the steps necessary to comply with the recommendations of the Commission of Inquiry or with those in the decision of the International Court of Justice, as the case may be, and may request it to constitute a Commission of Inquiry to verify its contention. In this case the provisions of articles 27, 28, 29, 31 and 32 shall apply, and if the report of the Commission of Inquiry or the decision of the International Court of Justice is in favour of the defaulting government, the Governing Body shall forthwith recommend the discontinuance of any action taken in pursuance of article 33.

CHAPTER III

General

Article 35

Application of Conventions
to non-metropolitan territories

1. The members undertake that Conventions which they have ratified in accordance with the provisions of this Constitution shall be applied to the non-metropolitan territories for whose international relations they are responsible, including any trust territories for which they are the administering authority, except where the subject-matter of the Convention is within the self-governing powers of the territory or the Convention is inapplicable owing to the local conditions or subject to such modifications as may be necessary to adapt the Convention to local conditions.

2. Each Member which ratifies a Convention shall as soon as possible after ratification communicate to the Director-General of the International Labour Office a declaration stating in respect of the territories other than those referred to in paragraphs 4 and 5 below the extent to which it undertakes that the provisions of the Convention shall be applied and giving such particulars as may be prescribed by the Convention.

3. Each Member which has communicated a declaration in virtue of the preceding paragraph may from time to time, in accordance with the

Article 34

Application des recommandations
de la Commission d'enquête
ou de la C.I.J.

Le gouvernement en faute peut, à tout moment, informer le Conseil d'administration qu'il a pris les mesures nécessaires pour se conformer soit aux recommandations de la Commission d'enquête, soit à celles contenues dans la décision de la Cour internationale de Justice, et peut lui demander de bien vouloir faire constituer une Commission d'enquête chargée de vérifier ses dires. Dans ce cas, les stipulations des articles 27, 28, 29, 31 et 32 s'appliqueront, et si le rapport de la Commission d'enquête ou la décision de la Cour internationale de Justice sont favorables au gouvernement qui était en faute, le Conseil d'administration devra aussitôt recommander que les mesures prises conformément à l'article 33 soient rapportées.

CHAPITRE III

Prescriptions générales

Article 35

Application des conventions
aux territoires non métropolitains

1. Les Membres s'engagent à appliquer les conventions qu'ils auront ratifiées, conformément aux dispositions de la présente Constitution, aux territoires non métropolitains dont ils assurent les relations internationales, y compris tous territoires sous tutelle pour lesquels ils seraient l'autorité chargée de l'administration, à moins que les questions traitées par la convention ne rentrent dans le cadre de la compétence propre des autorités du territoire ou que la convention ne soit rendue inapplicable par les conditions locales, ou sous réserve des modifications qui seraient nécessaires pour adapter les conventions aux conditions locales.

2. Chaque Membre qui ratifie une convention doit, dans le plus bref délai possible après sa ratification, communiquer au Directeur général du Bureau international du Travail une déclaration faisant connaître, en ce qui concerne les territoires autres que ceux dont il s'agit aux paragraphes 4 et 5 ci-dessous, dans quelle mesure il s'engage à ce que les dispositions de la convention soient appliquées, et donnant tous les renseignements prescrits par ladite convention.

3. Chaque Membre qui aura communiqué une déclaration en vertu du paragraphe précédent pourra périodiquement communiquer, conformément

Artikel 34

Beachtung der Empfehlungen
des Untersuchungsausschusses
oder des Internationalen Gerichtshofes

Die schuldig befundene Regierung kann jederzeit den Verwaltungsrat davon in Kenntnis setzen, daß sie die nötigen Maßnahmen getroffen hat, um entweder den Empfehlungen des Untersuchungsausschusses oder denen, die in der Entscheidung des Internationalen Gerichtshofes niedergelegt sind, Folge zu leisten, und sie kann den Verwaltungsrat ersuchen, einen Untersuchungsausschuß zur Nachprüfung ihrer Angaben einsetzen zu lassen. In diesem Falle finden die Bestimmungen der Artikel 27, 28, 29, 31 und 32 Anwendung. Fällt der Bericht des Untersuchungsausschusses oder die Entscheidung des Internationalen Gerichtshofes zugunsten der Regierung aus, die schuldig befunden war, so hat der Verwaltungsrat unverzüglich die Einstellung der auf Grund von Artikel 33 getroffenen Maßnahmen zu empfehlen.

KAPITEL III

Allgemeine Vorschriften

Artikel 35

Anwendung der Übereinkommen
auf die außerhalb des Mutterlandes
gelegenen Gebiete

1. Die Mitglieder verpflichten sich, die von ihnen entsprechend den Bestimmungen dieser Verfassung ratifizierten Übereinkommen auf die außerhalb des Mutterlandes gelegenen Gebiete, deren internationale Beziehungen sie wahrnehmen, anzuwenden, einschließlich aller Gebiete, deren Verwaltung ihnen als Treuhändern übertragen ist, es sei denn, daß die in dem Übereinkommen behandelten Fragen in die Zuständigkeit der Behörden des Gebietes fallen oder daß das Übereinkommen wegen der örtlichen Verhältnisse nicht anwendbar ist; dabei bleiben notwendige Änderungen des Übereinkommens zur Anpassung an die örtlichen Verhältnisse vorbehalten.

2. Jedes Mitglied, das ein Übereinkommen ratifiziert, hat sobald wie möglich nach seiner Ratifikation dem Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes eine Erklärung darüber zu übermitteln, inwieweit es sich für die anderen als die nachstehend in den Absätzen 4 und 5 behandelten Gebiete zur Durchführung der Bestimmungen des Übereinkommens verpflichtet; diese Erklärung hat alle in dem Übereinkommen vorgeschriebenen Angaben zu enthalten.

3. Jedes Mitglied, das eine Erklärung im Sinne des vorstehenden Absatzes abgegeben hat, kann in den Zeitabständen, die in den Bestimmun-

terms of the Convention, communicate a further declaration modifying the terms of any former declaration and stating the present position in respect of such territories.

4. Where the subject-matter of the Convention is within the self-governing powers of any non-metropolitan territory the Member responsible for the international relations of that territory shall bring the Convention to the notice of the government of the territory as soon as possible with a view to the enactment of legislation or other action by such government. Thereafter the Member, in agreement with the government of the territory, may communicate to the Director-General of the International Labour Office a declaration accepting the obligations of the Convention on behalf of such territory.

5. A declaration accepting the obligations of any Convention may be communicated to the Director-General of the International Labour Office—

- (a) by two or more Members of the Organisation in respect of any territory which is under their joint authority; or
- (b) by any international authority responsible for the administration of any territory, in virtue of the Charter of the United Nations or otherwise, in respect of any such territory.

6. Acceptance of the obligations of a Convention in virtue of paragraph 4 or paragraph 5 shall involve the acceptance on behalf of the territory concerned of the obligations stipulated by the terms of the Convention and the obligations under the Constitution of the Organisation which apply to ratified Conventions. A declaration of acceptance may specify such modification of the provisions of the Conventions as may be necessary to adapt the Convention to local conditions.

7. Each Member or international authority which has communicated a declaration in virtue of paragraph 4 or paragraph 5 of this article may from time to time, in accordance with the terms of the Convention, communicate a further declaration modifying the terms of any former declaration or terminating the acceptance of the obligations of the Convention on behalf of the territory concerned.

aux termes de la convention, une nouvelle déclaration modifiant les termes de toute déclaration antérieure et faisant connaître la situation concernant les territoires visés au paragraphe ci-dessus.

4. Lorsque les questions traitées par la convention entrent dans le cadre de la compétence propre des autorités d'un territoire non métropolitain, le Membre responsable des relations internationales de ce territoire devra communiquer dans le plus bref délai possible la convention au gouvernement dudit territoire, afin que ce gouvernement puisse promulguer une législation ou prendre d'autres mesures. Par la suite, le Membre, en accord avec le gouvernement de ce territoire, pourra communiquer au Directeur général du Bureau international du Travail une déclaration d'acceptation des obligations de la convention au nom de ce territoire.

5. Une déclaration d'acceptation des obligations d'une convention peut être communiquée au Directeur général du Bureau international du Travail:

- a) par deux ou plusieurs Membres de l'Organisation pour un territoire placé sous leur autorité conjointe;
- b) par toute autorité internationale responsable de l'administration d'un territoire en vertu des dispositions de la Charte des Nations Unies ou de toute autre disposition en vigueur à l'égard de ce territoire.

6. L'acceptation des obligations d'une convention en vertu des paragraphes 4 ou 5 devra comporter l'acceptation, au nom du territoire intéressé, des obligations découlant des termes de la convention et des obligations qui, aux termes de la Constitution de l'Organisation, s'appliquent aux conventions ratifiées. Toute déclaration d'acceptation peut spécifier les modifications aux dispositions de la convention qui seraient nécessaires pour adapter la convention aux conditions locales.

7. Chaque Membre ou autorité internationale qui aura communiqué une déclaration en vertu des paragraphes 4 ou 5 du présent article pourra périodiquement communiquer, conformément aux termes de la convention, une nouvelle déclaration modifiant les termes de toute déclaration antérieure ou dénonçant l'acceptation des obligations de toute convention au nom du territoire intéressé.

gen des Übereinkommens vorgesehen sind, eine neue Erklärung abgeben, durch die es den Inhalt früherer Erklärungen abändert und Aufschluß über die Lage der im vorstehenden Absatz bezeichneten Gebiete gibt.

4. Fallen die in dem Übereinkommen behandelten Fragen unter die Zuständigkeit der Behörden eines außerhalb des Mutterlandes gelegenen Gebietes, so hat das für die internationalen Beziehungen dieses Gebietes verantwortliche Mitglied das Übereinkommen sobald wie möglich der Regierung dieses Gebietes mitzuteilen, damit diese Regierung gesetzliche oder andere Maßnahmen treffen kann. In der Folge kann das Mitglied im Einvernehmen mit der Regierung dieses Gebietes dem Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes eine Erklärung übermitteln, durch welche die Verpflichtungen aus dem Übereinkommen im Namen dieses Gebietes übernommen werden.

5. Eine Erklärung, die Verpflichtungen aus einem Übereinkommen zu übernehmen, kann dem Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes übermittelt werden

- a) von zwei oder mehr Mitgliedern der Organisation für ein ihnen gemeinsam unterstelltes Gebiet,
- b) von jeder internationalen Stelle, die für die Verwaltung eines Gebietes auf Grund der Bestimmungen der Charta der Vereinten Nationen oder auf Grund anderer für dieses Gebiet geltenden Bestimmungen verantwortlich ist.

6. Mit der Übernahme der Verpflichtungen aus einem Übereinkommen nach Absatz 4 oder Absatz 5 ist im Namen des betreffenden Gebietes die Übernahme der Verpflichtungen aus den Bestimmungen des Übereinkommens verbunden sowie der Verpflichtungen, die nach der Verfassung der Organisation für ratifizierte Übereinkommen gelten. Jede Erklärung, Verpflichtungen zu übernehmen, kann die Abänderungen der Bestimmungen des Übereinkommens näher bezeichnen, die zu deren Anpassung an die örtlichen Verhältnisse notwendig sind.

7. Jedes Mitglied oder jede internationale Stelle, die eine Erklärung nach Absatz 4 oder Absatz 5 dieses Artikels abgibt, kann in den Zeitabständen, die in den Bestimmungen des Übereinkommens vorgesehen sind, eine neue Erklärung abgeben, die den Inhalt früherer Erklärungen abändert oder die Übernahme der Verpflichtungen aus dem Übereinkommen im Namen des betreffenden Gebietes kündigt.

8. If the obligations of a Convention are not accepted on behalf of a territory to which paragraph 4 or paragraph 5 of this article relates, the Member or Members or international authority concerned shall report to the Director-General of the International Labour Office the position of the law and practice of that territory in regard to the matters dealt with in the Convention and the report shall show the extent to which effect has been given, or is proposed to be given, to any of the provisions of the Convention by legislation, administrative action, collective agreement or otherwise and shall state the difficulties which prevent or delay the acceptance of such Convention.

Article 36

Amendments to Constitution

Amendments to this Constitution which are adopted by the Conference by a majority of two-thirds of the votes cast by the delegates present shall take effect when ratified or accepted by two-thirds of the Members of the Organisation including five of the ten Members which are represented on the Governing Body as Members of chief industrial importance in accordance with the provisions of paragraph 3 of article 7 of this Constitution.

Article 37

Interpretation of Constitution and Conventions

1. Any question or dispute relating to the interpretation of this Constitution or of any subsequent Convention concluded by the Members in pursuance of the provisions of this Constitution shall be referred for decision to the International Court of Justice.

2. Notwithstanding the provisions of paragraph 1 of this article the Governing Body may make and submit to the Conference for approval rules providing for the appointment of a tribunal for the expeditious determination of any dispute or question relating to the interpretation of a Convention which may be referred thereto by the Governing Body or in accordance with the terms of the Convention. Any applicable judgment or advisory opinion of the International Court of Justice shall be binding upon any tribunal established in virtue of this paragraph. Any award made by such a tribunal shall be circulated to the Members of the Organisation and any observations which they may make thereon shall be brought before the Conference.

8. Si les obligations d'une convention ne sont pas acceptées au nom d'un territoire visé par les paragraphes 4 ou 5 du présent article, le Membre ou les Membres ou l'autorité internationale feront rapport au Directeur général du Bureau international du Travail sur la législation et la pratique de ce territoire à l'égard des questions traitées dans la convention, et le rapport montrera dans quelle mesure il aura été ou sera donné effet à toute disposition de la convention, par la législation, les mesures administratives, les contrats collectifs ou toutes autres mesures, et le rapport déclarera de plus les difficultés qui empêchent ou retardent l'acceptation de cette convention.

Article 36

Amendements à la Constitution

Les amendements à la présente Constitution adoptés par la Conférence à la majorité des deux tiers des suffrages émis par les délégués présents entreront en vigueur lorsqu'ils auront été ratifiés ou acceptés par les deux tiers des Membres de l'Organisation comprenant cinq des dix Membres représentés au Conseil d'administration en qualité de Membres ayant l'importance industrielle la plus considérable, conformément aux dispositions du paragraphe 3 de l'article 7 de la présente Constitution.

Article 37

Interprétation de la Constitution et des conventions

1. Toutes questions ou difficultés relatives à l'interprétation de la présente Constitution et des conventions ultérieurement conclues par les Membres, en vertu de ladite Constitution, seront soumises à l'appréciation de la Cour internationale de Justice.

2. Nonobstant les dispositions du paragraphe 1 du présent article, le Conseil d'administration pourra formuler et soumettre à la Conférence pour approbation des règles pour l'institution d'un tribunal en vue du prompt règlement de toute question ou difficulté relatives à l'interprétation d'une convention, qui pourront être portées devant le tribunal par le Conseil d'administration ou conformément aux termes de ladite convention. Tous arrêts ou avis consultatifs de la Cour internationale de Justice hieront tout tribunal institué en vertu du présent paragraphe. Toute sentence prononcée par un tel tribunal sera communiquée aux Membres de l'Organisation et toute observation de ceux-ci sera présentée à la Conférence.

8. Werden im Namen eines Gebietes, auf das sich Absatz 4 oder Absatz 5 dieses Artikels bezieht, die Verpflichtungen aus einem Übereinkommen nicht übernommen, so berichten das Mitglied oder die Mitglieder oder die internationale Stelle dem Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes über die Gesetzgebung und die Praxis in diesem Gebiet bezüglich der im Übereinkommen behandelten Fragen; dabei geben sie an, in welchem Umfang den Bestimmungen des Übereinkommens durch Gesetzgebung, Verwaltungsmaßnahmen, Gesamtarbeitsverträge oder auf andere Weise entsprochen worden ist oder entsprochen werden soll, und legen die Schwierigkeiten dar, welche die Ratifikation eines solchen Übereinkommens verhindern oder verzögern.

Artikel 36

Verfassungsänderungen

Abänderungen dieser Verfassung, die von der Konferenz mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der Stimmen der anwesenden Delegierten angenommen worden sind, treten in Kraft, sobald zwei Drittel der Mitglieder der Organisation sie ratifiziert oder angenommen haben; dabei müssen diese zwei Drittel fünf der zehn Mitglieder einschließen, die im Verwaltungsrat als Mitglieder vertreten sind und denen nach Artikel 7 Absatz 3 dieser Verfassung wirtschaftlich die größte Bedeutung zukommt.

Artikel 37

Auslegung der Verfassung und der Übereinkommen

1. Alle Fragen oder Schwierigkeiten in der Auslegung dieser Verfassung oder der später von den Mitgliedern nach dieser Verfassung abgeschlossenen Übereinkommen werden dem Internationalen Gerichtshof zur Entscheidung vorgelegt.

2. Ungeachtet der Bestimmungen von Absatz 1 dieses Artikels kann der Verwaltungsrat Regeln aufstellen und der Konferenz zur Genehmigung unterbreiten für die Errichtung eines Gerichtes zur raschen Erledigung von Fragen oder Schwierigkeiten, die sich aus der Auslegung eines Übereinkommens ergeben und dem Gericht vom Verwaltungsrat oder nach den Bestimmungen dieses Übereinkommens vorgelegt werden können. Für jedes auf Grund dieses Absatzes geschaffene Gericht sind die Urteile und Gutachten des Internationalen Gerichtshofes bindend. Jeder Rechtsspruch eines solchen Gerichtes wird den Mitgliedern der Organisation mitgeteilt, und jede Bemerkung der Mitglieder hierzu wird der Konferenz vorgelegt.

Article 33

Regional Conferences

1. The International Labour Organisation may convene such regional conference and establish such regional agencies as may be desirable to promote the aims and purposes of the Organisation.

2. The powers, functions and procedure of regional conferences shall be governed by rules drawn up by the Governing Body and submitted to the General Conference for confirmation.

CHAPTER IV

Miscellaneous Provisions

Article 39

Legal status of Organisation

The International Labour Organisation shall possess full juridical personality and in particular the capacity—

- (a) to contract;
- (b) to acquire and dispose of immovable and movable property;
- (c) to institute legal proceedings.

Article 40

Privileges and immunities

1. The International Labour Organisation shall enjoy in the territory of each of its Members such privileges and immunities as are necessary for the fulfilment of its purposes.

2. Delegates to the Conference, members of the Governing Body and the Director-General and officials of the Office shall likewise enjoy such privileges and immunities as are necessary for the independent exercise of their functions in connection with the Organisation.

3. Such privileges and immunities shall be defined in a separate agreement to be prepared by the Organisation with a view to its acceptance by the States Members.

Annex

Declaration concerning the Aims and Purposes of the International Labour Organisation

The General Conference of the International Labour Organisation, meeting in its Twenty-sixth Session in Philadelphia, hereby adopts, this tenth day of May in the year nineteen hundred and forty-four, the present Declaration of the aims and purposes of the International Labour Organisation and of the principles which should inspire the policy of its Members.

Article 38

Conférences régionales

1. L'Organisation internationale du Travail pourra convoquer telles conférences régionales et établir telles institutions régionales qui lui paraîtront utiles pour atteindre les buts et objectifs de l'Organisation.

2. Les pouvoirs, fonctions et procédure des conférences régionales seront régis par des règles formulées par le Conseil d'administration et présentées par lui à la Conférence générale pour confirmation.

CHAPITRE IV

Mesures diverses

Article 39

Statut juridique de l'O.I.T.

L'Organisation internationale du Travail doit posséder la personnalité juridique; elle a notamment la capacité:

- a) de contracter;
- b) d'acquérir des biens meubles et immeubles, de disposer de ces biens;
- c) d'ester en justice.

Article 40

Privilèges et immunités

1. L'Organisation internationale du Travail jouit, sur le territoire de chacun de ses Membres, des privilèges et immunités qui lui sont nécessaires pour atteindre ses buts.

2. Les délégués à la Conférence, les membres du Conseil d'administration ainsi que le Directeur général et les fonctionnaires du Bureau jouissent également des privilèges et immunités qui leur sont nécessaires pour exercer, en toute indépendance, leurs fonctions en rapport avec l'Organisation.

3. Ces privilèges et immunités seront précisés dans un accord séparé qui sera préparé par l'Organisation en vue de son acceptation par les États Membres.

Annexe

Déclaration concernant les buts et objectifs de l'Organisation internationale du Travail

La Conférence générale de l'Organisation internationale du Travail, réunie à Philadelphie en sa vingt-sixième session, adopte, ce dixième jour de mai 1944, la présente Déclaration des buts et objectifs de l'Organisation internationale du Travail, ainsi que des principes dont devrait s'inspirer la politique de ses Membres.

Artikel 38

Regionale Konferenzen

1. Die Internationale Arbeitsorganisation kann regionale Konferenzen einberufen und regionale Einrichtungen schaffen, die ihr für die Verwirklichung der Ziele und Zwecke der Organisation angezeigt erscheinen.

2. Die Befugnisse, die Aufgaben und das Verfahren der regionalen Konferenzen unterliegen Regeln, die der Verwaltungsrat aufstellt und der Allgemeinen Konferenz zur Bestätigung vorlegt.

KAPITEL IV

Verschiedene Vorschriften

Artikel 39

Rechtliche Stellung der Organisation

Die Internationale Arbeitsorganisation besitzt volle Rechtspersönlichkeit; insbesondere besitzt sie die Fähigkeit,

- a) Verträge abzuschließen,
- b) bewegliches und unbewegliches Eigentum zu erwerben und darüber zu verfügen,
- c) vor Gericht aufzutreten.

Artikel 40

Vorrechte und Immunitäten

1. Die Internationale Arbeitsorganisation genießt auf dem Gebiete jedes ihrer Mitglieder die Vorrechte und Immunitäten, die zur Verwirklichung ihrer Ziele notwendig sind.

2. Die Delegierten auf der Konferenz, die Mitglieder des Verwaltungsrates sowie der Generaldirektor und die Beamten des Amtes genießen ebenfalls die Vorrechte und Immunitäten, deren sie bedürfen, um in voller Unabhängigkeit ihre in Verbindung mit der Organisation stehenden Aufgaben erfüllen zu können.

3. Diese Vorrechte und Immunitäten werden durch ein besonderes Abkommen, das die Organisation zum Zwecke der Annahme durch die Mitgliedstaaten vorbereitet, näher bestimmt.

Anlage

Erklärung über die Ziele und Zwecke der Internationalen Arbeitsorganisation

Die Allgemeine Konferenz der Internationalen Arbeitsorganisation, die in Philadelphia zu ihrer sechsundzwanzigsten Tagung zusammengetreten ist, nimmt heute, am 10. Mai 1944, diese Erklärung über die Ziele und Zwecke der Internationalen Arbeitsorganisation und über die Grundsätze an, welche die Politik ihrer Mitglieder leiten sollten.

I

The Conference reaffirms the fundamental principles on which the Organisation is based and, in particular, that—

- (a) labour is not a commodity;
- (b) freedom of expression and of association are essential to sustained progress;
- (c) poverty anywhere constitutes a danger to prosperity everywhere;
- (d) the war against want requires to be carried on with unrelenting vigour within each nation, and by continuous and concerted international effort in which the representatives of workers and employers, enjoying equal status with those of governments, join with them in free discussion and democratic decision with a view to the promotion of the common welfare.

II

Believing that experience has fully demonstrated the truth of the statement in the Constitution of the International Labour Organisation that lasting peace can be established only if it is based on social justice, the Conference affirms that—

- (a) all human beings, irrespective of race, creed or sex, have the right to pursue both their material well-being and their spiritual development in conditions of freedom and dignity, of economic security and equal opportunity;
- (b) the attainment of the conditions in which this shall be possible must constitute the central aim of national and international policy;
- (c) all national and international policies and measures, in particular those of an economic and financial character, should be judged in this light and accepted only in so far as they may be held to promote and not to hinder the achievement of this fundamental objective;
- (d) it is a responsibility of the International Labour Organisation to examine and consider all international economic and financial policies and measures in the light of this fundamental objective;

I

La Conférence affirme à nouveau les principes fondamentaux sur lesquels est fondée l'Organisation, à savoir notamment:

- a) le travail n'est pas une marchandise;
- b) la liberté d'expression et d'association est une condition indispensable d'un progrès soutenu;
- c) la pauvreté, où qu'elle existe, constitue un danger pour la prospérité de tous;
- d) la lutte contre le besoin doit être menée avec une inlassable énergie au sein de chaque nation, et par un effort international continu et concerté dans lequel les représentants des travailleurs et des employeurs, coopérant sur un pied d'égalité avec ceux des gouvernements, participent à de libres discussions et à des décisions de caractère démocratique en vue de promouvoir le bien commun.

II

Convaincue que l'expérience a pleinement démontré le bien-fondé de la déclaration contenue dans la Constitution de l'Organisation internationale du Travail, et d'après laquelle une paix durable ne peut être établie que sur la base de la justice sociale, la Conférence affirme que:

- a) tous les êtres humains, quels que soient leur race, leur croyance ou leur sexe, ont le droit de poursuivre leur progrès matériel et leur développement spirituel dans la liberté et la dignité, dans la sécurité économique et avec des chances égales;
- b) la réalisation des conditions permettant d'aboutir à ce résultat doit constituer le but central de toute politique nationale et internationale;
- c) tous les programmes d'action et mesures prises sur le plan national et international, notamment dans le domaine économique et financier, doivent être appréciés de ce point de vue et acceptés seulement dans la mesure où ils apparaissent de nature à favoriser et non à entraver, l'accomplissement de cet objectif fondamental;
- d) il incombe à l'Organisation internationale du Travail d'examiner et de considérer à la lumière de cet objectif fondamental, dans le domaine international, tous les programmes d'action et mesures d'ordre économique et financier;

I

Die Konferenz erneuert das Bekenntnis zu den leitenden Grundsätzen, auf die sich die Organisation stützt, und erklärt im besonderen:

- a) Arbeit ist keine Ware.
- b) Freiheit der Meinungsäußerung und Vereinigungsfreiheit sind wesentliche Voraussetzungen beständigen Fortschritts.
- c) Armut, wo immer sie besteht, gefährdet den Wohlstand aller.
- d) Der Kampf gegen die Not muß innerhalb jeder Nation und durch ständiges gemeinsames internationales Vorgehen unermüdet weitergeführt werden, wobei die Vertreter der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber sich gleichberechtigt mit den Vertretern der Regierungen in freier Aussprache und zu demokratischen Entscheidungen zusammenfinden, um das Gemeinwohl zu fördern.

II

Die Konferenz ist davon überzeugt, daß die Erfahrung die Richtigkeit der in der Verfassung der Internationalen Arbeitsorganisation enthaltenen Erklärung voll erwiesen hat, wonach ein Friede auf die Dauer nur auf sozialer Gerechtigkeit aufgebaut werden kann, und bestätigt folgendes:

- a) Alle Menschen, ungeachtet ihrer Rasse, ihres Glaubens und ihres Geschlechtes, haben das Recht, materiellen Wohlstand und geistige Entwicklung in Freiheit und Würde, in wirtschaftlicher Sicherheit und unter gleichgünstigen Bedingungen zu erstreben.
- b) Die Schaffung der hierfür notwendigen Voraussetzungen muß das Hauptziel innerstaatlicher und internationaler Politik sein.
- c) Alle innerstaatlichen und internationalen Pläne und Maßnahmen, insbesondere solche wirtschaftlicher und finanzieller Art, sollten unter diesem Gesichtspunkt beurteilt und nur gutgeheißen werden, soweit sie geeignet erscheinen, die Erreichung dieses Hauptzieles zu fördern und nicht zu hindern.
- d) Es gehört zu den Aufgaben der Internationalen Arbeitsorganisation, alle internationalen Pläne und Maßnahmen wirtschaftlicher und finanzieller Art unter diesem grundlegenden Gesichtspunkt zu prüfen und in Erwägung zu ziehen.

(e) in discharging the tasks entrusted to it the International Labour Organisation, having considered all relevant economic and financial factors, may include in its decisions and recommendations any provisions which it considers appropriate.

e) en s'acquittant des tâches qui lui sont confiées, l'Organisation internationale du Travail, après avoir tenu compte de tous les facteurs économiques et financiers pertinents, a qualité pour inclure dans ses décisions et recommandations toutes dispositions qu'elle juge appropriées.

e) Bei der Erfüllung der ihr übertragenen Aufgaben kann die Internationale Arbeitsorganisation nach Berücksichtigung aller in Betracht kommenden wirtschaftlichen und finanziellen Umstände jede ihr zweckmäßig erscheinende Maßnahme in ihre Entscheidungen und Empfehlungen einbeziehen.

III

The Conference recognises the solemn obligation of the International Labour Organisation to further among the nations of the world programmes which will achieve:

- (a) full employment and the raising of standards of living;
- (b) the employment of workers in the occupations in which they can have the satisfaction of giving the fullest measure of their skill and attainments and make their greatest contribution to the common well-being;
- (c) the provision, as a means to the attainment of this end and under adequate guarantees for all concerned, of facilities for training and the transfer of labour, including migration for employment and settlement;
- (d) policies in regard to wages and earnings, hours and other conditions of work calculated to ensure a just share of the fruits of progress to all, and a minimum living wage to all employed and in need of such protection;
- (e) the effective recognition of the right of collective bargaining, the co-operation of management and labour in the continuous improvement of productive efficiency, and the collaboration of workers and employers in the preparation and application of social and economic measures;
- (f) the extension of social security measures to provide a basic income to all in need of such protection and comprehensive medical care;
- (g) adequate protection for the life and health of workers in all occupations;
- (h) provision for child welfare and maternity protection;

III

La Conférence reconnaît l'obligation solennelle pour l'Organisation internationale du Travail de seconder la mise en œuvre, parmi les différentes nations du monde, de programmes propres à réaliser:

- a) la plénitude de l'emploi et l'élévation des niveaux de vie;
- b) l'emploi des travailleurs à des occupations où ils aient la satisfaction de donner toute la mesure de leur habileté et de leurs connaissances et de contribuer le mieux au bien-être commun;
- c) pour atteindre ce but, la mise en œuvre, moyennant garanties adéquates pour tous les intéressés, de possibilités de formation et de moyens propres à faciliter les transferts de travailleurs, y compris les migrations de main-d'œuvre et de colons;
- d) la possibilité pour tous d'une participation équitable aux fruits du progrès en matière de salaires et de gains, de durée du travail et autres conditions de travail, et un salaire minimum vital pour tous ceux qui ont un emploi et ont besoin d'une telle protection;
- e) la reconnaissance effective du droit de négociation collective et la coopération des employeurs et de la main-d'œuvre pour l'amélioration continue de l'organisation de la production, ainsi que la collaboration des travailleurs et des employeurs à l'élaboration et à l'application de la politique sociale et économique;
- f) l'extension des mesures de sécurité sociale en vue d'assurer un revenu de base à tous ceux qui ont besoin d'une telle protection, ainsi que des soins médicaux complets;
- g) une protection adéquate de la vie et de la santé des travailleurs dans toutes les occupations;
- h) la protection de l'enfance et de la maternité;

III

Die Konferenz anerkennt die feierliche Verpflichtung der Internationalen Arbeitsorganisation, bei den einzelnen Nationen der Welt Programme zur Erreichung folgender Ziele zu fördern:

- a) Vollbeschäftigung und Verbesserung der Lebenshaltung,
- b) Beschäftigung der Arbeitnehmer in Berufen, in denen sie die Befriedigung haben können, ihre Fähigkeiten und Kenntnisse in vollem Umfang zu entfalten und das Beste zum Gemeinwohl beizutragen,
- c) Vorkehrungen als Mittel zur Erreichung dieses Zieles, um die Ausbildung und den Arbeitsplatzwechsel einschließlich der Wanderungsbewegung zur Erlangung von Beschäftigung und zwecks Siedlung zu ermöglichen, wobei allen Beteiligten angemessene Sicherheit zu bieten ist,
- d) Gewährleistung eines gerechten Anteils aller an den Früchten des Fortschrittes hinsichtlich der Löhne und des Einkommens, der Arbeitszeit und anderer Arbeitsbedingungen sowie eines lebensnotwendigen Mindestlohnes für alle Arbeitnehmer, die eines solchen Schutzes bedürfen,
- e) tatsächliche Anerkennung des Rechtes zu Kollektivverhandlungen, Zusammenwirken von Betriebsleitung und Arbeitskräften zur ständigen Steigerung der Produktivität sowie Zusammenarbeit von Arbeitnehmern und Arbeitgebern bei der Vorbereitung und Durchführung sozialer und wirtschaftlicher Maßnahmen,
- f) Ausbau von Maßnahmen der sozialen Sicherheit, um allen, die eines solchen Schutzes bedürfen, ein Mindesteinkommen zu sichern, und um umfassende ärztliche Betreuung zu gewährleisten,
- g) angemessener Schutz für das Leben und die Gesundheit der Arbeitnehmer bei allen Beschäftigungen,
- h) Schutz für Mutter und Kind,

- (i) the provision of adequate nutrition, housing and facilities for recreation and culture;
- (j) the assurance of equality of educational and vocational opportunity.

- i) un niveau adéquat d'alimentation, de logement et de moyens de récréation et de culture;
- j) la garantie de chances égales dans le domaine éducatif et professionnel.

- i) angemessene Ernährungs- und Wohnverhältnisse und Möglichkeiten zur Erholung und zur Teilnahme am kulturellen Leben,
- j) Gewährleistung gleicher Gelegenheiten in Erziehung und Beruf.

IV

Confident that the fuller and broader utilisation of the world's productive resources necessary for the achievement of the objectives set forth in this Declaration can be secured by effective international and national action, including measures to expand production and consumption, to avoid severe economic fluctuations, to promote the economic and social advancement of the less developed regions of the world, to assure greater stability in world prices of primary products, and to promote a high and steady volume of international trade, the Conference pledges the full co-operation of the International Labour Organisation with such international bodies as may be entrusted with a share of the responsibility for this great task and for the promotion of the health, education and well-being of all peoples.

IV

Convaincu qu'une utilisation plus complète et plus large des ressources productives du monde, nécessaire à l'accomplissement des objectifs énumérés dans la présente Déclaration, peut être assurée par une action efficace sur le plan international et national, et notamment par des mesures tendant à promouvoir l'expansion de la production et de la consommation, à éviter des fluctuations économiques graves, à réaliser l'avancement économique et social des régions dont la mise en valeur est peu avancée, à assurer une plus grande stabilité des prix mondiaux des matières premières et denrées, et à promouvoir un commerce international de volume élevé et constant, la Conférence promet l'entière collaboration de l'Organisation internationale du Travail avec tous les organismes internationaux auxquels pourra être confiée une part de responsabilité dans cette grande tâche, ainsi que dans l'amélioration de la santé, de l'éducation et du bien-être de tous les peuples.

IV

Die Konferenz ist der Überzeugung, daß eine gründlichere und umfassendere Nutzung der Produktionsmittel der Welt, die zur Erreichung der in dieser Erklärung dargelegten Ziele notwendig ist, durch wirksames internationales und innerstaatliches Vorgehen, unter anderem durch Maßnahmen gewährleistet werden kann, die darauf abzielen, Erzeugung und Verbrauch zu steigern, ernstliche Konjunkturschwankungen zu vermeiden, den wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt in den weniger entwickelten Gebieten der Welt zu fördern, eine größere Beständigkeit der Rohstoffpreise auf dem Weltmarkt zu sichern und einen ausgedehnten und stetigen Welthandel zu fördern. Die Konferenz erklärt deshalb die volle Bereitschaft der Internationalen Arbeitsorganisation zur Zusammenarbeit mit allen internationalen Körperschaften, denen eine Mitverantwortung für diese große Aufgabe und für die Förderung der Gesundheit, der Erziehung und der Wohlfahrt aller Völker anvertraut ist.

V

The Conference affirms that the principles set forth in this Declaration are fully applicable to all peoples everywhere and that, while the manner of their application must be determined with due regard to the stage of social and economic development reached by each people, their progressive application to peoples who are still dependent, as well as to those who have already achieved self-government, is a matter of concern to the whole civilised world.

V

La Conférence affirme que les principes énoncés dans la présente Déclaration sont pleinement applicables à tous les peuples du monde, et que, si, dans les modalités de leur application, il doit être dûment tenu compte du degré de développement social et économique de chaque peuple, leur application progressive aux peuples qui sont encore dépendants, aussi bien qu'à ceux qui ont atteint le stade où ils se gouvernent eux-mêmes, intéresse l'ensemble du monde civilisé.

V

Die Konferenz bekräftigt, daß die in dieser Erklärung niedergelegten Grundsätze für alle Völker der Welt volle Geltung haben. Die Art ihrer Anwendung muß sich zwar nach der von jedem Volk erreichten sozialen und wirtschaftlichen Entwicklungsstufe richten, aber ihre fortschreitende Verwirklichung in noch abhängigen Gebieten sowie für Völker, die bereits die Stufe der Selbstregierung erreicht haben, ist Anliegen der gesamten zivilisierten Welt.

Sofort lieferbar:
Fundstellennachweis über die Bundesgesetzgebung
nach dem Stande vom 31. Dezember 1956

bestehend aus

einer nach Sachgebieten gegliederten systematischen Übersicht

aller von 1949 bis 1956 im Bundesgesetzblatt und im Bundesanzeiger verkündeten Gesetze und Verordnungen sowie sonstiger Veröffentlichungen

nebst

einem alphabetischen Register zu der systematischen Übersicht.

Der Fundstellennachweis erscheint in der 6. Auflage. Er hat sich bereits als erschöpfendes Nachschlagewerk bewährt. Die Einführung von Kennziffern für die systematisch gegliederten Sachgebiete wird der weiteren Erleichterung der Auffindung einer Vorschrift dienen.

Preis: 2,50 DM zuzüglich —,25 DM Porto und Verpackung

Lieferung erfolgt gegen Voreinsendung des Betrages auf Postscheckkonto „Bundesgesetzblatt“ Köln 399. Die Bestellung ist lediglich auf dem Zahlungsabschnitt zu vermerken.

Herausgeber: Der Bundesminister der Justiz — **Verlag:** Bundesanzeiger-Verlags-GmbH Bonn/Köln — **Druck:** Bundesdruckerei, Bonn.
Das Bundesgesetzblatt erscheint in zwei gesonderten Teilen: Teil I und Teil II.

Laufender Bezug: nur durch die Post. **Bezugspreis:** vierteljährlich für Teil I = DM 4,—, für Teil II = DM 3,— (zuzüglich Zustellgebühr).
Einzelstücke: je angefangene 24 Seiten DM 0,40 (zuzüglich Versandgebühren) — Zusendung einzelner Stücke per Streifband gegen Voreinsendung des erforderlichen Betrages auf Postscheckkonto „Bundesgesetzblatt“ Köln 399.
Preis dieser Ausgabe: DM 1,20 zuzüglich Versandgebühren.